



Diplomarbeit

Demokratisierung durch äußeres Engagement am Fallbeispiel Chile

Verfasser

Miloš Bogdanović

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, Oktober 2008

Studienkennzahl: A 300
Studienrichtung: Politikwissenschaft
Betreuer: Univ. Prof. Dr. Heinz Gärtner

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	5
Vorwort	6
Problemstellung	8
I Theoretische Überlegungen	10
1. Akteurenanalyse	10
1.1 Allgemeine Bestimmungen	10
2. Neokonservative These: Beseitigung des Tyrannen	12
3. Engagement – die „friedliche“ Außenpolitik	22
4. Methodologische Überlegungen	32
4.1 Der Forschungsansatz – die Diskursanalyse	32
4.2 Quantitative Analyse	34
5. Begriffsbestimmungen	35
II Historischer Überblick	40
1. Chile im 19. Jahrhundert	40
2. Entwicklung des politischen Systems	44
3. Die Bildung der Parteienlandschaft	47
3.1 Allgemeine Entwicklung	47
3.2 Der Anfang vom Ende	54
4. Die Militärs – das Gegengewicht zum politischen System	57
III Inhaltlicher Teil	62
1. Die Wahlen 1970	62
1.1 Das Vorspiel zu den Wahlen 1970	62
1.2 Der ausländische Einfluss auf die Wahlen 1970	70
1.3 Der Sieg Salvador Allendes – Das Ergebnis der Wahlen	73

2. Die UP (Unidad Popular) Regierung: Der Weg zum Sozialismus	79
2.1 Außenpolitik	80
2.2 Innenpolitik	84
2.3 Wirtschaftspolitik	88
3. Coup d' etat – die „erste Demokratisierung“	97
3.1 Die Vorbedingungen der Krise	98
3.1.1 Politische Gründe	98
3.1.2 Die Streitkräfte	101
3.2 „Demokratisierung“ durch die Junta	104
4. Chile unter der Junta	107
4.1 Charakter der Junta	108
4.2 Politik der Junta	110
4.3. Das chilenische Wunder	113
IV Rückkehr zur Demokratie	116
1. Sozio – ökonomische Umstände	116
2. Die Verfassung 1980	119
3. Die Opposition gegen Pinochet	121
3.1 Die Opposition bis zum Plebiszit	121
3.1.1 Strategien der Redemokratisierung	123
3.1.2 Die Proteste 1983	125
3.1.3 El Acuerdo Nacional (Die Nationale Übereinkunft)	128
3.1.4 Die andere Seite der Medaille – die MDP – Tätigkeit	130
4. Vorbereitung und Durchführung des Plebiszites	131
4.1 Wahlregister und „Campaña del NO“	132
4.2 Ein Pyrrhussieg?	133
5. Die Verfassungsreform 1989 und ihre Auswirkung auf die Demokratie	135
5.1 Die „Fesselgesetze“ (Leyes de amarre)	137

6. Wiedereinführung der Demokratie	139
V Schlussfolgerungen	143
Bibliographie	149

Zusammenfassung

Mit der vorliegenden Arbeit wollte ich, den Verlauf der politischen Ereignisse in Chile in der Periode 1970 – 1990 darzustellen. Die vorwiegende Absicht der Arbeit war, eine Analyse des chilenischen Übergangsprozesses zur Demokratie durchzuführen, sowie das Phänomen des Zusammenhangs der diktatorialen Vergangenheit mit der demokratischen Tradition des chilenischen Staates zu analysieren. In der Arbeit werden verschiedene Faktoren der chilenischen Transitionsgesellschaft analysiert. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in den Perioden um die Jahre 1973 und 1988, wobei die Zeitspanne vor dem Putsch 1973 sowie die Zeit der Diktatur als zusätzliche Erklärungsfelder des Phänomens des chilenischen Falles dienen. Mit Berücksichtigung zweier wissenschaftlicher Konzepte, des Engagement-Konzeptes und der neokonservativen These „Beseitigung des Tyrannen“ habe ich die Arbeit theoretisch erläutert.

Das Konzept der Arbeit legt eine Akteuren- und Politikfeldanalyse dar. Sie untersucht das Politikfeld von Internationalen Politik. Unter bestimmten Rahmenbedingungen geht es in diesem um die politische Inhalte eines Staates innerhalb bestimmter Zeitabschnitte. Der Fokus wird auf die Analyse dieser politischen Inhalte gelegt. Es wird von der Hauptthese ausgegangen, wie sich das politische Handeln und die daraus resultierenden politischen Inhalte auf dem Feld der Internationalen Politik durch den chilenischen Putsch unter gewissen Rahmenbedingungen geäußert haben.

VORWORT

11. September ist viel mehr als irgendein anderes Datum in der Geschichte verkörpert. Viele Ereignisse geschahen an diesem Tag, besonders die wichtigen für die amerikanische Geschichte; Beispielsweise: Grundstein von Pentagon wurde 1941 gelegt, 1990 hielt US-Präsident George H. W. Bush eine Rede, in der er zum ersten Mal vor großem Publikum über die „neue Weltordnung“ (*New World Order*) sprach und vor allem die tragischen Terroranschläge 2001 sind vorgekommen, in den zwei Flugzeuge ins World Trade Center und eines ins Pentagon gelenkt worden sind, wobei 3000 Menschen ums Leben gekommen sind.

Allerdings, die USA sind nicht das einzige Land, in dem 11. September die Geschichte geschrieben hat. Zu einem zentralen Ereignis im Kalten Krieg, mit symbolhafter Bedeutung wie die kubanische Revolution, kam mit Beteiligung der USA am 11. September 1973 in Chile.

„Ein Drama hat sich in Chile ereignet. Jedoch die tragischen Geschehenisse werden in die Geschichte unseres Zeitalters eingehen und aus dem Bewusstsein seiner Menschen nicht wegzudenken sein.“

Gabriel García Márquez

Chile, el golpe y los gringos, Bogotá 1974

Drei Jahre zuvor entschied sich das chilenische Volk den sozialistischen Präsidenten Salvador Allende demokratisch zu wählen. Der US - Geheimdienst CIA unterstützte politisch und finanziell die Junta, die die Regierung Allendes gestürzt hat. Die Machtübernahme beendet sich blutig, da Präsident Allende, nach den Luftangriffen auf den Sitz des Staatsoberhauptes, den Präsidentenpalast La Moneda, sich umgebracht hat. Die zwei Kugeln, die das Leben des Präsidenten beendet haben, veränderten den Lauf der chilenischen Geschichte und zwar führten eine schreckliche Militärdiktatur ein, die die Tradition der Demokratie und Souveränität

des Landes abgeschafft hat. Allende wurde durch den Militär und den späteren Diktator Augusto Pinochet ersetzt.

Der Tod von Allende brachte gewaltsam zum Ende ein weltweit beachtetes politisches Projekt, in das, große Hoffnungen gesetzt wurden. Vom Putsch bis zum 11. März 1990 herrschte in Chile eine brutale Militärdiktatur unter dem General Augusto Pinochet, die tausende Chilenen das Leben kostete. Weitere zehntausende wurden gezwungen ins Exil zu fliehen.

Heutzutage, fast zwei Jahrzehnte nach der Beendigung der Militärdiktatur sind die Wunden immer noch frisch. Die Rückkehr zur Demokratie wurde erfolgreich bereits 1990 durchgeführt. Jedoch stellt die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und ihren Hinterlassenschaften immer noch einen Feind dar, mit dem sich man noch nicht konfrontieren will. Am 11. März 2006 hat in Chile eine neue Regierung unter der Sozialistin Michelle Bachelet das Amt angetreten. Bachelet verkörpert in in ihrer Biographie wie kaum eine andere Person die Auseinandersetzung, aber auch den bisher von vielen schmerzlich vermissten Bruch mit der diktatorischen Vergangenheit des Landes. Als Mitglied der *Juventud Socialista* (Die sozialistische Jugend, Anm. M. B.) war sie nach dem Putsch im Untergrund tätig. Nachdem sie einige Zeit gefangengenommen wurde, ging sie ins Exil.

Mit ihrem Amtsantritt nährt die Hoffnung die als unvollständig bezeichnete Transition Chiles zum Abschluss zu bringen. Es ist zweifellos, welche Bedeutung die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit für ihre Regierung hat. Eine der wichtigsten Aufgaben ist nicht nur symbolische, sondern auch eine politische Anknüpfung an das Erbe Allendes und sein neoliberales Wirtschaftsmodell im Kampf gegen Armut und Ungleichheit. Unter ihrer Führung befindet sich das Land auf dem gesunden Weg, alle Krisen schadlos zu überbrücken. (Vgl. Hüls 2006, 9 - 11)

Problemstellung

Das Ziel meiner Arbeit besteht darin, die Eigentümlichkeit der chilenischen Transformationsgesellschaft im Lichte einer historisch – soziologischen Reformulierung des Paradigmas des ausländischen Engagements in Demokratisierungsprozessen zu analysieren. Die Begriffe Demokratisierung und Engagement sind hierbei vor allem mit der Beschreibung und Analyse der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse zu verknüpfen, um bestimmte gesellschaftliche Strukturen und Funktionen sowie deren Dynamik zu entschlüsseln. Daher fungiert der amerikanische Einfluss als ausschlaggebender Faktor für die in der Arbeit erklärten Ereignisse.

Das Konzept der Arbeit legt eine Akteuren- und Politikfeldanalyse dar. Sie untersucht das Politikfeld von Internationalen Politik. Unter bestimmten Rahmenbedingungen geht es in diesem um die politische Inhalte eines Staates innerhalb bestimmter Zeitabschnitte. Der Fokus wird auf die Analyse dieser politischen Inhalte gelegt. Es wird von der Hauptthese ausgegangen, wie sich das politische Handeln und die daraus resultierenden politischen Inhalte auf dem Feld der Internationalen Politik durch den chilenischen Putsch unter gewissen Rahmenbedingungen geäußert haben.

Die Arbeit gliedert sich vordergründig in vier Abschnitte. Im ersten Abschnitt wird von einer theoretischen Ebene eine Akteurenanalyse durchgeführt. Mit Berücksichtigung von theoretischen Ansätzen wird versucht die Arbeit theoretisch zu erläutern. Im Rahmen dieses Teils der Arbeit werden die einflussreichen Akteure vorgestellt und deren Interessen in dieser Region erläutert. Darüber hinaus soll über den externen, in dem Fall amerikanischen, Einfluss und die oppositionellen Kooperation eine Politikfeldanalyse durchgeführt werden, in der das Machtübernahme – Schema mit Hilfe externer Interessen kritisch in Frage gestellt wird.

Im zweiten Abschnitt der Arbeit wird ein historischer Überblick dargelegt. Da Chile ein noch wenig bearbeitetes Thema ist, empfinde ich es notwendig, mindestens eine

kurze Beschreibung der politischen Geschichte des Landes anzubieten. Der zweite Abschnitt wird die Periode vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zur Auswahl von Salvador Allende zum Staatspräsidenten ausarbeiten. Folglich werden die Besonderheiten des chilenischen politischen System als relevanter Faktor zur Machtübernahme dargestellt.

Um die Situation verständlich zu machen, möchte ich die Regierungszeit der sozialistischen Präsidenten Salvador Allende, sowie die darauffolgende Militärdiktatur von Pinochet betrachten. Die Prozesse auf Staatsebene und Volksebene, die zwischen 1970 und 1990 passiert sind, sollen daher erläutert werden. Damit beginnend, wie der Putsch und seine Hintergründe ausgesehen haben, über die tatsächliche Erklärung der amerikanischen außenpolitischen Haltung gegenüber Chile während der Regierung Allendes, soll die Rolle der Verlierer und Sieger hier erläutert werden. War der Putsch nur rein amerikanisch vorbereitet? Hat es einen „Plan B“ gegeben, wenn der Putsch nicht gelingt? Wie waren die neuen ökonomischen Aussichten Chiles nach der Einführung der Militärdiktatur? Welche Interessen haben die USA im neuen System gesehen?

Im vierten großen Teil wird es um das Thema „Demokratisierung“, die Kooperation der externen Akteure mit der Opposition gehen. Eigentlich, der vierte Abschnitt der Arbeit stellt inhaltlich die Periode um 1990 bzw. die Demokratisierung und „Befreiung“ Chiles von der militärischen Diktatur dar. Es wird in dem Teil herausgefunden, was der amerikanische Anreiz war, das in den letzten 17 Jahren unterstützte Regime abzustürzen.

Schließlich wird der Inhalt zusammengefasst sowie die Folgen des chilenischen Putsches 1973 und des Abganges von Pinochet 1990 behandelt. Zusätzlich wird gezeigt, wie der externe Einfluss und die Schwäche des politischen Systems die Einführung einer Militärdiktatur verursachen können.

I Theoretischer Teil

1. Akteurenanalyse

1.1 Allgemeine Bestimmungen

Seit der „*Declaration of Independence*“ 1776 und der Geburt der Vereinigten Staaten von Amerika hat sich der Verlauf der Weltgeschichte und Weltpolitik wesentlich verändert. Mit der amerikanischen Unabhängigkeitskrieg begann das neue Kapitel in der Weltgeschichte.. Der Krieg wird als Leitfaden der vielen Völker und Nationen bei der Befreiung von der Kolonialmacht dienen. Der neuetablierte Staat hat sich jedoch nicht beruhigt und begann kurz nach der Unabhängigkeit eine Politik der Ausweitung zu führen. Am Anfang der expansionistischen Dränge hat sich die Politik nur auf dem nordamerikanischen Kontinent geäußert. Die Administrationen, vor allem von Thomas Jefferson and James Madison, haben den Gedanken dahingehend ausgeweitet, dass die Vereinigten Staaten „die beste Hoffnung der Welt“ seien, wobei die Rolle des amerikanischen republikanischen Systems als Vorbild für den Rest der Welt betont wurde. Mit Hilfe der Werte, des politischen und ökonomischen Gedanken des Republikanismus würde dem Rest der Welt geholfen. Mitte des 19. Jahrhunderts kam es zu der ersten größeren Wende der amerikanischen Außenpolitik. Nachdem die europäischen Kolonien in Lateinamerika abgeschafft wurden beziehungsweise nachdem sie durch Unabhängigkeitskriege von den fremden Kolonialmächten befreit wurden, haben die USA ihre Außenpolitik auf den Rest des gesamten amerikanischen Kontinents ausgedehnt. Die „Monroe–Doktrin“ wurde als offizielle außenpolitische Strömung proklamiert. Die Doktrin sah vor, dass die europäischen Mächte sich nicht mehr in die inneren Angelegenheiten der unabhängigen Staaten auf dem amerikanischen Kontinent einmischen dürfen. Das Prinzip der Nichteinmischung der USA in europäische Konflikte wurde dabei berücksichtigt. (Vgl. <http://www.lateinamerika-studien.at/content/geschichtepolitik/geschichte/geschichte-25.html>), entnommen am

29. Oktober 2007

Die Verkündung der „Monroe–Doktrin“ stellte die Bekanntgabe der Möglichkeit des amerikanischen Eingreifens in die internationale Machtpolitik dar, womit die Vereinigten Staaten als aufstrebende Macht zum ersten Mal in der Geschichte angekündigt wurden. Diese Tendenz hat sich am Ende des 19. Jahrhunderts gezeigt, indem die Amerikaner mit Hilfe ihrer steigenden Macht mehrere Territorien wie z.B. Kuba, Puerto Rico, die Philippinen und Hawaii besetzt haben. 1898 begann der Aufstieg der Vereinigten Staaten in den internationalen Beziehungen, der bis heute immer noch andauert.

Im 20. Jahrhundert haben die USA weitgehend eine kluge Außenpolitik geführt, die in den meisten Fällen durch besonnene Entscheidungen gekennzeichnet ist. Daneben ist die amerikanische Außenpolitik seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts interessenorientiert. Diese Ausrichtung orientierte sich an der Verteidigung der Interessen der amerikanischen Bevölkerung und des amerikanischen Staates. Obwohl es Versuche gab, die Vereinigten Staaten internationalistisch auszurichten, gerieten sie nach dem Ersten Weltkrieg in Isolation. Der Zweite Weltkrieg und seine Auswirkungen brachten die Veränderung der Außenpolitik und eine neue Rolle der Vereinigten Staaten mit sich, die sich am deutlichsten in der Periode des Kalten Krieges zeigte. Die Polarisierung der Blöcke führte zum Systemkonflikt der Weltmächte, die als Gewinner aus dem Zweiten Weltkrieg herausgingen. Der Kalte Krieg, der fast fünfzig Jahre umfasste, transformierte sich zur potentiellen Bedrohung eines Atomkrieges. Die Herstellung von Atomwaffen und der Kampf um die Systemvorherrschaft trieben die Machtverhältnisse voran, die den Höhepunkt nach dem Ende des Kalten Krieges erreicht haben.

Die amerikanische Außenpolitik gewann nach dem Zusammenbruch des Kommunismus eine dominante Stellung in den internationalen Beziehungen. Mit der Auflösung der Sowjetunion blieben die USA die einzige Weltmacht, die jetzt in der Lage war, die Welt nach ihrem Wunsch zu gestalten. Die geheimen Interventionen in der Periode des Kalten Krieges gegen die Verbreitung des Kommunismus im „inneren Hof“ wurden seit den 1990er Jahren durch offene Interventionen gegen neue Arten der Gefahr ersetzt. In der Situation der Abwesenheit des Machtgleichgewichts auf internationaler Ebene kommt den USA die Rolle des internationalen Richters zu. Die neuen militärischen Aktionen und Aktionen anderer

Art werden jetzt mit neuen Begriffen als in der Vergangenheit begründet. Heutzutage werden Menschenrechte, Demokratie, Terror usw. als leitende Begriffe benutzt, um die außenpolitischen Einsätze zu rechtfertigen. Selbstverständlich geht es immer um die Bedrohung der vitalen amerikanischen Interessen, die als Anlass für die Einsätze angesehen werden.

Der im Kalten Krieg vorgenommene Einsatz gegen die Verbreitung des Kommunismus und der heutige Einsatz gegen den Terrorismus können, in diesem Sinne, verglichen werden. Das nächste Kapitel beschäftigt sich mit der Außenpolitik der Vereinigten Staaten seit dem neuen Millennium. Die Amtsübernahme der Administration von George W. Bush und die Einführung der neokonservativen Politik fungieren als Grundlagen für die weitere Forschung.

2. Neokonservative These: Beseitigung des Tyrannen

Die Vereinigten Staaten werden heute als einzig verbliebene Weltmacht angesehen. Die direkte Folge dessen sind außenpolitische Verpflichtungen, die die USA in ein umfassendes System der internationalen Strukturen integrieren. Eine außenpolitische Tradition wurde teilweise unabhängig und teilweise in Auseinandersetzung mit den politischen Strukturen herausgebildet, die den Entscheidungsprozess bis in die Gegenwart beeinflusst. Der Widerspruch und die Vielfalt dieser Tradition bestimmt die Neigung der US–Außenpolitik zu berechenbarem Wandel. Die zentrale Figur des Präsidentenamtes stellt im Wesentlichen den Kern der amerikanischen Außenpolitik dar, so dass gesagt werden kann, dass die US-Außenpolitik viel mehr personenbezogen ist. Besonders in den letzten zwei Jahrzehnten wird sie als Maßstab des Erfolges einer Regierung betrachtet. Das folgende Zitat bietet einen umfangreichen Überblick und eine hilfreiche Erklärung der Entwicklung der US–Außenpolitik sowie ihre Lage in der Administration von George W. Bush: *„Die amerikanische Außenpolitik folgt gewissen Mustern, die sich seit der Gründung der USA entwickelten und ständig veränderten. Allen ist gemeinsam, daß sie das außenpolitische Engagement mit nationalen Traditionen und der Vision einer neuen, besseren Weltordnung in Einklang bringen wollen. An diesen Leitmotiven und*

Idealen orientieren sich die Amerikaner von Generation zu Generation, sie vermitteln ein Gefühl von Kontinuität und Sinn.“ (<http://www.histinst.rwth-aachen.de/default.asp?documentId=85>), entnommen am 30. Oktober 2007

Um die im Titel angegebene neokonservative These „Beseitigung des Tyrannen“ erläutern zu können, müssen wir noch einige Begriffe und politischen Strömungen erklären. Als Träger des Titels fungiert das Wort Neokonservatismus. Der Ansatz: Neokonservatismus ist die von der Administration George W. Bush vertretene politische Strömung. Nach acht Jahren der Clinton Administration, die sich im Großen und Ganzen für die erfolgreiche Stabilisierung und Übernahme der führenden Rolle der USA in den internationalen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges eingesetzt hat, trat die neokonservative Administration unter Bush ins Amt. Während der Präsidentschaft von Clinton haben sich die USA mit wenig Erfolg auf den internationalen Bühne durchgesetzt. Einer aktiven und globalen Führungsrolle mangelte es an einem vorbereiteten Konzept. Die internationalen Veränderungen und Konflikte in den 1990er Jahren verhinderten die USA mehr oder weniger aktiv außenpolitisch zu wirken. Die Passivität der Außenpolitik hängt mit einem nicht vorhandenen Konzept zusammen, die der US-Außenpolitik zugrunde liegt. Die strategische Anpassung an die neuen Gegebenheiten scheiterte allmählich, was die Interventionen in Somalia, Bosnien und Herzegovina und vor allem die schändliche NATO-Bombardierung von Jugoslawien 1999 unter amerikanischer Führung bestätigt haben. Im Fall der Bombardierung Jugoslawiens wurde die These der Beseitigung des Tyrannen und einen freiheitlichen Weg der Bevölkerung in die Demokratie hervorgehoben. Laut Thomas Carothers bringt die Demokratisierung von „Tyrannieen“ die beste politische Ordnung mit sich, so dass ideal wäre, solche Staaten zu demokratisieren. Jede Form eines demokratischen Systems ist besser als irgendein autoritäres System. (Vgl. www.carnegieendowment.org/events/index.cfm?fa=eventDetail&id=953&&prog=zg_p&proj=zdr1). Kurz nach dem Machtantritt der Administration Bush kam es zu den tragischen Ereignissen vom 11. September 2001. Das vor den Terroranschlägen betriebene außenpolitische Verhalten, das sich durch Bushs Wahlversprechen „America First“ kennzeichnen ließ, musste verändert werden. Die Aktivierung der US – Außenpolitik wurde durchgeführt, womit alle isolationistischen Bestrebungen ins Wasser gefallen sind. Die amerikanische Aktivität in außenpolitische

Angelegenheiten zeigte sich vor allem auf dem Feld der Aufrüstung gegenüber potentieller Bedrohungen (Nordkorea, Iran) und der Bildung eines Raketenabwehrschilts. Dennoch war das Endziel der US–Außenpolitik, die Urheber der Terroranschläge zu verhaften und zur Verantwortung zu ziehen.

Der Neokonservatismus hat einen prägenden Einfluss auf Entscheidungsprozesse der Bush Administration. Theoretisch betrachtet, befürwortet diese politische Schule offensive, notfalls militärische Lösungen der Konflikte und ihre unilaterale Regulierung. Die Terroranschläge von 9/11 hatten einen interventionalistischen Unilateralismus der USA zur Folge, der auf einem neokonservativen außenpolitischen Paradigma basiert. Nach den Neokonservativen hat die multipolare Welt zu Kriegen geführt und Frieden überhaupt nicht sicherstellen können. Ihrer Meinung nach sei die amerikanische Führerschaft sowohl für die USA selbst als auch für den Rest der Welt von Vorteil. Die Unangreifbarkeit der USA soll durch die Errichtung dauerhafter militärischer Stützpunkte in aller Welt gesichert werden. Die amerikanischen Werte sind universell und ihr Ausdruck spiegelt sich im „demokratischen Kapitalismus“ wieder. Die US–Rolle des Friedensgaranten sei von den schwachen internationalen Organisationen übernommen worden, die aufgrund ihrer friedlichen Mittel nicht mehr in der Lage seien, den Frieden in der Welt zu bewahren. (Vgl. <http://newamericancentury.org/statementofprinciples.htm>), entnommen am 30. Okt. 2007

All dies führte zu einer hegemonialen Position der Vereinigten Staaten in der Weltpolitik und zu einem „imperialen“ Projekt, das jetzt alle bestehenden internationalen Akteure in den Hintergrund stoßt. Mit der Ablöse des multipolaren internationalen Systems kommt den USA die Rolle des Garanten des Weltfriedens auf neokonservative Art und Weise zu. Bei der Veröffentlichung der „*National Security Strategy*“, auch bekannt als „Bush–Doktrin“, im September 2002 hat die Rede des Präsidenten Bush darauf hingewiesen. *“Our Nation’s cause has always been larger than our Nation’s defense. We fight, as we always fight, for a just peace—a peace that favors liberty. We will defend the peace against the threats from terrorists and tyrants. We will preserve the peace by building good relations among the great powers. And we will extend the peace by encouraging free and open*

societies on every continent.” (<http://www.whitehouse.gov/nsc/nss1.html>), entnommen am 30. Oktober 2007.

Aus der Aussage des Präsidenten Bush kann geschlossen werden, dass die USA die Rolle des „Weltpolizisten“ gerne übernehmen. Die antikommunistische Ausrichtung des Neokonservatismus wird jetzt durch den Kampf gegen Terrorismus und moderne Tyrannei ergänzt, obwohl die Schule immer noch auf den Kampf gegen die alte „Seuche“ besteht. Die Bewahrung des Friedens erfolgt durch die hegemoniale Stellung der amerikanischen Außenpolitik in den internationalen Machtverhältnissen. Gute Beziehungen mit den anderen „Großmächten“ werden am besten durch die „Koalitionen der Willigen“ („*coalition of the willing*“) sichergestellt, auf die die Vereinigten Staaten von Amerika angezogen sind. Diese Allianz von Staaten soll das Gegensatzpaar zum Begriff „Achse des Bösen“ bilden. Der Frieden wird heutzutage mit Hilfe militärischer Mittel und Einsätze verbreitet, während die Förderung von freien und offenen Gesellschaften auf Basis der neokonservativen These „Beseitigung des Tyrannen“ durchgesetzt wird.

Die Vereinigten Staaten von Amerika bzw. die neokonservative Regierung und ihre Anhänger setzten sich für die Verteidigung von Freiheit und Gerechtigkeit ein, weil diese Prinzipien richtig für alle sind. Laut der „National Security Strategy“ werden die USA „ihre Stimme“ in den internationalen Institutionen benutzen, um Freiheit zu fördern. Jedoch beinhaltet die NSS keine richtige Strategie der USA, Herrscher auf legitime Art zu beseitigen, die nicht mit Hilfe demokratischer Mittel beseitigt werden können. Die letzte Instanz, die verwendet wird, sind militärische Mittel, die in der NSS ausführlich beschrieben werden. Außerdem wird bekanntgegeben, dass die Vereinigten Staaten im Kampf gegen den globalen Terrorismus die Verbündeten von Terroristen und die, die den Terroristen Hilfe gewährleisten, energisch bekämpfen werden. Die Herstellung von Massenvernichtungswaffen wird sowie Sklaverei oder Völkermord als die höchste Drohung der terroristischen Akte gesehen. Die Massenvernichtungswaffen sind die größte Gefahr für das Überleben der modernen Zivilisation. Ihr Gebrauch würde zu Pandemie und Massensterben führen. Deswegen müssen die Hersteller von Massenvernichtungswaffen auf jede mögliche Art daran gehindert werden, die Waffen gebrauchen zu können. Der US-Präsident George W. Bush dazu bei einer Rede an der West Point Akademie 2002: „*The gravest danger to freedom lies at the crossroads of radicalism and technology. When the spread of*

chemical and biological and nuclear weapons, along with ballistic missile technology — when that occurs, even weak states and small groups could attain a catastrophic power to strike great nations. Our enemies have declared this very intention, and have been caught seeking these terrible weapons. They want the capability to blackmail us, or to harm us, or to harm our friends—and we will oppose them with all our power.” (<http://www.whitehouse.gov/nsc/nss5.html>), entnommen am 31. Oktober 2007.

Die Schurkenstaaten (*rogue states*) setzen eine brutale Politik überall durch, die sowohl gegen ihre Feinde als auch gegen die gesamte internationale Gemeinschaft gerichtet sind. Sie sind von einer enormen Ausbeutung der nationalen Ressourcen zugunsten der Herrschenden geprägt. In den internationalen Beziehungen brechen sie internationale Abkommen und verstoßen gegen das Völkerrecht. Weiters wird angeführt, dass die Schurkenstaaten Terroristen helfen und Massenvernichtungswaffen produzieren. Die modernen Bedrohungen sind unmittelbar und können riesige Schäden verursachen. Aufgrund dessen dürfen die USA nicht zulassen, dass sie als erste angegriffen werden. Die Schurkenstaaten benutzen die Massenvernichtungswaffen vor allem als Einschüchterungsmittel. Die preemptiven Aktionen gegen drohende und potentielle Angriffe werden als vom Völkerrecht gedeckt betrachtet. Die heutige Lage der internationalen Machtverhältnisse hat sich allerdings verändert. Die Schurkenstaaten benutzen keine konventionellen Mittel sondern terroristische Akte, bei denen es zum Gebrauch von Massenvernichtungswaffen kommen könnte. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben gezeigt, welche Folgen einen solchen Angriff auswirken kann. Um diesen Drohungen entgegenzukommen, werden die USA preemptiv tätig. Preemptive Handlung kann die Beseitigung des Tyrannen beinhalten werden, wobei durch die Beseitigung des Herrschers mehrere Prioritäten der Außenpolitik der Bushs Administration erfüllt werden. Das typische Beispiel von dieser These „Beseitigung des Tyrannen“ ist Irak. Präsident Bush formulierte es folgendermaßen: *„Einige sagen, wir sollten erst handeln, wenn die Gefahr unmittelbar bevorsteht. Seit wann geben Terroristen und Tyrannen ihre Absichten bekannt und setzen uns höflich in Kenntnis, dass sie einen Anschlag verüben werden? Wenn wir zulassen, dass diese Bedrohung ungehindert und plötzlich auftritt, kommen alle Aktionen, alle Worte und alle Beschuldigungen zu spät. Dem gesunden Menschenverstand und der Zurückhaltung von Saddam Hussein zu vertrauen, ist weder eine Strategie noch eine*

Option.“ (Rice Says Removal of Saddam Hussein Advances War on Terror in: <http://vienna.usembassy.gov/de/policy/rice3.htm>), entnommen am 31. Oktober 2007

Am irakischen Beispiel kann gesehen werden, dass unmittelbare Beweise nicht gebraucht werden, um eine solche Aktion zu vollziehen. Die amerikanischen Interessen wurden bedroht, aber auch Prinzipien der Demokratie, Freiheit und des Völkerrechts für die sich die USA einsetzten. Auf der anderen Seite war die neokonservative Administration dazu entschlossen die Invasion im Irak sowie andere preemptiven Handlungen, wenn notwendig, durchzuführen. Wie sind solche militärischen Einsätze zu rechtfertigen? Der konfrontativen Außenpolitik der USA, seit dem Amtsantritt der Bush Administration, stellte der Irak ein Dorn im Auge dar. Der 11. September ließ Bush und seinem Kabinett sehr wenig Platz für ein Manöver. Nach den Realisten, ein kriegerischer Akt gegen irgend einen Akteur, besonders gegen die größte Weltmacht, zwingt ihre Führer dazu eine Antwort zu schicken. (Vgl. Hybel 2006, 3). Die Tragödie von 9/11 überzeugte die Administration von George W. Bush, dass die Aufrechterhaltung des Regimes von Saddam Hussein ein inakzeptables Risiko war.

„Zwölf Jahre lang saß Saddam Hussein mitten in der unbeständigsten Region der Welt, widersetzte sich mehr als einem Dutzend Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, terrorisierte sein Volk und bedrohte seine Nachbarn und die Welt. Zwei Mal marschierte Saddam Hussein ohne Provokation in seine Nachbarländer ein. Nachdem er einen von ihm begonnenen Aggressionskrieg verloren hatte, machte die drohende Haltung Saddam Husseins gegenüber anderen Golfstaaten - und die andauernde Unterdrückung seines Volks - eine massive Militärpräsenz der Vereinigten Staaten und Großbritanniens am Golf und die 12 Jahre lange Überwachung von zwei riesigen Flugverbotszonen erforderlich. Saddam Hussein ist der einzige Tyrann unserer Zeit, der nicht nur Massenvernichtungswaffen besaß, sondern sie auch für Massenmorde einsetzte. Zudem unterhielt er Verbindungen zu Terrororganisationen, bot Terroristen innerhalb seiner Grenzen Zuflucht und unterstützte palästinensische Selbstmordattentäter.“ sagte sich die US-Staatssekretärin Condoleeza Rice in ihrer Rede vor dem Chicago Council on Foreign Relations (CCFR) im Oktober 2003 aus. (Rice Says Removal of Saddam Hussein Advances War on Terror in: <http://vienna.usembassy.gov/de/policy/rice3.htm>), entnommen am 2. November 2007

Solche Aussagen bestätigten nur die These, dass der Tyrann beseitigt werden muss, um das Land und das Volk des Irak auf den richtigen Weg zu bringen und die Demokratie und Freiheiten zu verbreiten. Darauf basiert die amerikanische Außenpolitik der Bush-Regierung unter anderem basiert. Die USA hatten sich jedoch 2002 im Fall des Irak an die UNO gewandt. Dieses quasi Interesse an Völkerrecht und an der in der UNO – Charta verankerten Unverletzbarkeit internationaler Angelegenheiten waren nur ein komisches, und vor allem, ein schlecht – gespieltes Theaterstück, dessen Hauptakteur seine Rolle voller Naivität nicht genug übte. Nachdem der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mehrmals Resolutionen gegen die drohende Haltung von dem Saddam Husseins Regime erlassen hat, die ohne Wirkung geblieben sind, stellte die US –Invasion nur eine Durchsetzung der von der UNO verabschiedeten Resolutionen dar, und trug damit „zur Wahrung der Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen und zur Verteidigung des Friedens auf der Welt.“ bei. (Vgl. <http://vienna.usembassy.gov/de/policy/rice3.htm>), entnommen am 2. November 2007.

Dieses Verhalten sollte die Einhaltung des Völkerrechts garantieren und den militärischen Einsatz vorbereiten. Damit wurde die neokoservative These „Beseitigung des Tyrannen“ legitimiert. Klar war, dass die Legitimierung einer solchen Aktion ein großer Präzedenzfall in den internationalen Beziehung hervorrufen wird. Allerdings hat sich nur die These bestätigt, dass die USA die Welt regieren und die „Verbündete“ ihre Unterordnung nochmals bestätigen müssen, wodurch die Invasion quasi legitimiert wurde.

Die Administration Bush, dort vor allem Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, sein Stellvertreter Paul Wolfowitz, der damalige Vizepräsident Dick Cheney und eine Reihe weiterer Figuren aus der politischen Elite, ist der Überzeugung, dass der Machtwettbewerb zwischen den größten Staaten die Weltpolitik immer noch definiert. Aufgrund dieser These müssen die USA ihren speziellen Status ausnutzen und sich durchsetzen. Für Präsident Bush und seine Umgebung bedeutet das folgendes: Die Militär der USA muss in der Lage sein, das Aufkommen jeder feindlichen Militärmacht in der Asien – Pazifik Region, im Nahen Osten, im Persischen Golf und in Europa zu stoppen, weil in diesen Regionen nicht nur amerikanische Interessen sondern auch Interessen der amerikanischen Verbündeten

auf dem Spiel stehen. (Vgl. Hybel 2006, 31). Der CIA-Direktor George Tenet kündigte die drei wichtigsten Herausforderungen der neuen Administration an, einige Tage bevor George W. Bush im Amt bestätigt worden ist:

1. Osama bin Laden und das verbreitete Netz von Al – Qaida,
2. Zunehmende Proliferation der Massenvernichtungswaffen,
3. Der Aufstieg der chinesischen Militärmacht.

(Vgl. Woodward 2004, 12).

Laut Staatssekretärin Rice, regierte die Administration Bush auf die ersten zwei Herausforderungen erfolgreich, während die dritte erst in zehn Jahren akut wird und die am wenigsten gefährlich ist, so dass sie derzeit nicht behandelt werden muss. Die gerechtfertigte Notwendigkeit des Sturzes von Saddam Hussein wurde folgendermaßen. *„Saddam Hussein wäre an der Macht geblieben - mit allem, was das beinhaltet: Mehr Massengräber, mehr Kinder in Gefängnissen und mehr täglichen Plünderungen. Und Saddam Hussein hätte sich - für immer - auf einem potenziell todbringenden Arsenal schrecklicher Waffen im Herzen des Nahen Ostens eingenistet und seine Nachbarn und die ganze Welt bedroht. Zwölf Jahre lang machte Saddam Hussein auf jede nur erdenkliche Weise deutlich, dass er nie abrüstete und nie die gerechtfertigten Forderungen des Sicherheitsrats einhalten würde. Es gab keinen Grund zu der Annahme, dass ein weiteres Warten auf einen Sinneswandel seinerseits Ergebnisse zeitigen würde.“*

(<http://vienna.usembassy.gov/de/policy/rice3.htm>), entnommen am 2. November 2007

Die zu bekämpfende „Achse des Bösen“ müsse gestoppt werden. Präsident Bush sprach immer wieder vom Auftrag der Vereinigten Staaten, die „Achse des Bösen“ umzugestalten. Im Kampf gegen das Böse berief sich Bush auf die Geschichte und Gott. Die Administration Bush hat immer versucht, ihre Aktivitäten irgendwie zu begründen. Allerdings wurde der Administration Bush vorgeworfen, dass die USA die anderen Staaten aus der Region, vor allem den Iran und Syrien, angreifen sollen, falls sie der Vorherrschaft widerstehen wollen. (Vgl. De Ruiters 2004, 182). Die Länder der „Achse des Bösen“ haben, nach Bush, in den meisten Fällen Tyrannen an der Spitze, was ein wesentliches Hindernis für die Demokratie und die mit ihr verbundenen Freiheiten ist. In diesen Staaten muss die Demokratie durchgesetzt werden, um nicht zuzulassen, dass Menschenrechtsverletzungen und tyrannisches Verhalten der Herrscher fortgesetzt werden.

Es wurde spekuliert dass die Invasion schon unmittelbar nach dem Amtsantritt der Bush Regierung vorbereitet wurde. Die Enthüllungen des ehemaligen Finanzministers Paul O' Neill weisen klar darauf hin. Seiner Meinung nach, war die Eroberung des Irak eine bereits im Jänner 2001 beschlossene Sache. Die terroristischen Angriffe auf das Pentagon und das World Trade Centre wurden nur als Vorwand benutzt. Im Interview mit dem „Time“ – Magazin sagte O'Neill: „Von Anfang an haben wir Argumente gegen Hussein zusammengetragen und nach einer Möglichkeit gesucht, ihn loszuwerden.“ (Vgl. De Ruiter 2004, 191). Die Neokonservativen haben demzufolge die Invasion durchgeführt und sie als einen „Selbstverteidigungsakt“ gerechtfertigt. Der Irak unter Saddam Hussein sei eine Bedrohung für die USA gewesen, und es wurde versucht, der Irak mit den Al-Qaida-Terroristen in Verbindung zu bringen. Die weitere Rechtfertigungen der Eroberung des Irak zeigten nur die Entschlossenheit der USA ihren Plan zur Beseitigung von Saddam Hussein zu verwirklichen. Die Vorwürfe, dass der Irak chemische und biologische Waffen produziert und diese an terroristische Gruppe weitergeben könnte, waren höchstens spekulierbar, weil es dazu eigentlich keine deutlichen Beweise gegeben hat. Die vielen Telefongesprächen, die Bush mit dem damaligen britischen Premierminister Tony Blair geführt hat, enthüllen, dass der amerikanische Präsident geheime Absichten im Zusammenhang mit dem Beginn des Irak Krieges hatte, sowie dass er über die Anschläge von 11. September im Voraus informiert war. Die Gespräche wurden vom IRA-Geheimdienst aufgezeichnet. Angeblich sagte Bush zu Blair, er habe ein Problem, den Krieg im Irak zu beginnen und weiters, dass die irakischen Ölquellen viel mehr als die saudiarabischen Ölvorräte anzubieten haben. (Vgl. De Ruiter 2004, 195.). Die Verübung von Terror gegen das eigene Land und die eigenen Bürger ist ein großes Verbrechen. Im Buch des Autors, James Bamford, wird behauptet, dass die USA in der Zeit der kubanischen Krise geplant haben, terroristische Anschläge auf Amerikaner zu verüben, um auf diese Weise einen potentiellen Angriff auf Kuba zu rechtfertigen. Weiters scheint es, dass herrschende Eliten bereit sind, ganze Nationen und Völker zur Verwirklichung ihrer Pläne zu opfern. (Vgl. Bamford Body of secrets, Doubleday 2001, 18). Solche Vorhaben der Herrschenden zielen auf die Auslösung von Empörung der Bürger ab, wodurch die militärischen Einsätze gerechtfertigt würden. Waren die Angriffe 9/11 inszeniert oder waren wirklich Terroranschläge? Die Frage ist derzeit nicht

beantwortet aber die Auswirkung der Anschläge führte trotzdem zur Rechtfertigung der von der herrschenden Klasse geplanten Akte. Die Entmachtung von Saddam Hussein begünstigte viele Sektoren der Bush Regierung. Vor allem haben die Neokonservativen ein positiver Anreiz der von der NED (*National Endowment for Democracy*, siehe www.ned.org, Anm. M. B.) betriebenen Demokratie und der amerikanischen Wirtschaft in der Region hervorgehoben, die bisher abgelehnt wurde. (Vgl. Burbach 2004, 150).

Eine offizielle Rechtfertigung der Invasion im Irak wurde erst einige Jahre danach erwartet, dennoch steht sie bis heute aus. Die Etablierung der „demokratischen“ irakischen Regierung, die Organisation von „freien“ Wahlen, der Einsatz für den Wiederaufbau des Landes sind nur einige der Beispiele, die die Invasion politisch rechtfertigen sollen und zeigen sollen, dass die Invasion sinnvoll war und jetzt quasi eine demokratische Gesellschaft geschaffen wird. In Wirklichkeit ist die Aufgabe erfüllt. Saddam Hussein ist beseitigt worden und wurde erst nach einem „fairen“ Prozess zum Tode verurteilt. Die Beseitigung des schrecklichen Tyrannen hat uns gezeigt, wie die „Wiege der Demokratie“ heutzutage diese Herrschaftsform exportiert. Natürlich war der Irak weit von einem demokratischen System entfernt, und die Rolle der USA kann auch von einer anderen Seite her betrachtet werden. Jedoch stellt sich die Frage, ob es zwischen dem damaligen und dem heutigen Irak einen großen Unterschied, was den Grad der Demokratisierung betrifft, gibt. Wie laufen eigentlich die Demokratisierungsprozesse des Landes? Wird überhaupt versucht, den Staat zu demokratisieren? Oder, wird vielleicht nur getestet, wie die Übergangsperiode nach der Invasion funktioniert? Viele neokonservative Politiker und Wissenschaftler würden jetzt sagen, dass der Irak einem guten Weg zur Bildung von Demokratie und ihren Werten ist, obwohl diese Behauptung nicht bestätigt werden kann. Die Kritiker sind bescheidener und behaupten dass die Bush-Regierung nur ein Intermezzo in der US–Außenpolitik ist, das bald nach den Präsidentschaftswahlen Ende 2008 vergessen sein wird. Am Ende kann gesagt werden, dass die Außenpolitik der Vereinigten Staaten unter der Administration von George W. Bush auf bloßer Machtanwendung basiert und international schlechte Ergebnisse erzielt hat. Die USA waren bislang mehrmals bei Machtübernahmen überall auf der Welt verwickelt. Im folgenden Kapitel wird ein Konzept einer mehr oder weniger friedlichen Machtübernahme dargestellt.

3. Engagement – die „friedliche“ Außenpolitik

Wir haben im letzten Kapitel gesehen, wie die Vereinigten Staaten ihre Außenpolitik unter der neokonservativen Administration von George W. Bush führen. Erwähnt wurde am Beispiel der Clinton-Administration, dass die neokonservative Schule des Denkens die Außenpolitik der USA nicht immer prägte. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich von Anfang ihrer außenpolitischen Aktivitäten an demokratische Werte eingesetzt. Allerdings haben sich die USA in die inneren Angelegenheiten einiger Staaten eingemischt, um ihre demokratischen Werte zu fördern. Umstritten ist, ob die US–Außenpolitik in jedem Fall internationalistisch oder interessenbezogen war. Mit solchen Eingriffen wurden dennoch die Prinzipien des Völkerrechts theoretisch nicht verletzt, da in der Praxis die Aktionen in den meisten Fällen von den amerikanischen Geheimdiensten durchgeführt wurden. In den nächsten Abschnitten wird versucht, das alternative Konzept des amerikanischen Außenhandelns „Engagement“ zu erläutern.

Wie gesagt, die Amerikaner haben sich im 20. Jahrhundert mehrmals in die inneren Angelegenheiten von souveränen Staaten eingemischt. Die meisten Aktivitäten waren in der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg bis Beginn der 1990er Jahre d.h. während des Kalten Krieges, zu beobachten. Anfangs des 20. Jahrhunderts, während die Politik von „Imperial Overstretch“ ihre Konturen gestaltet hat, kamen solche Eingriffen der USA zum Vorschein. Beispiele dafür sind die zentralamerikanischen Staaten wie Nicaragua und Guatemala, deren Führer unter Druck der US–Interessen ihre Führungspositionen aufgeben mussten. (Vgl. Frey 2004, 61 – 62). Es ist wichtig zu betonen, dass die amerikanische Außenpolitik im Kalten Krieg antikommunistisch und prodemokratisch ausgerichtet war, so dass die Werte wie Förderung der Demokratie und der Versuch, kommunistische Systeme zu stürzen, zu ihren Hauptaufgaben zählten. Mit Hilfe der amerikanischen Geheimwaffe, der CIA wurden die Aktionen durchgeführt. Die Befürchtung, dass der Kalte Krieg verloren gehen könnte, wirkte eindrucksvoll auf die Amerikaner aus. Die USA wurden unter dem Einfluss von Gewinninteressen größerer Konzerne mehr oder weniger gezwungen, eine Reihe von Interventionen durchzuführen. Beispiele für erfolgreiche Einsätze der CIA sind die Interventionen im Iran 1953. Dies war der erste Einsatz der USA in der muslimischen Welt und löste die Welle des heutigen islamischen Fundamentalismus

und Antiamerikanismus aus, bei dem der Premierminister Mohammed Mosaddegh gestürzt wurde. Weitere Beispiele sind Brasilien 1964 und vor allem Chile 1973, wo der demokratisch gewählte, sozialistisch orientierte Politiker Salvador Allende in einem von den USA unterstützten Coup gestürzt wurde. (Vgl. Frey 2004, 141 – 143)

Der ab den 1970er Jahre begonnene allgemeine Trend zur Demokratisierung trug dazu bei, dass das Sterben nach den demokratischen Veränderungen neugestaltet wird. Die Regierung der USA und eine breite außenpolitische Gemeinschaft suchten nach einer Lösung dafür, wie Demokratie ohne einen starken militärischen Einsatz gefördert werden könnte. Der damalige US-Präsident Ronald Reagan und sein Staatssekretär sprachen von einer „weltweiten demokratischen Revolution“ (Carothers 2002, 6; in: <http://www.journalofdemocracy.org/articles/gratis.html>), entnommen am 7. November 2007

Während der 1980er Jahre hat sich eine Reihe von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen mit der Demokratieförderung im Ausland beschäftigt. Die offizielle amerikanische Politik hat sich auch in einem bestimmten Sinne verändert. Es wurden zahlreiche Organisationen zur Demokratieförderung gegründet, manche von ihnen wurden direkt von der Regierung gesteuert, wie beispielweise die U.S. Agency for International Development (USAID). Andere Werkzeuge der Soft – Power wurden z.B. Training von Anwälten, politischem Kader, Journalisten etc werden dabei ebenfalls verwendet. Die mangelhaften Strategien haben zur Demokratieförderung beigetragen, die mit Hilfe von nichtmilitärischen Methoden durchgesetzt wird. Joseph Nye hat in seinem Werk „Soft Power. The Means to Success in World Politics“ die Wichtigkeit von richtigen Anwendung der soft power hervorgehoben: *„Soft power rests on ability to shape the preferences of others. (...) The ability to establish preferences tends to be associated with intangible assets such as an attractive personality, culture, political values and institutions, and policies that are seen as legitimate or having moral authority. If a leader represents values that others want to follow, it will cost less to lead.“* (Nye, 2004, 5 – 6). Wie Michael McFaul weiter anführt, ist die amerikanische Öffentlichkeit nur dann bereit, einen Krieg zu beginnen, wenn sie überzeugt ist, dass eine Bedrohung der amerikanischen Nationalen Sicherheit besteht. (Vgl. McFaul 2006, 7). In weiterer Folge existieren in der modernen Welt Werte, mit deren Hilfe die internationalen Beziehungen erfolgreich gesteuert werden können wie

Diplomatie. Ihre primäre Aufgabe ist, laut McFaul, in den autoritären Staaten wirksam zu sein. Natürlich sind diese Staaten im Fokus der amerikanischen Außenpolitik, weil in diesen Staaten Demokratie gefördert werden soll. Um sich erfolgreich durchzusetzen, wird ein starker diplomatischer Einsatz benötigt, wobei US-Diplomaten die führende Rolle spielen. Der Begriff „Engagement“ wird als ein Zweiebenenspiel der Diplomatie und Nichtregierungsorganisationen verstanden. Um die Demokratie in einem Staat fördern zu können, müssen Nichtregierungsorganisationen einerseits eine starke Opposition ausbilden und andererseits muss sich die US-Regierung einsetzen. Der Einsatz folgt dem Muster, die Autokratie zu fordern. Dies wurde von Condoleezza Rice „transformative Diplomatie“ genannt. (Vgl. McFaul 2006, 8). Dieser Typ der Demokratie wird durch das Konzept der so genannten Auslandshilfe (USAID, Anm. M. B.) auf der einen Seite und durch das starke diplomatische Engagement in den inneren Angelegenheiten des Staates auf der anderen Seite durchgesetzt. Viel es davon vollzieht sich im zivilgesellschaftlichen Sektor, wofür die Nichtregierungsorganisationen zuständig sind. Weiters ist, um demokratische Veränderungen voranzutreiben, eine kooperative Zusammenarbeit mit der herrschenden Klasse des autoritären Regimes notwendig. Als zusätzliches Muss spielt die Bildung von gegenseitigen Vertrauen eine wesentliche Rolle. Das diplomatische Know-how ermöglicht es hinter den Kulissen zu wirken und die Ergebnisse vom breiten Auditorium zu verstecken. Wie Michael McFaul anführt, wird Diplomatie hier nicht im Sinne der Herausbildung einer Freundschaft verstanden, die möglicherweise in Zukunft zur Demokratisierung beitragen könnte. Engagement beruht hier auf den starken Verbindungen zum einheimischen Regime, um einen gewissen Druck für politische Liberalisierung ausüben. *„Once in motion, liberalization can develop an unstoppable momentum.“* (McFaul 2006, 8)

Die strategische Macht der US-Demokratieförderung ist besonders stark in den Staaten, deren Führer eine freundschaftliche Haltung zu den USA haben. Die Regime sind oft auf verschiedene Art und Weise von den Vereinigten Staaten abhängig, sei es ökonomisch oder politisch. Sie sehen in den meisten Fällen die USA als ihren Schützensiegel, durch den sie sich legitimiert fühlen. Selbstverständlich verstecken sich dahinter amerikanische Interessen, Demokratie in den Staat zu importieren und die engen Beziehungen zum Regime abubrechen. Allerdings stellt die Tatsache dar,

dass die US – Diplomaten öfters an die volle Kooperation mit den Herrschern glauben, einer der größten Fehler der US – Diplomatie bei Einsätzen. Strategisch zu reagieren und somit herauszufinden ob die Möglichkeit besteht durch taktische Zusammenarbeit, die Ziele zu erfüllen d.h. Demokratie zu fördern, fingiert als das grundsätzliche Wesen dieser Politik. Michael McFaul dazu: *„U.S. diplomats often underestimate their leverage vis-à-vis these regimes because their preference for stability blinds them to the regime’s vulnerabilities. Both pundits and policymakers often assume that total cooperation with friendly dictatorships is the only way to achieve our immediate security objectives. Thus, they fail even to ask whether there is a way to reconcile the tactical impulse to cooperate with the strategic goal of promoting democracy, which is integral to our long-term security.“* (McFaul 2006, 9)

Die richtige Anwendung von Engagement wie der Demokratieförderung – Strategie begann erst mit dem Amtsantritt der Reagan-Administration. In der Vergangenheit gab es auch Versuche auf diese Weise Machtübernahmen in einigen Staaten zu beeinflussen. Präsident Nixon und sein Staatssekretär haben so 1973 den chilenischen Präsidenten Salvador Allende gestürzt und eine brutale Militärdiktatur eingeführt, mit der die USA freundliche Beziehungen bildeten. Präsident Carter, der bekannt für seine Friedensaktivitäten war, lehnte die Strategie, sich mit autokratischen Regimen zu befreunden, ab. Die Pro US-Diktaturen in Chile, den Philippinen und Südkorea wurden von der Administration Reagan in Frage gestellt. Die Administration Reagan lehnte ihre Strategie an den Aufsatz von Jeane J. Kirkpatrick „Dictatorships and Double Standards“ an. Kirkpatrick argumentiert in diesem Artikel dass die Aufhebung der US-Unterstützung für autokratische Regime moralisch falsch ist. Die Autorin führt weiter an, dass sich die USA nicht nur von ihren loyalen Verbündeten entfernt hat, und damit auch begünstigt hat, dass die Regime durch noch verheerendere ersetzt wurden, die jetzt eine größere Gefahr für die Nationalsicherheit der USA darstellen. Es ist wichtig hervorzuheben, dass Kirkpatrick über die Revolutionen im Iran und in Nicaragua schreibt. (Vgl. <http://www.commentarymagazine.com/viewarticle.cfm?id=6189&page=all>), entnommen am 8. November 2007

Diese Überlegungen wurden zur amerikanischen außenpolitischen Doktrin umgewandelt, die nach der Autorin „Kirkpatrick-Doktrin“ genannt worden ist. Laut dieser Doktrin sind die pro – sowjetischen Regime totalitär, während die pro – westlichen autoritär sind, weil sie eigentlich eine antikommunistische Haltung aufrechterhalten. Die totalitären Regime sind stabiler und neigen daher dazu, ihre Nachbarstaaten zu beeinflussen. Die autoritären Regime versuchen das Verhalten ihrer Gesellschaftsmitglieder nur zu kontrollieren und in einigen Fällen zu bestrafen, während die pro – kommunistischen totalitären Regimen versuchen ihre Gesellschaftsmitglieder durch Propaganda, Umerziehung und Gehirnwäsche zu steuern. All dies basiert auf der staatlichen Ideologie. Diese Ideologie in den totalitären Regimen trägt zur Vernichtung der Gemeinschaftseinrichtungen bei, wobei der Kern der modernen Gesellschaft – die Familie angegriffen wird. Aufgrund dessen behauptet Kirkpatrick, dass die Demokratieförderung viel leichter in den autoritären Systemen ist. Letztendlich unterstützten die Vereinigten Staaten die Diktaturen weltweit, weil dies aufgrund dieser Thesen der bessere Weg ist, als einem Staat zu erlauben, Kommunismus als staatliches System zu akzeptieren. (Vgl. <http://www.commentarymagazine.com/viewarticle.cfm?id=6189&page=all>), entnommen am 8. November 2007

Eine der Methoden für die Durchführung des Konzepts „Engagement“ war die Einladung der Diktatoren ins Weiße Haus, wodurch sie als Freunde der USA legitimiert und bestätigt wurden. Dieses freundliche Willkommen wurde dem südkoreanischen General Chun Doo-Hwan, seinem argentinischen Kollegen Roberto Viola und Reagans Lieblingsdikator, Ferdinand Marcos, zuteilt. Um sich richtig mit Demokratieförderung ohne einen militärischen Einsatz zu beschäftigen, haben die USA die Unterstützung aller Militäraktionen abgeschafft. Die US – Regierung arbeitete aktiv daran, freie und faire Wahlen in den Krisengebieten zu ermöglichen. Die Tendenz, militärische Aushilfe und Unterstützung durch die Organisierung demokratischer Kräfte und Verhältnisse zu gewährleisten, waren die höchsten Instanzen der neuen Außenpolitik, die auf dem friedlichen Engagement beruhte. Immer wurde das Argument hervorgehoben, dass die von den USA unterstützten Staaten Bastionen der demokratischen Entwicklung sind. Aufgrund dieser Behauptungen dürfen sie von den Vereinigten Staaten nicht fallengelassen werden. Dieses Prinzip wurde 1982 bei der Krise in El Salvador verwendet und bei

allen späteren Aktionen angewendet. (Vgl. McFaul 2006, 10). Die Rechtfertigung für ihr Handeln hat die Reagan-Administration beim Erfolg der Wahlen in El Salvador gefunden. Dies war eine Art Wendepunkt für das Gesicht des „Engagement – Konzept“. Die Vereinigten Staaten von Amerika gaben ihre Bereitschaft jetzt bekannt, eher auf der Seite von demokratischen Revolutionen als freudlichen Diktaturen zu stehen. Dazu die Rede von Präsident Reagan 1982 im britischen Parlament in Westminster drei Monate nach den erfolgreich beendeten Wahlen in El Salvador: *„We must be staunch in our conviction that freedom is not the sole prerogative of a lucky few, but the inalienable and universal right of all human beings. So states the United Nations Universal Declaration of Human Rights, which, among other things, guarantees free elections. (...) What I am describing now is a plan and a hope for the long term—the march of freedom and democracy which will leave Marxism-Leninism on the ash-heap of history as it has left other tyrannies which stifle the freedom and muzzle the self-expression of the people. (...) Let us now begin a major effort to secure the best—a crusade for freedom that will engage the faith and fortitude of the next generation.“* (McFaul 2006, 11)

Die veränderte Strategie begünstigte die Diktaturen nicht mehr im bisherigen Ausmaß. Mit der Aussage Reagans wurde öffentlich bekanntgegeben, dass die USA Träger jeder demokratischen Veränderung werden. Die Diktatoren fassten die USA als das notwendige Übel auf, mit dem sie immer noch mehr oder weniger rechnen können, obwohl die blendende Unterstützung ihren Glanz zu verlieren begann. Klar wurde, dass zum Ende der Machtstellung der bisher unterstützten autoritären Systemen kommen, die Frage aber war, unter welchen Bedingungen dies geschehen würde. Mit der Ernennung von George Schultz für Staatssekretär begann die Ära der so genannten *dua-track diplomacy*, die die bilateralen Beziehungen zu den US – Verbündeten aufrechterhielt, ungeachtet davon, ob sie demokratisch oder autokratisch sind. George Schultz fungiert dabei als Befürworter der radikalen Aktionen gegen diktatoriale Regime. Seine Ernennung stellte eine gewisse Verzichtung auf die von der Kirkpatrick Doktrin begründete Politik. Seine Haltung war noch stärker, dass alle Regime ungeachtet ihrer ideologischen Orientierung schädlich sind und aufgrund dessen müssen unbedingt demokratisiert werden. Der duale Charakter der Diplomatie ließ sich durch die Unterstützung von demokratischen Veränderungen innerhalb der autoritären Regime erkennen,

ungeachtet ihrer Orientierung. Reagans „Kreuzzug für Freiheit“, wie es Michael McFaul genannt hat, war ein seriöser Versuch, die Welt von jeder Art autoritärer Herrschaft zu befreien. Wichtig ist dabei zu bemerken, dass den Konturen der US-Außenpolitik ein stärkerer Rahmen nach der Ernennung von Georg Schultz zum Staatssekretär zukommt. Wie erwähnt, war die Politik Reagans bereit sich mit jedem Autoritarismus auseinander zu setzen. Die kommunistische oder antikommunistische Orientierung der Systeme war nicht mehr von Belang. Diese Politik hat eine Reihe von Dilemmas ausgelöst. Washington war nicht sicher, wie es möglich ist, die demokratischen Veränderungen voranzutreiben, ohne die antiamerikanische Opposition zu engagieren. Die Lösung wurde in Form einer gewissen Abwendung der Kirkpatrick – Doktrin gefunden. Um geklärt zu werden, bleibt die „Kirkpatrick-Doktrin“ ein fester Bestandteil der US-Außenpolitik unter der Administration Reagans. Die „Kirkpatrick-Doktrin“ ist insofern wesentlich, weil der Bereich ihres Interesses Lateinamerika war. Was aber ab 1982 verändert wurde, waren die Art und Weise ihrer Durchführung. Dafür zeugt das folgende Zitat: *„(...)Policy change derived less from the President himself than from a perception, apparently by middle-level policy-makers, that what had been sauce for the right-wing goose might be made to cook the left-wing gander, at least in the Third World. That is, that US policy, instead of wasting resources on efforts at repressing dissent against shaky right-wing autocracies, should instead devote resources to backing or accommodating to dissent and insurgencies directed against both varieties of non-democratic regimes (...)For when you are proclaiming, as Mr. Schultz did, that 'the yearning for freedom is the most powerful political force all across the planet' there is no way to ensure that the message reaches only countries where the repressive regime in power is rationalized by left-wing doctrines rather than right-wing ones.“* (Bell 1989, 103 – 104) Die USA zielten nun darauf ab, die Unterstützung der Bevölkerung zu finden, um durch ihr Engagement Regime stürzen zu können. Interessanterweise spielte Paul Wolfowitz eine wichtige Rolle bei der Herausbildung dieser Strategie. Der Neokonservative, der seine Haltung 20 Jahre später als Mitglied der Bush-Administration wesentlich verändert hat, versuchte mit der Maxime „Governments may fall but the people endure.“, die strategischen US-Interessen zu wahren. Die Schulung von oppositionellen Kräfte, und Wahlen unabhängig vom Regierungspersonal zu beobachten, war der erste Schritt zum Aufkommen von Opposition. Die USA arbeiteten nach dem Prinzip zu beweisen, dass die Opposition

fähig ist, die Macht zu übernehmen und den Staat erfolgreicher als das bisherige Regime zu regieren. Das ist nur der Beginn des psychologischen Krieges. Diese Taktik erschwerte es den Regimen, Gewalt als Gegenmittel zu benutzen. Die Präsenz der Opposition bei der Wahlbeobachtung hat die Möglichkeit eines Wahlbetruges verringert, womit der Antiamerikanismus der Opposition an den Rand gedrängt und den gewaltlosen Widerstand demonstriert wurde. Der Regime unerwartete Erfolg der Opposition führte in den meisten Fällen zu neuen Wahlen, für das ein oder zwei Jahre später abgehalten werden. Dies wird am deutlichsten am Beispiel der Philippinen gezeigt. Nach dem Erfolg der Opposition bei den Wahlen 1984 hat Präsident Ferdinand Marcos entschieden, neue Wahlen für das Jahr 1987 festzulegen. Durch die massive US-Untestützung wurde das Regime unter starken Druck gesetzt. 500 000 Beobachter wurden engagiert, die oftmals den Verdacht äußerten, dass das Regime neuerlich Wahlbetrug ausgeübt habe. Marcos hat sich zum Gewinner erklärt, was das eigentliche Ziel des ausgeübten Drucks war. (Vgl. McFaul 2006, 14). Die Folge dessen sind dann meistens Aussage amerikansicher Funktionären darüber, dass Wahlbetrug seitens des Regimes begangen wurde und dass die USA die moralische Verpflichtung haben, die Opposition zu unterstützen. Zu weiterer Folge kommt es zu massiven friedlichen Demonstrationen, die dem Regime der Todesstoß geben sollen. Diese Volksproteste sind ein legitimes Mittel gegen ein Regime, das Wahlbetrug begangen hat und den Willen der Bevölkerung nicht in Betracht gezogen hat. Während der Proteste werden viele Journalisten engagiert, die vom Ort des Geschehens regelmäßig berichteten. Dies hängt von vielen Faktoren ab. Falls der Diktator gute Beziehungen zu den USA aufrechterhalten hat, wird er in das Exil in den USA evakuiert, wie im Fall von Marcos. Falls die Beziehungen unterbrochen wurden, wird der Diktator nicht festgenommen und vor ein Gericht gesetzt, was den grundsätzlichen Unterscheid zum neokonservativen Konzept „Regime Change“ darstellt. Dieselbe Strategie wurde in Südkorea und Chile verwendet. Am chilenischen Beispiel brachte die zu Chile betriebene Außenpolitik eine Spaltung innerhalb der Administration. Die Hardliner wie Theberge befürworteten den Verbleib Pinochets als die einzige Möglichkeit die kommunistische Bedrohung auf halbem Weg entgegenzukommen. Die Anderen wie Elliott Abrams hielt dass die frühere freundliche Einstellung der Reagan Administration zu rechtsorientierten Diktaturen nur die Glaubwürdigkeit der Administration als Unterstützer von demokratischer Transition in den kommunistischen Ländern verringt (Vgl. Carothers

1991, 150 – 154). All dies weist nur darauf hin, dass die US-Außenpolitik nach 1982 bzw. die gewisse „Abwendung“ von der offiziellen Kirkpatrick-Doktrin aus der inneren Spaltung der Reagan-Administration resultierte. Trotzdem ist eine kontinuierliche Haltung der Demokratieförderung zu beobachten. Nach der Demokratisierung dieser Länder, ab dem Ende der 1980er Jahre, blieben die Staaten bis heute stabile Demokratien.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die dem „Engagement-Konzept“ folgende amerikanische Außenpolitik viel erfolgreich war als das heutige neokonservative Handeln. Die Neokonservativen berufen sich auf Reagan und seine Politik der Demokratieförderung, führen aber eine andere Politik. In den 1980er Jahren, in denen Engagement der oppositionellen Bewegungen und ein starker diplomatischer Einsatz die gelegte Grundsteine der US-Außenpolitik waren, haben die USA ihre Rolle der Weltmacht Nummer 1 viel friedlicher gespielt. Dazu ist wichtig zu betonen, dass die Vereinigten Staaten ihre Außenpolitik heute viel mehr aus der Lage der einzigen verbliebenen Weltmacht betrachten und unilateral handeln. Dieses Verhalten hat die Akteure der internationalen Gemeinschaft, vor allem die Vereinigten Nationen, diskreditiert. Ihre Entscheidungen sind praktisch unwichtig geworden, da die USA ihre Vorhaben rücksichtslos durchführen.

Die Politik von Engagement hat viel demokratischer gewirkt, weil sie in den meisten Fällen zur Demokratisierung autoritärer Regime geeignet war. Jedoch wird oft die Frage gestellt, ob sich hinter der Demokratisierung der Diktaturen wirtschaftliche Interessen großer US-Konzerne versteckten. Mit Einführung der Demokratie als politische Form und Umstrukturierung zu Marktwirtschaft kam es zu offenem Wettbewerb, bei dem die amerikanischen Betriebe fast immer einen günstigeren Zugang zum Markt hatten, was zu Spekulationen führte, dass die Demokratisierung eigentlich aufgrund der Bedürfnisse des großen Kapitals durchgeführt wurden. Wenn sich diese Behauptungen als wahr herausstellen würden, wäre die Strategie von Engagement dem neokonservativen *regime change* gegenüber gleichwertig. Es sind dennoch nur bloße Spekulation, was die politische Entwicklung der mit Hilfe der USA demokratisierten Staaten aufzeigt. Jeder von diesen Staaten hat heutzutage eine demokratisch gewählte und orientierte Regierung. Alle Staaten sind marktwirtschaftlich orientiert und spielen nach den Regeln des freien Wettbewerbs. Die Ergebnisse der Außenpolitik der Bush-Administration sind viel klarer. Natürlich

ist es viel leichter das Resultat des 20 Jahre zurück liegenden „Engagement-Konzepts“ aus der heutigen Perspektive zu betrachten und als vernünftiger aufzufassen als das der US-Regierung seit dem Amtsantritt von George W. Bush. Das Gedächtnis ist immer noch frisch, was zu einer falschen Schlussfolgerung führen könnte. Was sich jedoch sagen lässt ist, dass die neokonservative Politik des militärischen Interventionismus wenige richtige Verbündete in der Welt findet. Einen Staat durch die Eroberung eines Landes und die Hinrichtung seines Herrschers zu demokratisieren, entspricht keiner der Errungenschaften der modernen Zivilisation. Laut Präsident Bush ist die Welt voll von den potentiellen Tyrannen. Wer wird der Nächste sein? - wird oft gefragt. Die wissenschaftlichen Kreise in den USA, die die Bush-Doktrin stark kritisieren, fragen sich, ob die Demokratisierung des Irak mit Hilfe von Engagement möglich gewesen wäre. Dies sich nie beweisen lassen.

Die zwei dargestellten Konzepte zeigen die Veränderung des außenpolitischen Handelns der USA auf. Zusätzlich kommen die Veränderungen in den internationalen Beziehungen zum Vorschein, die ein wichtiger Faktor in der Weltpolitik sind. Mit Berücksichtigung der Konzepte werde ich versuchen, das Beispiel der Machtübernahme Pinochets 1973 in Chile, sowie der dessen Rücktritt 1989 zu erläutern.

4. Methodologische Überlegungen

4.1 Der Forschungsansatz – die Diskursanalyse

Der Forschungsansatz der Arbeit basiert auf einer Diskursanalyse des untersuchten Gegenstandes einerseits und auf der kritischen Darstellung des US - amerikanischen außenpolitischen Paradigmas auf der anderen Seite. Die Untersuchung soll innerhalb des Forschungsrahmens bleiben, der an das historisch – kritische Paradigma der überlegenen Lage der US – Außenpolitik und ihre Einmischung in die Konflikte und Interessensphären in aller Welt angelehnt wird. Die Arbeit selbst beschäftigt sich mit der neokonservativen These „Beseitigung des Tyrannen“ und versucht ihren Einfluss auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Chile seit den 1970er Jahren zu erläutern. Das dialektische Fundament der Untersuchung liegt im Vergleich der zwei Arten des amerikanischen außenpolitischen Handelns – der schon erwähnten These „Beseitigung des Tyrannen“ und des Konzeptes „Engagement“. Die Engagementforschung soll meine Behauptungen über die militärische Herangehensweise bei der Auflösung der „äußeren Gefahr“ untersuchen und erklären. Der vergleichende analytische Zugang bietet eine parallele Untersuchung der zwei sich gegenüberstellenden theoretischen Konzepte, derer endgültige Ergebnisse im zweifachen Rahmen resultieren. Meine Anfangshypothesen über die dominante Machtstellung der USA in der heutigen Welt, die ihnen freie militärische Aktionen erlaubt, lassen einige Grundgedanken bei der Vorgehensweise der Arbeit erkennen.

Die Arbeit zielt darauf ab zu beweisen, dass die Herangehensweise der US – Außenpolitik (die These „Beseitigung des Tyrannen“) keine Neuigkeit ist und dass sie auch in der Vergangenheit im Schatten des Kalten Krieges verwendet wurde. Die Untersuchung bietet keine neuen Ansätze und Vorschläge, sondern versucht aus den existierenden eine Bilanz zu bilden. Methodologisch betrachtet, ist die qualitative Diskursanalyse der Träger der Untersuchung. Das Ziel der Analyse ist den theoretischen Hintergrund aufzuklären. Die Diskursanalyse stellt eigentlich die Dekonstruktion der vorliegenden Texte dar, um die Begrifflichkeiten deutlicher zu machen. (Vgl. Behnke 2006, 337)

Da es zu keiner Entwicklung einer eindeutigen eigenen Methode gekommen ist, wird die Diskursanalyse viel mehr in der Theorie angewendet. Diese theoriebezogene Anwendung ist eine Stärke der Diskursanalyse und kann in meinem Fall sehr gut verwendet werden. Macht und Herrschaft fungieren dabei als der Fokus des diskursanalytischen Zugangs. Er beinhaltet in weiterer Folge die Bearbeitung von Ideen, indem sie in konstruierte Realitäten verwandelt werden. (Vgl. Behnke 2006, 338 – 339). Weiters kann festgelegt werden, dass der diskursanalytische Zugang der Untersuchung ein brauchbares Mittel für die im theoretischen Teil angegebenen Konstrukte sowie ein entsprechendes methodologisches Konzept ist, weil durch seine Anwendung die theoretischen Merkmale mit den empirischen Daten erfolgreich verbunden werden können. Die Gestaltung des logisch formierten Ganzen wird durch diese Verbindung erleichtert.

Am Beispiel von Chile soll die Anwendung der neokonservativen These „Beseitigung des Tyrannen“ bewiesen werden, aber auch eine alternative Lösung der Situation durch das „Engagement-Konzept“ gezeigt werden. Das chilenische Beispiel soll durch eine Zusammenarbeit qualitativer und quantitativer Methoden untersucht werden. Dies wird mit Hilfe eines fließenden Übergangs qualitativer und quantitativer Sozialforschung gemacht. Diese Herangehensweise nennt sich Methoden-Mix, der sich auf verschiedene Arten durchführen lässt. In der Arbeit wird das sog. Komplementaritätsmodell des Methoden – Mixes verwendet. Durch die gegenseitige Ergänzung der obengenannten Ansätze soll eine perfekte Kombination geschaffen werden, die meine Arbeit vollständiger machen soll. (Vgl. Behnke 2006, 35 – 36)

Die Forschungsbasis stellt durch eine konzeptionelle Analyse dar. Allerdings ist eine Fallstudie das wesentliche Merkmal der Arbeit. Durch eine detaillierte Untersuchung des chilenischen Einzelfalles sollen theoretische Rahmenbedingungen geschafften beziehungsweise der Tatbestand erklärt werden. Durch die Anwendung der Diskursanalyse sollen aus Primärquellen Mitteilungen und Vorstellungen (strategische Dokumente des US - Außen-, bzw. Verteidigungsministeriums, ausgewählte Reden von US- Entscheidungsträger, offizielle Berichte der CIA usw.) vermittelt werden. Um eine bloße Darstellung der Angaben zu vermeiden, soll dieses Feld der Untersuchung mit strukturierten statistischen Daten aus Kongressberichten

(z.B. Church Report) unterstützt werden. Die korrelierenden qualitativen und quantitativen Daten machen die verwendeten theoretischen Ansätze überprüfbar, womit sie die Ausführung der Hypothesen erleichtern.

4.2 Quantitative Analyse

Wie schon in Kapitel 4.1 (Der Forschungsansatz – die Diskursanalyse) erwähnt wurde, bezieht sich die Diskursanalyse in erster Linie auf die Arbeit mit Primärquellen. Die quantitative Datenanalyse soll in der Arbeit vor allem als ein verknüpfendes Element der Untersuchung dienen, indem sie auf der einen Seite Sekundärdaten strukturieren soll und auf der anderen Seite eine operationalisierte Verbindung mit den qualitativen durch die Diskursanalyse erhobenen Daten herstellen soll. Die meisten Forscher arbeiten mit Primärdaten, die sie selbst erhoben haben, aber in vielen Forschungsprojekten werden auch Daten verwendet, die ohnehin in irgendeinem Modus zur Verfügung stehen. Diese Daten werden „Sekundärdaten“ genannt, weil mit ihrer Anwendung die Datenerhebung weitaus einfacher ist. (Vgl. Behnke 2006, 289 – 290).

Die Daten werden aus formalen Quellen wie z.B. Datenbanken aus mit der Untersuchung zusammenhängenden Institutionen erhoben. Am Beispiel von Chile sind die folgenden Daten für die Forschung relevant: Daten der CIA, Statistiken der chilenischen Wahlkommission, Datenbank des US – Außenministeriums usw. Hier handelt es sich um eine besondere Art von Sekundärdaten, die Aggregatdaten heißen. Die Daten werden nicht nur nach standardisierter Art erfasst und in Datensätze verwandelt sondern wurden zu einer Maßzahl gesammelt und geordnet. (Vgl. Behnke 2006, 292; dazu Alemann 1995, 176)

Im Kapitel 4.1 wurde die Struktur der Analyse bzw. die Kombination qualitativer und quantitativer Methoden hervorgehoben. Es wird versucht einen komplementären Zusammenhang von statistisch und diskursanalytisch erworbenen Daten herzustellen. Das Ziel der Zusammensetzung der zwei methodischen Herangehensweisen ist ein neues kognitives Wissen zustandezubringen, die im Feld der Überprüfbarkeit leicht erkennbar ist.

5. Begriffsbestimmungen

Die im Teil I angeführten Ansätze dienen zur theoretischen Erklärung der vorliegenden Arbeit. Um die Begriffe besser zu verstehen, erachte ich es für notwendig, die im theoretischen Teil benützten Konzepte näher zu erörtern. Die im Titel der Arbeit verwendeten Begriffe „Demokratisierung“ und „Engagement“ werden theoretisch dargestellt und erklärt.

Der Begriff „Demokratisierung“ stammt vom Wort Demokratie, das seine Wurzeln in der politischen Ordnungsformenlehre der griechischen Antike hat. Die Demokratie wird als eine politische Ordnung klassifiziert, in der das Volk (demos) herrscht (kratein). (Vgl. Buchstein 2004, 47 in: Göhler 2004). Unter Demokratisierung wird der Wechsel von einem entweder nicht demokratischen oder nur quasi demokratischen Regime zu einem demokratischeren politischen System verstanden. Demokratisierung kann daher auch als demokratischer Wandel definiert werden. (Vgl. <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=4>), entnommen am 17. Jänner 2008

Als prominente Demokratisierungsforscher gelten Samuel P. Huntington; Juan Linz und Alfred Stepan. Die letzten beiden arbeiten eng zusammen. Huntington geht davon aus, dass die Demokratisierung in Wellen auftritt und stellt fest, dass es bis heute drei Wellen gegeben hat indes Tendenzen auf noch weitergeht. Aufgrund dessen spricht Huntington in seinem Text „How Countries Democratize“ darüber, wie es zur Demokratisierung kommt: *„A wave of democratization is a group of transitions from nondemocratic to democratic regimes that occurs within a specified period and that significantly outnumbers transitions in the opposite direction in the same period.“* (Huntington 1991, 579 in: Political Science Quarterly Vol. 106/Num. 4). Der Punkt von Demokratisierung ist, laut Huntington, ein asymmetrischer Prozess, der durch Systemdifferenzen gesehen wird. Keines der Systeme hat dieselbe Struktur und dieselbe Transitionsfähigkeit, so dass die Demokratisierung selbst nicht auf dieselbe Art und Weise durchgeführt werden kann. Unser Fallbeispiel fällt in die dritte Welle der Demokratisierungen. Huntington führt weiters an, dass die dritte Welle ein komplexer politischer Prozess war, weil die konkurrierenden oppositionellen Gruppen die gleiche Idee vertraten und das gemeinsame Ziel hatten. (Vgl. Huntington 1991, 588). Dies trifft auch auf das chilenische Beispiel zu, da die

chilenischen oppositionellen Kräfte außerhalb des autoritären Regimes standen, was die Interaktion mit der künftigen Regierung erleichtert hat. Huntington dazu: *„Moderation and cooperation by the democratic opposition – their involvement in the process as junior partners – were essential to successful transformation. In almost all countries, the principal opposition parties – The Socialists and Communists in Spain the Civic Forum in Hungary (...), the Christian Democrats in Chile – were led by moderates and followed moderates policies. (...) Authoritarian leaders were often unaware how unpopular they were.“* (Huntington 1991, 601 – 603) Linz und Stepan stellen als Ausgangspunkt die These, dass Demokratisierung ein weitgehender Prozess ist, der erst nach einer tiefen Verankerung in die gesellschaftlichen Strukturen, in die institutionelle und soziale Sphäre, erreicht ist. Deswegen muss der klare Unterschied zum Begriff „Liberalisierung“ erklärt werden, der eine Mischung aus sozialem und politischem Wandel darstellt, ist aber nicht gleich und tiefgreifend wie Demokratisierung (Vgl. Linz/Stepan 1996, 1 – 3) In weiterer Folge wird festgelegt, dass, um Demokratisierungsprozess durchführen zu können, müssen bestimmte Rahmenbedingungen bestehen. Die Gesellschaften, in der diese Rahmenbedingungen bereits bestehen, sind leichter „demokratisierbar“, stellen die Autoren fest. (Vgl. Linz/Stepan 1996, 15) Die Vergangenheit als souveräner Staat und die demokratische Tradition sind am Beispiel von Chile erleichternde Komponenten, die den Demokratisierungsprozess begünstigt haben.

Der andere im Titel erwähnten Begriff ist der Begriff Engagement. Der Begriff hat in den meisten Fällen eine vielschichtige Bedeutung und kann in vielen Sozialwissenschaften angewendet werden. In meiner Arbeit wird Engagement im politischen Kontext angewendet. Unter Engagement wird „die Anwendung nicht – gewaltsamer Methoden (friedliche Mittel, Konzessionen, Kompromisse) verstanden, um zu verhindern, dass eine aufstrebende Großmacht Gewalt anwendet, mit dem Ziel die Legitimität der bestehenden Ordnung und das gestörte systematische Gleichgewicht wiederherzustellen.“ (Kissinger in: Gärtner 2007, 38). Das Konzept „Engagement“ zielt darauf ab, Einfluss auf einen bestimmten Akteur (meistens einen Staat) auszuüben, indem versucht wird, die Eingliederung des betroffenen Staates wiederzugewährleisten. (Vgl. Gärtner 2005, 38) Das in der Arbeit verwendete Konzept von Engagement wird an die theoretische Arbeit von Michael

McFaul angelehnt. Laut McFaul muss eine enge Beziehung mit den betreffenden Staaten gebildet werden, um die politische Liberalisierung und Demokratisierung vorantreiben zu können. Die strategische Nutzung des Konzepts erleichtert die Annäherung der Vereinigten Staaten an die betreffenden Staaten bzw. an das betreffende Regime. Die Taktik der Kooperation hat das strategische Ziel der Demokratieförderung, indem mit Hilfe von nicht – gewaltsamen Methoden das Ziel erreicht werden soll. McFaul führt das chilenische Beispiel an, das, seiner Meinung nach, das erfolgreichste Beispiel der Anwendung der Engagement – Herangehensweise bei der Demokratieförderung darstellt. Vor allem wird das stolze Erbe der in Chile verankerten liberalen Demokratie als zusätzlicher Input hervorgehoben. (Vgl. McFaul 2006, 18). Interessant ist zu erwähnen, dass das Engagement – Konzept bei der Machtübernahme durch General Pinochet 1973 überhaupt nicht als mögliche Lösung betrachtet wurde, obwohl Henry Kissinger der Kopf hinter der Operation war und als Befürworter und Pionier des Konzeptes war.

Neben dem Konzept „Engagement“ halte ich es für notwendig den „Soft Power“-Ansatz zu erläutern. Joseph S. Nye definiert Soft Power als „(...) *ability to get what you want through attraction rather than coercion or payments*“; und führt weiters an: „*It arises from the attractiveness of a country's culture, political ideals, and policies. When our policies are seen as legitimate in the eyes of others, our soft power is enhanced.*“ (Nye 2004, X). Soft – Power Konzept kann also als die Fähigkeit eines politischen Handelns betrachtet werden, das durch kulturelle Werten und politische Ideen im internationalen Rahmen die Anderen beeinflussen kann. Soft Power ist kooperatives Verhalten, das stärkeres Engagement in internationalen Institutionen und die Offenheit und Attraktivität der amerikanischen politischen Kultur beinhaltet. Demokratie, Freiheit und Menschenrechte fungieren als Trägerwerte der Soft Power. Die Soft Power beruht darauf, die Präferenzen der Betroffenen zu gestalten. Tabelle 1 zeigt in welcher Form Soft Power geübt werden kann.

Tabelle 1: Drei Typen der Macht

	Behaviors	Primary Currencies	Government Policies
Military Power	coercion deterrence protection	threats force	Coercive diplomacy war alliance
Economic Power	inducement coercion	payments sanctions	Aid bribe sanctions
Soft Power	attraction agenda setting	values culture policies institutions	public diplomacy bilateral and multilateral diplomacy

Quelle: Nye 2004, 31

Die neokonservative politische Strömung steht zu den erläuterten Begriffen im Gegensatz und wird mit verschiedenen Maßnahmen und Mitteln durchgesetzt. Das Wort Neokonservatismus stammt vom griechischen Wort νέος neos, was „neu“ bedeutet und dem lateinischen Wort conservare, das die Bedeutung „erhalten, bewahren“ hat. Der Neokonservatismus ist vorzugsweise in den USA vertreten. Der Ansatz hat ihre heutige Gestalt erst Ende der 1960er Jahre erreicht, womit er eine neuere konservative Strömung ist. Während der Ansatz die wesentlichen Merkmale des klassischen Konservatismus übernimmt (die Vorrangigkeit von Familie, Heimat, Staat und Nation, sowie die Betonung von Religion und Werten), befürwortet er auch neue Werte und Aufgaben, wie interventionistische Außenpolitik oder unilaterale Hegemonieansprüche. Hier werden internationale Organisationen aus dem politischen Spiel ausgeschieden oder zu gehorsamen Vasallen der USA umgewandelt. Dabei fungiert die marktwirtschaftliche Demokratie als Träger des neokonservativen Denkens. Die Dichotomie Gut – Böse ist für die Neokonservativen ein wesentlicher Politik ihrer Politik. Aufgrund dessen stehen alle Systeme, die nach den obengenannten Prinzipien nicht funktionieren, im Gegensatz

zu den Neokonservativen. (Vgl. Kagan 2003, 127) Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung. Berlin: Siedler 2003
Dies führt zur Mißachtung der traditionellen Formen der Diplomatie und sogar des Völkerrechts. Unter der Ausrede der Neuen Weltordnung als eine freie Welt für alle Bewohner der Erde führen die Neokonservative ihre Politik, die vor allem von den US-Präsidenten George W. Bush in die Praxis durchgesetzt wurde.

II Historischer Überblick

1. Chile im 19. Jahrhundert

Die ersten europäischen Siedlungen in Chile wurden im 16. Jahrhundert errichtet, womit Chile zu den letzten von der spanischen Krone eroberten Territorien Südamerikas gehört. Zu der späten Eroberung dank der geographischen Lage des Landes kam auch der starke Widerstand der indigenen Bevölkerung.

Nachdem Jahrhunderte voll blutiger Konflikte und Freiheitskämpfe der Mapuche, der eingeborenen Bevölkerung, vergangen sind, kam es zu einem Ereignis, das das spätere Schicksal des chilenischen Volkes bestimmen sollte. Ferdinand VII., König von Spanien, wurde 1807 wegen der Verwicklung in eine Verschwörung von dem Thron entfernt. Die Situation in Spanien wurde als Möglichkeit gesehen, die Unabhängigkeit zu erlangen, die auf keinem Fall verpasst werden darf.

Schon drei Jahre später brach ein Aufstand gegen die spanische Herrschaft aus. Die Folge des Aufstandes war ein Krieg, der zur offiziellen Unabhängigkeitserklärung durch Bernardo O'Higgins, den ersten Staatsoberhaupt der chilenischen Republik, im Jahr 1818 führte. Doch die Armee der *Junta de Gobierno*, die sich als loyal gegenüber der Krone erklärte, erhob sich dagegen. Der Bürgerkrieg zwischen königstreuen *Realistas* und liberalen *Patriotas* war unvermeidbar. Dennoch fanden die separatistischen Tendenzen breite Akzeptanz. Die Kämpfe wurden bis 1814 geführt, als die liberalen *Patriotas* unter O'Higgins in der Schlacht von Rancagua von den spanischen Truppen besiegt wurden. Die Zeit zwischen 1814 und 1817 wird als die Zeit der *Reconquista* bezeichnet, da die Spanier die Herrschaft über Chile wieder erobert haben. Die Schlacht von Chacabuco im Februar beendete die spanische Herrschaft in Chile und führte zur neuerlichen Proklamation der Unabhängigkeit im Jahr 1818. Allerdings waren es damit die inneren Auseinandersetzungen in Chile noch nicht beendet. Fünfzehn Jahre lang dauerte der Kampf zwischen Monarchisten und Patrioten an und wurde erst mit dem Machtantritt von Diego Portales 1833 beendet.

Die Unabhängigkeitsbewegung basierte neben den Ideen des amerikanischen Unabhängigkeitskriegs auch auf den Werten der Französischen Revolution mit der Forderung nach Brüderlichkeit, Freiheit und Gleichheit. Dennoch war die breite Masse der Bevölkerung davon ausgeschlossen, da die herrschende Klasse nach politischem Einfluss, Macht und Ansehen in der Gesellschaft strebte. Die „Neue Ordnung“ von Diego Portales bestand darin, dass die politische Macht denen übergeben wurde, die auch die ökonomische Macht hatten, vor allem dem Landwirtschaftssektor. Die weitere Entwicklung des Landes zeigte diese Klassenunterschiede. Die *Latifundistas* bzw. die Großgrundbesitzer erhielten die führende Positionen, während die kleinen Bauern, die die Mehrheit darstellten am Rande der Armut lebten. (Vgl. Mires 1975, 30 – 31). Mit der Entwicklung der Industrie blieben die Klassen polarisiert. Jetzt spielte die Industrie- und Handelsoligarchie eine bedeutende Rolle. Die Machtverhältnisse wurden verlagert, was nichts Gutes für die Bauern bedeutete.

Nach der langjährigen Ausübung der politischen Macht durch die Konservativen, begannen sich liberale Werte während der Regierung Bulnes (1841 – 1851) durchzusetzen. In ideologischer Hinsicht führte die Regierung Bulnes zu einer Wiedergeburt der liberalen Strömungen. Der Liberalismus der Mitte des 19. Jahrhunderts war wirtschaftlichen Inhalts. Die Forderung nach der Öffnung der wirtschaftlichen Grenzen kennzeichnete diese Phase der politischen Entwicklung. Gestützt auf einige Formeln des englischen Wirtschaftsliberalismus wurde der Zustrom ausländischen Kapitals ins Innere gefördert. (Vgl. Mires 1975, 32).

Die Liberalen fingen an die dominante Stellung auf der chilenischen politischen Bühne zu übernehmen und die Konservativen als dominante Kraft abzulösen. 1861 entstand die linksorientierte Radikale Partei, die sich von der Liberalen Partei abgespalten hatte. Dies wird als Beginn der Parteien-Vielfalt in Chile bezeichnet. (Vgl. Del Campo 2002, 8).

1851 wurde Manuel Montt Torres zum Staatspräsidenten gewählt. Seine Regierung war der Wendepunkt auf dem Weg zur Bildung des modernen Chile. Während seiner Herrschaft entstanden das Bürgerliche Gesetzbuch, sowie die Ministerial- und

Gemeindeordnung Chiles. Die Periode ist auch durch einen Konflikt zwischen dem Staat und der Katholischen Kirche gekennzeichnet. Der Streitpunkt in diesem Konflikt war die Frage, ob kirchliche oder zivile Gerichte für arbeitsrechtliche Prozesse zuständig sind. In wirtschaftlicher Hinsicht stieg die Kupferproduktion stark an, was zur Vermehrung des Vermögens von Großgrundbesitzern führte. Damit begann die Ära der liberalen Regierungen, die bis 1891 andauerte. Die Regierungsmacht wurde von Bergbaupersonlichkeiten und politischen Liberalen erobert.

Die direkte Folge der liberalen Öffnung und der kapitalistischen Ausrichtung des Staates waren die auf außenpolitischer Ebene abgespielten Konflikte mit Bolivien und Peru um Salzpeterfelder. Chile war von einer Wirtschaftskrise betroffen. Der Kupferpreis war niedrig und der Staat litt dementsprechend. Um einen Ausweg aus der schwierigen Situation zu finden, griff der Staat stark ins Wirtschaftsleben ein. Im Süden kam es zu Spannungen mit Argentinien um strittige Gebietsansprüche in Patagonien. Jedoch wurde der Streit diplomatisch ohne eine offene militärische Auseinandersetzung gelöst. Im Norden war der Pazifikkrieg ausgebrochen. Der Pazifikkrieg, der auch Salpeterkrieg genannt wird, dauerte bis 1883 und wurde von Sieg Chiles gewonnen. Der Sieg brachte das mineralienreiche Territorium der Atacama-Wüste. Der Verlierer Bolivien verlor den Zugang zum Pazifischen Ozean. Das neueroberte Land im Norden verbesserte das chilenische Wirtschaftsleben erheblich, was zum „Angriff“ ausländischen, vor allem britischen, Kapitals führte. (Vgl.

http://www.memoriachilena.cl/mchilena01/temas/index.asp?id_ut=laguerradelpacifico1879-1881), entnommen am 9. Sep. 2007

Der liberale Reformbefürworter José Manuel Balmaceda kam 1886 an die Macht. Nach einer erfolgreichen diplomatischen Karriere setzte sich Balmaceda als starke und kluge politische Persönlichkeit durch. Der erfahrene Diplomat, der im Salpeterkrieg, die Nichteinmischung Argentinien gesichert hat, regierte entschlossen ohne viel die Abgeordneten zu konsultieren. Dies führte zu immer größer werdenden Widerstand des Kongresses im Laufe seiner Präsidentschaft. Balmaceda bemühte sich um eine Koalition der nationalen Einheit für seine Politik, die alle liberalen Fraktionen einen sollte, was aber zu parlamentarischen Konflikten führte. Die

Abgeordneten warfen Balmaceda vor, er wolle das Präsidialsystem mit aller Macht aufrechterhalten. Die Idee des parlamentarischen Systems wurde von den Abgeordneten favorisiert und deswegen wurde der Präsident stark kritisiert. Die Amtszeit Balmacedas lässt sich durch einen komplex gewordenen politischen Entscheidungsprozess charakterisieren. Das Vorhaben des Präsidenten, die Rolle der Exekutive im politischen und wirtschaftlichen Bereich auszuweiten, brachte den Kongress gegen das Staatsoberhaupt auf. Die Liberalen teilten sich in zahlreiche Strömungen von Regierungstreuen und -gegnern unterschiedlichster Ausrichtung. Praktisch jeder politische Plan Balmacedas wurde von den „unterschiedlichen“ Liberalen und den Konservativen zu Fall gebracht, was das Regieren in Chile zuletzt unmöglich machte. Die Umsetzung der staats- und planwirtschaftlichen Ideen Balmacedas wurde unmöglich. (Vgl. [http://www.memoriachilena.cl/mchilena01/temas/index.asp?id_ut=josemanuelbalmacedafernandez\(1840-1891\)](http://www.memoriachilena.cl/mchilena01/temas/index.asp?id_ut=josemanuelbalmacedafernandez(1840-1891))), entnommen am 10. Sep. 2007

Das wirtschaftliche Wachstum Chiles war beachtlich. Aufgrund der Erträge aus dem Salpeterexport erwarb sich Chile einen zuverlässigen Ruf auf dem europäischen Markt. Doch, der Wandel Balmacedas zum Etatisten stellte einen Gegensatz zu den marktliberalen Vorstellungen des Kongresses dar. Durch die Verstaatlichung der Salpeterminen und damit verbundenen Dienstleistungsunternehmen sprach Balmaceda sich gegen den Einfluss ausländischen Kapitals aus. Der reiche englische Unternehmer John Thomas North hatte das Monopol im Salpeter – Transport inne und diese Kritik wurde vor allem gegen ihn gerichtet. (Vgl. Collier 1996, 152).

Die Opposition war aufgebracht als Balmaceda Enrique Salvador Sanfuentes zum Kandidaten für die nächste Präsidentschaft ausrief. Zur Forderung der Opposition auf die Übergabe der Exekutivmacht an das Parlament, kam der chilenische Kongress, war aber das Vorgehen in der Verfassung nicht vorgesehen. Die politische Krise wuchs und Chile hat sein politisches System zur parlamentarischen Demokratie gewechselt. Zufolge der Präsidentschaftskandidatur Balmacedas brach 1891 ein Bürgerkrieg zwischen den Anhänger von Parlamentarismus und des Präsidialensystems aus. Mit Unterstützung der Marine gewannen die Parlamentsanhänger. Balmaceda beging kurz danach Selbstmord.

Mit dem Tod von Balmaceda endete die Periode der sogenannten „Autoritären Republik“. Nach der Einführung der Parlamentarischen Republik wurde eine neue Verfassung 1891 angenommen. Das parlamentarische System als Regierungsmodell stärkte die traditionellen Machtstrukturen. Die Großgrundbesitzer und die ausländischen Unternehmen gewannen im Kampf gegen Balmaceda und behielten ihre Positionen.

2. Entwicklung des politischen Systems

Ab der Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1818 entwickelte Chile einen demokratisch orientierten Staat. Die Ausdehnung der sozialen Basis für die Demokratie war am Anfang der Staatlichkeit begrenzt, aber hat sich durch die Entwicklung des politischen Systems mit einer demokratischen Orientierung durchgesetzt. Die Autonomie war eine der wichtigsten Charakteristika der chilenischen politischen Entwicklung. Selbst die Flagge Chiles zeigt die autonome Entwicklung des Staates auf. Der weiße Stern symbolisiert dass Chile ein zentral organisierter Staat ist und symbolisiert damit seine Souveränität. Anders als andere Länder Lateinamerikas hat Chile seinen Weg immer selbst bestimmt. Die „Demokratisierung“ Chiles 1973 war das Ergebnis des inneren politischen Spieles. Mit dem Putsch wurde eine neue Seite der Geschichte Chiles eingeführt, die die demokratische Tradition des Landes ihre Wurzeln ausgeblendet hat. (Interview mit dem chilenischen Konsul in Belgrad, Augustin García – am 5. August 2007).

Das heutige Chile ist eine Demokratische Republik, deren Errungenschaften auf dem Präsidialsystem basieren. Der Präsident und das Parlament sind getrennt und werden durch eine direkte Wahl durch das Volkes gewählt. Die geltende Verfassung wurde 1980 unter Pinochet verabschiedet. In der Periode zwischen 1989 und 2005 wurden achtzehn Verfassungsformen durchgeführt, durch die die Gesamtheit ihrer einzelnen Artikel betroffen hat. Die Verfassungsänderung aus dem Jahre 2005 hat den Einfluss des Militärs begrenzt sowie undemokratische Elemente der Legislative beseitigt. In der Verfassung ist die Gleichheit aller Menschen in Würde und Rechten erklärt. Da die Familie als der grundlegende Kern der Gesellschaft betrachtet wird, wird

ausgeführt, dass der Staat im Dienste der Menschen steht und die Aufgabe hat, das Allgemeinwohl zu fördern.

Die Nation ist der Träger der Souveränität, was durch die Wahrung der Grundrechte bestätigt wird. Chile ist ein Rechtsstaat. Nach der Staatsform handelt es sich um einen Einheitsstaat, obwohl seine Verwaltung dezentralisiert ist. Mit dem Inkrafttreten der neuesten Verfassungsänderung wird die Amtszeit des Präsidenten auf vier Jahre verkürzt. Trotzdem blieb die führende Rolle des Präsidenten, was sich in der Möglichkeit äußert, die Oberkommandierenden der Streitkräfte autonom absetzen zu können. Die wichtigste Änderung beinhaltet der Artikel 90 der Verfassung, mit dem die Rolle des Militärs als „Wächter der Verfassung“ abgeschafft wird. (Vgl.

http://www.embajadaconsuladoschile.de/index.php?option=com_content&task=view&id=35&Itemid=46), entnommen am 11. Sep. 2007

Die Wurzeln des chilenischen Parlamentarismus gehen ins 19. Jahrhundert zurück. Mit der Gründung des Parlaments 1811 ist das chilenische Parlament bzw. der chilenische Nationalkongress eines der ältesten in der modernen Welt des Parlamentarismus. Die Legislative der Republik Chile besteht aus zwei Kammern: der Abgeordnetenkammer (*Cámara de Diputados*) und dem Senat (*Senado*). In Anlehnung an das nordamerikanische (wenn auch nicht föderale) Modell repräsentiert der Senat das nationale Territorium und das Abgeordnetenhaus die Bevölkerung, wobei der Senat die überprüfende und die Abgeordnetenkammer die gesetzgebende Kammer darstellt. Die Hauptaufgabe des Nationalkongresses ist es die Gesetzentwürfe, die ihnen der Präsident vor ihrer Ausfertigung vorlegt, entweder anzunehmen oder abzulehnen.

Das Abgeordnetenhaus besteht aus 120 Mitgliedern, die direkt und für die Dauer von vier Jahren gewählt werden. Die Voraussetzungen für die Wahl sind die chilenische Staatsbürgerschaft, das vollendete 21. Lebensjahr und der Abschluss der mittleren Reife.

Der Senat setzt sich aus 38 Mitgliedern zusammen. Der Zeitraum, für den sie gewählt werden beträgt acht Jahre. Eine Verlängerung ist möglich, alternierend alle vier Jahre durch direkte Wahl über binominale Wahlbezirke unter Berücksichtigung der Regionen des Landes, Tribunal bezüglich Verfassungsbeschwerden. Die

Senatoren müssen chilenische Staatsbürger sein, mindestens 35 Jahre alt sein und die mittlere Reife haben. Die allgemeine Voraussetzung, um das Mitglied des Nationalkongresses zu werden, ist die Verfügung des Wahlrechts. (Vgl. http://www.embajadaconsuladoschile.de/index.php?option=com_content&task=view&id=35&Itemid=46) entnommen am 11. Sep. 2007

Dem Präsidenten kommt die Rolle des Staats- und Regierungschefs zu. Um gewählt zu werden, muss der Kandidat dieselben Voraussetzungen wie bei einem Kandidaten zum Senat erfüllen. Die Amtsdauer beträgt vier Jahre und es besteht keine Möglichkeit der Wiederwahl. Die Wahl erfolgt durch die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Im Fall einer nur relativen Mehrheit kommt es zu einem zweiten Wahlgang, an dem die zwei Kandidaten mit der höchsten relativen Mehrheit teilnehmen. Neben den Aufgaben als Staats- und Regierungschef ernennt der Präsident folgende Persönlichkeiten: die Minister und Staatssekretäre seines uneingeschränkten Vertrauens, ebenso wie die Oberbefehlshaber der Streitkräfte, die Amtsträger der Regional- und Provinzregierungen, die Botschafter und drei der zehn Mitglieder des Verfassungsgerichtes.

Die Judikative ist durch die Rolle des Obersten Gerichtshofes (*Corte Suprema de Justicia*) geprägt. Der Oberste Gerichtshof ist die höchste Instanz der chilenischen Gerichtsbarkeit. Er setzt sich aus 21 Richtern zusammen, deren Ernennung vom Präsidenten der Republik erfolgt. Das Verfassungsgericht (*Tribunal Constitucional*) übt neben anderen Zuständigkeiten die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Verfassungsgesetze und der Auslegungsgesetze der Verfassung vor ihrem Erlass aus. Es wird aus zehn Richtern zusammengesetzt, von denen drei vom Präsidenten im Amt bestätigt werden müssen. Neben den zwei Gerichten gibt es weiter das Wahlprüfungsgericht (*Tribunal Calificador de Elecciones*), das die höchste Instanz der Wahlgesetzgebung ist. (Vgl. http://www.embajadaconsuladoschile.de/index.php?option=com_content&task=view&id=35&Itemid=46), entnommen am 11. Sep. 2007

Das politische System Chiles stellt ein modernes präsidentiales System dar, in dem jedoch immer noch der Einfluss der vergangenen Zeiten bemerkbar ist. Dennoch, die Verfassungsänderung aus dem Jahre 2005 führte eine entschlossenw und erfolgreiche

Auseinandersetzung mit den Resten der diktatorischen Vergangenheit. Die Bildung eines modernen politischen Systems erleichtert den Weg Chiles in die Zukunft.

3. Die Bildung der Parteienlandschaft

3.1 Allgemeine Entwicklung

Das politische Bewusstsein der Bevölkerung kam erst ab Mitte des 19. Jahrhunderts unter dem Einfluss europäischer Bewegungen zum Vorschein. Arbeiterbewegungen und proletarische Organisationen verbreiteten marxistische und anarchistische Ideen. Diese Ereignisse stellten einen starken Anreiz zur Gründung der ersten Parteien in Chile dar. Der Marxismus als Idee wurde in Chile populär, weil die Ideologie laut einer Grundübereinstimmung aller sozialen Wissenschaftler dieser Zeit, „*die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse*“ vorsah (Nohlen 1974, 33). Die Entstehung der Parteien kann auch ökonomisch betrachtet werden. Laut Nohlen, sah die Bevölkerung Chiles die Partizipation, die durch die Parteien verwickelt wurde, nicht nur als formale politische Beteiligung sondern auch als die Möglichkeit an den materiellen und kulturellen Gütern der Gemeinschaft zu beteiligen. (Vgl. Nohlen 1974, 34).

Aufgrund der weiten Verbreitung der marxistischen Ideologie in Lateinamerika, ist es nicht ungewöhnlich, dass die erste entstandene chilenische Partei marxistischer Orientierung war. Die Demokratische Partei wurde bereits 1887 gegründet. Aus ihr entstand die Sozialistische Arbeiterpartei (*Partido Obrero Socialista, POS*). Die Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei war die Reaktion von ehemaligem Generalsekretären der DP auf die Kollaboration der Demokraten mit Liberaldemokraten und Konservativen. Die POS schloss sich der III. Internationalen an und änderte ihren Namen in Kommunistische Partei Chiles (*Partido Comunista de Chile, PC*). Unter Einfluss marxistischer Ideen stellte sich die PC das Ziel, durch Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften die Bedingungen für eine Revolution herzustellen. (Vgl. Nohlen 1973, 75).

Die zukünftigen politischen Auseinandersetzungen und Machtkämpfe wurden durch das Aufkommen neuer Bewegungen und Parteien hervorgerufen. Der Erste Weltkrieg sowie die veränderte gesellschaftliche Struktur wirkten sich negativ auf die wirtschaftliche Situation des Landes aus. Dies spielte eine ausschlaggebende Rolle in der weiteren politischen Entwicklung. (Vgl. Del Campo 2002, 10).

Nach vierzehn Jahren der Herrschaft konservativer Präsidenten gewann der Liberale Arturo Alessandri die Präsidentschaftswahl 1920. Der Staat war gerade von einer Streikwelle der Kohlearbeiter betroffen, trotzdem konnte die Wahl abgehalten werden. Unterstützt vor allem von Mittelschicht und Arbeiterschaft führte Alessandri ein Programm ein, das tief greifende soziale und politische Reformen beinhaltete. Vorgesehen war, Kirche und Staat zu trennen, die Macht des Präsidenten zu stärken, die Verwaltung zu dezentralisieren und Ministerien für Arbeits- und Sozialwesen einzurichten. Alessandri hatte weiters vor, eine Arbeitsgesetzgebung einzuführen, die bessere Arbeitsbedingungen anbieten sollte. Der neue Präsident „berief sich auf die Ideen der Französischen Revolution und betonte deren gesellschaftspolitische Inhalte.“ (Nohlen 1973, 43).

Die Wahl Alessandris war die erste wirkliche Volkswahl. Eigentlich liegt die Bedeutung der Wahl Alessandris in der politischen Präferenz der breiten Volksmasse, die bisher ohne Wahlrecht, erstmals in den Entscheidungsprozess aufgenommen wurde. Die Auswirkung ihrer Entscheidung auf das Ergebnis war ausschlaggebend für den Machtantritt von Alessandri. Der heftige Widerstand des Kongresses gegen die Durchführung der von Alessandri vorgesehenen Reformen war die erste Hürde nachdem der Kandidat der Liberalen Allianz (*Alianza Liberal*) Staatsoberhaupt wurde. Das Parlament obstruierte die Vorhaben des Präsidenten und war nicht bereit, sich der Exekutive unterzuordnen. Deutlich wurde dies, als sich ein Flügel der Radikalen mit den Konservativen verbündete. Die offene Auseinandersetzung zwischen dem Kongress und Alessandri resultierte in einem militärischen Eingreifen zugunsten des Präsidenten. Unter dem Druck von Forderungen des Militärs gab Alessandri nach. Allerdings wollte der Präsident den Wunsch des Militärs nach der Auflösung des Kongresses nicht erfüllen und musste 1924 das Land verlassen.

Die Rückkehr Alessandirs erfolgte wenige Monate nach seinem Rücktritt. 1925 wurde eine neue Verfassung angenommen. Die neuerabschiedete Verfassung brachte die Stärkung der Exekutive und des Präsidenten (das Amt dauerte jetzt sechs Jahre statt den bisherigen vier, der Präsident hatte das Recht auf Veto gegen ein Gesetz, das vom Parlament angenommen wurde usw.). Mit der Verfassung wurde das Präsidialsystem festgestellt. Kirche und Staat wurden getrennt und das Recht auf Privateigentum beschränkt. Die Unterstützung der breiten Volksmasse erleichterte die Erweiterung des Wahlrechtes. (Vgl. Del Campo 2002, 11).

Weniger als ein Jahr nach seiner Rückkehr ins Land trat Alessandri wieder zurück. Unter der Drohung eines erneuten Staatsstreiches ruhte sich das Land nicht, was zu einer unstabilen Situation führte. Die Macht wurde vom Militär Carlos Ibañez del Campo erobert. Der neue Machthaber regierte das Land von 1927 bis 1931 autoritär. Unter seiner Herrschaft wurde ein Programm öffentlicher Investitionen begonnen. Der Staat hatte eine führende Rolle in der Wirtschaft inne. Die Infrastruktur wurde ausgebaut, die Industrie durch die Erhöhung der Zölle auf Importprodukte gestärkt. Eine Agrarreform wurde begonnen, wobei die Zuwanderungswelle aus Europa durch den Staat geholfen wurde, um die Landwirtschaft gefördert zu werden. Auf der anderen Seite gründete Ibañez die nationale Fluglinie - *Línea Aérea Nacional de Chile (LAN Chile)* und selbstverständlich die Luftwaffe als Kern des modernen chilenischen Militärs. Die Regierung von Ibañez war durch starkes Engagement in öffentlichen Angelegenheiten geprägt. Die öffentliche Förderung der Produktion wurde mit Hilfe von Krediten und einem weitgehenden Plan der institutionellen Reformen realisiert. (Vgl. [http://www.memoriachilena.cl/mchilena01/temas/index.asp?id_ut=carlosibanezdelcampo\(1877-1960\)](http://www.memoriachilena.cl/mchilena01/temas/index.asp?id_ut=carlosibanezdelcampo(1877-1960))), entnommen am 13. Sep. 2007

Doch, das hohe Niveau der öffentlichen Verschuldung und die falsche Monetarpolitik vor der Großen Weltwirtschaftskrise machten die ökonomische Politik des Staates unhandlich, was zum Zusammenbruch des fiskalen, produktiven und finanziellen Sektors führte. Die Folgen des New Yorker Börsenkraches waren auch in Chile zu spüren. Die enormen Preissenkungen von Exportgütern wie Salpeter oder Kupfer betrafen die chilenische Wirtschaft unglaublich stark. Als Folge dessen sank die Unterstützung der Regierung und die Unzufriedenheit der Bevölkerung wuchs. Die Demonstrationen und Streikwellen, getragen vor allem von Studenten und

Mittelschicht, haben sich schnell verbreitet. Die Massen wurden unkontrollierbar und zwangen Ibañez zum Rücktritt. (Vgl. [http://www.memoriachilena.cl/mchilena01/temas/index.asp?id_ut=carlosibanezdelcampo\(1877-1960\)](http://www.memoriachilena.cl/mchilena01/temas/index.asp?id_ut=carlosibanezdelcampo(1877-1960))), entnommen am 13. Sep. 2007

In politischer Hinsicht war die Herrschaft von Ibañez von Auseinandersetzungen mit Arbeitsorganisationen geprägt. Sehr häufig wurden politische Gegner verhaftet oder ins Exil vertrieben. Sein System ließ wenig Handlungsmöglichkeiten für seine Gegner. Die Gewerkschaften wurden vom Staat kontrolliert, die Opposition unterdrückt. Medien- und Pressezensur wurde eingeführt. Doch genoss seine Regierung die Unterstützung des Volkes, solange die wirtschaftliche Lage des Landes günstig war.

Die Zeitperiode nach dem Rücktritt von Ibañez bis die Macht wieder von Alessandri ergriffen wurde, war durch politische Instabilität gekennzeichnet. Innerhalb dieses Zeitraums wurde die Erste Sozialistische Republik ausgerufen, aber dies war nur ein kurzes Intermezzo in der chilenischen Geschichte auf., das nur zwölf Tage andauert hat.

Dennoch hinterließ es wichtige Spuren für die weitere politische Entwicklung des Landes. Zu dieser Zeit wurden Arbeiterorganisationen wieder aufgebaut sowie die Sozialistische Partei Chiles (*Partido Socialista de Chile, PSC*) als direkte Folge des Intermezzos 1933 gegründet. Eine weitere Einrichtung, die die Hauptrolle in der späteren Entwicklung übernehmen sollte, war die Nationale Gewerkschaft (*Confederación Nacional Sindical*), die ebenfalls während des kurzen Bestehens der Sozialistischen Republik ins Leben gerufen wurde. (Vgl. Del Campo 2002, 12 – 13).

Alessandri kehrte 1932 ins Amt zurück, nachdem er die im Oktober abgehaltenen Präsidentschaftswahlen mit Hilfe von Liberalen, Demokraten und Radikalen gewonnen hatte. Durch das Engagement der zweiten Regierung Alessandris wurde das politische System stabilisiert und die Ära des militärischen *Caudillismo* (die autoritäre Machtausübung einer Person. Eines Führers (caudillo) über eine soziale Gruppe; siehe - <http://de.wikipedia.org/wiki/Caudillismo>) und der sozialen Anarchie beendet. Obwohl Alessandri vorgeworfen wurde, dass er selbst autoritär herrscht, führte seine Regierung einige demokratische Maßnahmen ein, wie z.B. das proportionale Wahlsystem. Damit haben die Linksgerichteten bzw. kommunistischen

und sozialistischen Parteien ihren Platz im politischen System bekommen und die Regierung zeigte Respekt vor der Arbeitsgesetzgebung und den Gewerkschaftsorganisationen. Gleichwohl distanzierte sich die 1858 gegründete Radikale Partei von der, ihrer Meinung nach, autoritären Machtausübung von Alessandri. Die Haltung der Radikalen Partei wurde seitens der Kommunisten genutzt, um eine Koalition mit Radikalen und Sozialisten zu bilden, die unter dem Namen *Frente Popular* (Volksfront) bekannt wurde. (Vgl. <http://www.memoriachilena.cl/mchilena01/temas/dest.asp?id=aalessandrisegundogbno>), entnommen am 14. Sep. 2007

Die Koalition zeigte sich als eine gute Lösung, da die von großen innenpolitischen Gegensätzen geprägten Wahlen 1938 vom Kandidaten der Volksfront Pedro Aguirre Cerda knapp gewonnen wurden. Nachdem Cerda als Sieger hervorging, bildete sich eine Regierung der Radikalen mit Beteiligung der Sozialisten. Die Regierung war vor allem im Gesundheits- (Salvador Allende wurde Gesundheitsminister, Anm. M. B.) und Bildungsbereich erfolgreich. Sein Motto "la educación es el primer deber y el más alto derecho del Estado; en consecuencia, social y jurídicamente considerada, la tarea de educar y enseñar es función del Estado" – "Die Ausbildung ist die Primärpflicht und das höchste Recht des Staates, d.h., die Funktion und die Aufgabe des Staates sind Ausbildung und Unterricht." (Übersetzung M. B.) legt eines der seltenen Beispiele der chilenischen Politiker dar, die sich vor allem für den Bildungsbereich so stark wie Cerda eingesetzt haben. Nur drei Jahren nach seiner Wahl starb Cerda vor Ablauf seines Mandats. Das gleiche Schicksal traf seinen Nachfolger Juan Antonio Ríos, der den Regierungskurs beibehielt. (Vgl. <http://www.memoriachilena.cl/mchilena01/temas/dest.asp?id=frentepedroaguirrecerda>), entnommen am 14. Sep. 2007

Der erste nach dem Zweiten Weltkrieg gewählte Präsident Chiles war Gabriel González Videla. Der erfahrene Diplomat repräsentierte sein Land an den Botschaften in Paris und in Brasilien sowie bei der Gründung der Vereinten Nationen in San Francisco, bevor er zum Staatspräsidenten als Kandidat der Radikalen gewählt wurde. In einer Situation der Schwäche der Radikalen zwangen ihn die Machtverhältnisse rechte Parteien in sein Kabinett aufzunehmen. Da die Regierung auch mit Unterstützung der Kommunisten gebildet wurde, entstand eine „bunte Koalitionsregierung“.

In der Nachkriegszeit war in Chile eine relativ große Bereitschaft zu Erkennen, die hegemoniale Rolle der USA zu akzeptieren und sich in ein „hemisphärisches System“ einzugliedern. Diese Periode der chilenischen Geschichte ist durch die Suche nach einer engen Allianz mit den Vereinigten Staaten geprägt. (Vgl. Barrios 1999, 186). Unter dem Druck der vom Kalten Krieg geprägten internationalen Verhältnisse geriet Chile stärker in Abhängigkeit von den USA. Die Anpassung an die neuentstandene Machtsituation in der Welt erfolgte fast automatisch.

Bis Anfang des Jahres 1947 sahen die Beziehungen Videlas mit den Kommunisten gut aus. Jedoch wuchs der Einfluss der PC (*Partido Comunista*) und Misstrauen began sich in mehreren politischen Bereichen herauszubilden. Der Präsident, beeinflusst durch internationale Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion, betrachtete den Einfluss der Kommunisten mit einem gewissen Argwohn. Die Kommunisten nahmen eine kritische Haltung gegenüber dem Präsidenten ein, etwa indem sie ihm Nichterfüllung seiner Versprechungen Videla die populärsten staatlichen Sektoren nicht bevorzugen zu wollen, vorwarfen. Der Ausgangspunkt der Krise war Streik von Angestellten des öffentlichen Verkehrs in Santiago gegen die Regierungspolitik, der von den Kommunisten unterstützt wurde. Der entgültige Bruch began, als Videla alle Kommunisten aus öffentlichen Ämtern entließ. Nach der Entlassung wurde ein harter Kurs gegen linke Bewegungen eingeschlagen, was die Tätigkeit der Gewerkschaften einschränkte. *La ley de Defensa de la Democracia* (das Gesetz zur Verteidigung der Demokratie) war stark gegen die Kommunisten gerichtet, deren Handlungen jetzt illegal wurden. Der Endzweck des Gesetzes zur Verteidigung der Demokratie stellte die Tatsache dar, dass die Kommunistische Partei verboten war und aus dem Wahlregister gelöscht wurde. Streiken sowie die Freiheit der Organisation und der Propaganda wurden beschrafft. Das Gesetz zur Verteidigung der Demokratie wurde wegen seiner Brutalität öfters „*Ley Maldita*“ (Das verdammte Gesetz, Übers. D. Aut.) genannt. (Vgl.

http://www.icarito.cl/medio/articulo/0,0,38035857_152309045_186756182_1,00.html), entnommen am 15. Sep. 2007

Die wirtschaftliche Stabilität wurde während der Herrschaft Videlas gestört. Für die hohe Arbeitslosigkeit und Inflation wurde die Regierung Videlas verantwortlich gemacht, womit seine Wiederwahl nicht möglich war. Die Macht wurde bei den

Präsidentschaftswahlen 1952 von Carlos Ibañez del Campo ergriffen. Einen ehemaligen Diktator zu wählen, verweist auf den hohen Grad der Unzufriedenheit die Frustration des Volkes. Die enormen ökonomischen Probleme, wie Industrieproduktion, niedrige Löhne der Landarbeiter, Inflation, konnten nicht beseitigt werden. Dennoch wurde das allgemeine Wahlrecht durch den von einer Kollalition mit linksorientierten Parteien dominierten Nationalkongress verabschiedet. Dies bedeutete, dass ein großer Teil der Landbevölkerung das Wahlrecht erhielt. (Vgl. <http://www.memoriachilena.cl/mchilena01/temas/dest.asp?id=ibanezsegundo>), entnommen am 15. Sep. 2007

Bei den Wahlen 1958 gewann Jorge Alessadri, der Sohn des ehemaligen Staatschefs Arturo Alessandri. Der ehemalige Finanzminister der Regierung Videlas besiegte den Kandidaten der Vereinigten Linken Salvador Allende Gossens und wurde somit zum Staatsoberhaupt ausgerufen. Die Regierung setzte sich aus Abgeordneten der Konservativen, Liberalen und Radikalen Partei zusammen. Alessandri versuchte das Land aus der schwierigen wirtschaftlichen Lage zu befreien und die sinkende Industrieproduktion des States anzukurbeln. Er förderte Auslandsinvestitionen und wollte das Land im Sinne einer liberalen Wirtschaftspolitik für Importe öffnen. Im Inneren hatte die Regierung vor, den Haushalt zu sanieren und die Inflation zu verringern.

Außenpolitisch erfolgte die Anlehnung an die von John F. Kennedy gegründete „Allianz für den Fortschritt“. Durch die Gründung dieser Organisation war geplant, die bilateralen Beziehungen zwischen den Verienigten Staten und den Staaten Lateinamerikas zu verbessern. Allerdigs war die Organisation auch gegen den kommunistischen und sozialistischen Einfluss in Lateinamerika gerichtet, der nach der Kubanischen Revolution immer mehr Zulauf erhalten hat. (Vgl. Barrios 1999, 186).

Eine Agrar- und Steuerreform wurde mit amerikanischer Entwicklungshilfe durchgeführt. Trotz der Reformen wuchs die Unzufriedenheit, da die Besitzverhältnisse gleich blieben. Die Mehrheit der Grundstücke war in den Händen von Großgrundbesitzern. Die wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung führten zu einer Streikwelle sowie zu Unruhen, obwohl es Alessandri gelang, mit seinem

Programm den Rückgang der Arbeitslosigkeit und die Zunahme der Industrieproduktion zu erreichen. Seine Politik litt jedoch an der hohen Verschuldung, an der sie letztlich scheiterte. (Vgl. http://www.quepasa.cl/medio/articulo/0,0,38035857_172985941_183501485,00.html), entnommen am 15. Sep. 2007

3.2 Der Anfang vom Ende

„Diese Bewegung und dieser Mann, der hier für Sie spricht, stellen die Realisierung der großen Aufgaben in der Zukunft des Vaterlands dar. Die Aufgaben bedeuten eine Revolution in Freiheit, eine tiefgreifende Transformation Chiles“

Eduardo Frei Montalva

Die Präsidentschaftswahlen 1964 waren durch ein umfangreiches Engagement geprägt, das den Machtantritt der Sozialisten verhindern sollte. Äußerer Einfluss unterstützte die inneren Kräfte, um Niederlage der Linken zu ermöglichen. Erst nach der Aufgabe des Kandidaten der Rechten wurde ein knapper Sieg von Eduardo Frei von der PDC (*Partido Demócrata Cristiano*) erkämpft. Sein stärkster Gegner war Salvador Allende Gossens, dessen Einfluss auf der politischen Bühne Chiles wuchs. Wegen der enormen antisozialistischen Kampagne konnte sich Allende trotz seiner steigenden Popularität nicht durchsetzen. Die Machtgewinne linksgerichteter Kräfte in Lateinamerika waren zur Zeit unmöglich, da die Vereinigten Staaten nach der Kubanischen Revolution einfach keine weiteren Interessen daran gehabt haben.

Die PDC selbst wurde 1958 von der Nationalen Falange, der Konservativ – Sozialchristlichen Partei und der Christlichsozialen Partei gegründet. Die Partei wurde als eine Alternative sowohl zum Kapitalismus als auch zum Sozialismus präsentiert. Die Strategie des „eigenen Weges“ wurde propagiert, um die Macht zu ergreifen und die sogenannte „vollständige Krise“ Chiles zu lösen. Unter der Parole „Revolution in

Freiheit“ (*Revolución en Libertad*) wurde die PDC die wichtigste Partei Chiles Mitte der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts und bot der chilenischen Wählerschaft einen reformistischen Weg der Transformation an. Die Tatsache wurde bei den Wahlen für den Nationalen Kongress 1965 bestätigt, als die Partei 43,6% der Stimmen gewonnen hat. (Vgl. [http://www.memoriachilena.cl/mchilena01//temas/index.asp?id_ut=partidodemocratacristiano\(1957-2004\)](http://www.memoriachilena.cl/mchilena01//temas/index.asp?id_ut=partidodemocratacristiano(1957-2004))), entnommen am 17. Sep. 2007

Der Erfolg der PDC basierte auf der Tatsache, dass die Partei ein typischer Repräsentant der Mitte geworden ist, so dass die Regierung Frei ein allgemeines Interesse zu vertreten suchte. Sowohl die Interessen der Wirtschaft als auch der Arbeiter wurden berücksichtigt. Es wurde versucht Sozialreformen durchzuführen sowie Staat und Verwaltung zu modernisieren. Laut Dieter Nohlen lag „*eine günstige Voraussetzung für einen friedlichen Weg zum Sozialismus in der christdemokratischen Sozialreform, der sogenannten »Revolution für Freiheit«.* Ihrer Vorstellung nach sollte die Gesellschaft sozial gerecht und freiheitlich sein.“ (Nohlen 1974, 43). Die PDC hat sich für die Anerkennung der Menschenrechte, des pluralistischen Charakters der modernen Gesellschaft und der demokratischen Grundfreiheiten eingesetzt. Weiters wurden Wandel der sozialen und ökonomischen Strukturen sowie Aufbau einer sozial gerechten Ordnung betont. Die neue Regierung hatte vor, gesellschaftliche Gruppen zwischen Volk und Staat zu organisieren, durch die die Interessen der Bevölkerung besser ausgedrückt werden können. Als Schlüsselaufgaben wurden vor allem staatliche Eingriffe in den und Kontrolle des wirtschaftlichen Bereichs hervorgehoben. Eine Politik der Verstaatlichung, Nationalisierung und Umverteilung wurde geplant, um die Vorherrschaft des ausländischen Kapitals in Chile zu überwinden, sowie sich von dem steigenden Einfluss der Vereinigten Staaten unabhängig zu machen. (Vgl. Nohlen 1974, 44).

Die geplante Kupferpolitik der PDC wurde erstmals 1961 formuliert. Der wesentliche Grund für die Unterentwicklung des Landes wurde in der „*einseitigen Abhängigkeit vom Export eines einzigen Rohstoffes sowie der ausländischen Gewinnabschöpfung*“ gesehen. Um den möglichen ökonomischen Druck der USA vermeiden zu können, sollte eine Vereinbarung zwischen der chilenischen Regierung und den US-Unternehmen ausgehandelt werden. (Vgl. Neumann 1983, 31).

Eine strategische Partnerschaft wurde angestrebt, die der Regierung Frei eine wirksame Kontrolle über die Aktivitäten der US-Konzerne geben kann. In allen Nationalisierungsüberlegungen war die Idee dominant, kommerzielles, technisches und administratives Know – How zu lernen, um potentiell die gesamte Kupferindustrie übernehmen zu können. Gemischte Unternehmen sollten gebildet werden, wodurch der Prozess der Übernahme erleichtert werden würde. (Vgl. Nohlen 1973, 98 – 99). Dies war Anstoß für eine heftige Kritik. Darüber spricht Nohlen im folgenden Abschnitt seines Werks „Chile – Das sozialistische Experiment“.

„In der Sorge um den weiteren Transfer modernster Bergbautechnologie, die Kontinuität des Arbeitsprozesses, die Aufrechterhaltung der internationalen Märkte, die Investitionserfordernisse mittels ausländischer Kredite nicht nur im Kupfer, sondern auch in anderen Bereichen, schließlich die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu den USA schlechthin, räumte die chilenische Seite in den Verträgen mit den US – Unternehmen eine Vielzahl von Konzessionen ein, die Nutzen und Lasten zwischen US – Gesellschaften und chilenischem Staat ungleich verteilten. (...) 1964 »Chilenisierung« (...), die Chile 51 Prozent der Aktien der gebildeten gemischten Gesellschaften verschaffte und dem Land die Option auf die restlichen 49 Prozent in den Jahren zwischen 1973 und 1982 gab, verband sich in der Praxis nicht mit der von chilenischer Seite erhofften Investitionstätigkeit der Nordamerikaner. Vielmehr ging das Investitionsprogramm vollkommen zu Lasten des chilenischen Staates, der internationale Kredite aufnahm.“ (Nohlen 1973, 99 – 100)

Seitdem Frei an die Macht antrat, war sein einziges Vorhaben nicht nur Chilenisierung (*Chilenización*) des Kupfers durchzuführen sondern auch umfasste das Regierungsprogramm eine Agrarreform. Während der Präsidentschaft von Frei erreichte die Agrarreform einen schwindelerregenden Schwung. Unter dem Lemma “la tierra para el que la trabaja” d.h. „das Land für den, der es bebaut“ sollte durch das Reformprogramm der neuen Regierung der chilenische Agrarsektor durch die Neuaufteilung der Landbesitze und die ländliche Gewerkschaftsorganisation modernisiert werden. (Vgl. [http://www.memoriachilena.cl/mchilena01/temas/index.asp?id_ut=lareformaagraria\(1962-1973\)](http://www.memoriachilena.cl/mchilena01/temas/index.asp?id_ut=lareformaagraria(1962-1973))), entnommen am 17. Sep. 2007

Die Realisierung der geplanten Reformen trug zum anfänglichen Erfolg der Regierung Frei zu. Neben den erwähnten Reformen wurden Infrastruktur sowie Außenhandel verbessert. Doch waren das Steigen der Auslandsschulden, der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts, die steigende Inflation waren nur einige von vielen Problemen, mit derer die Regierung konfrontiert war. Die Ziele von wirtschaftlichem Wachstum wurden nicht erreicht. Trotz all dieser Mißerfolge wurde die Frei-Regierung in der Öffentlichkeit als ein „*gobierno realizador*“, eine Regierung der Leistungen betrachtet. Ein Entwicklungsplan wurde vorgestellt, der die Umwandlung der enteigneten Großbetriebe in Bauerngenossenschaften vorsah, die später zu Familienbetrieben werden sollten. Im Entwicklungsplan sieht man eine starke soziale Komponente, die die Christdemokraten der Linken annähert. Obwohl Frei immer noch über die Unterstützung der Bevölkerung verfügte, wurde er und die Politik seiner Regierung von der PDC stark kritisiert. Die Hauptpunkte der Kritik lagen darin, dass eigentlich der Regierung vorgeworfen wurde, das festgelegte Regierungsprogramm nicht realisiert zu haben. (Vgl. Nohlen 1973, 105 – 110)

Die mangelnde Unterstützung Freis sollte zu einer Spaltung innerhalb der chilenischen politischen Elite führen. Die politische Szene sollte in naher Zukunft stark polarisiert sein. In wirtschaftlicher Hinsicht kam es auch zu Mißverständnissen und zu keiner Übereinstimmung zwischen Arbeitern und Großgrundbesitzern. All dies war nur ein Vorspiel zu den Wahlen 1970, bei denen zum ersten Mal ein linksgerichteter sozialistisch – orientierter Politiker gewählt wurde.

4. Die Militärs – das Gegengewicht zum politischen System

Chile hat eine reiche Geschichte des Militärs. Von der Unabhängigkeitserklärung 1818 an spielte das Militär eine wesentliche Rolle in der chilenischen Gesellschaft. Im 19. Jahrhundert hatte das Militär Gelegenheit, seine Effektivität unter Beweis zu stellen. Es hatte verschiedene Arten von Kriegen geführt: den Bürgerkrieg 1851, den Salpeterkrieg (Pazifikkrieg) gegen Peru und Bolivien 1883, den jahrzehntlangen „Befreiungskrieg“ gegen die Indianer, um ihr Land den Großgrundbesitzern zu übergeben usw. Aufgrund dessen muss die „versteckte“ Macht und der „versteckte“

Einfluss der Streitkräfte betont werden, die beim Putsch 1973 zum Ausdruck kommen werden.

Die Gründung der nationalen Streitkräfte war Ausdruck des kolonialen Befreiungskriegs gegen die spanische Herrschaft im 19. Jahrhundert. Laut Fernando Mires entstanden die Streitkräfte „mit dem Staat, so wie der Staat mit den Streitkräften entstand.“ (Mires 1975, 26). Mires führt fort, dass zur Gründung der Streitkräfte aufgrund der Notwendigkeit von Exporteuren kam, eine neue Form der Abhängigkeit zu suchen, um in der Lage zu sein, sich dem europäischen, vor allem englischen, Kapitalismus anzugliedern. Die dualen Interessen der führenden chilenischen Klasse des frühen 19. Jahrhunderts waren folgende: Die Angehörigen der Klasse waren einerseits Großgrundbesitzer und Agroexporteure. Andererseits haben sie die politisch-militärische Elite repräsentiert und waren sowohl in der Politiktheorie als auch in der Praxis hineingezogen. Beeinflusst von der Französischen Revolution und dem nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieg folgte die führende Klasse den damals vorherrschenden demokratischen und republikanischen Ideen. Gleichzeitig stellten sie die Führung der Unabhängigkeitsrevolution. (Vgl. Mires 1975, 26).

Mitte des 19. Jahrhunderts verloren die Streitkräfte ihre bisher führende Rolle in der Gesellschaft. Durch die Entwicklung der Industrie wurden die Machtverhältnisse teilweise verlagert. Die Industrie- und Handelselite stieg in der gesellschaftlichen Hierarchie auf. Zum politisch – militärischen Niedergang der Streitkräfte trugen auch die Entwicklung des Bergbaus, des Transportwesens, der Urbanisierung und der Dienstleistungen bei. Der Staatsapparat ist dadurch komplexer geworden, was der gesellschaftlichen Stellung der Streitkräfte nicht entsprach. Die starke Durchsetzung liberaler Werte betraf Chile. Ende des 19. Jahrhunderts jedoch wurden die Streitkräfte „erneuert“ und nahmen, der Meinung des Militärs ihre „vorgeschriebene“ Rolle wieder ein. Der Salpeterkrieg (1879 – 1883) kann deswegen als Wiedergeburt der Streitkräfte betrachtet werden. Von diesem Zeitpunkt an werden die Streitkräfte immer auf der politischen Szene Chiles immer anwesend sein.

Die innenpolitischen Eingriffe der Streitkräfte erfolgten immer nur dann, wenn eine Gefahr für die etablierten ausländischen Interessen bestand, die mit der Oberschicht verbunden waren. So lässt sich ihre Beteiligung am Sturz von Balmaceda 1891 erklären. (Vgl. Neumann 1983, 92). Die Erneuerung der Streitkräfte war mit der

Ausdehnung der englischen imperialistischen Tendenzen verknüpft. „Die nationale Verteidigung des Staates war die Verteidigung der Wirtschafts- und Sozialstrukturen dieses Staates.“ (Mires 1975, 35). Bis zur Etablierung der Parlamentarischen Republik blieb das Militär in Übereinstimmung mit der Oberschicht und vertrat ihre Interessen. Dies zeigte sich vor allem bei Massakern an streikenden Arbeitern im Bergbausektor.

Die Macht der Militärs wurde auch im Vorspiel der Wahlen 1925 und danach sichtbar. Die Handlungsfähigkeit und die Haltung der Armeeangehörigen kam zum Vorschein, indem ein quasi politisches System bzw. eine quasi durch die Abgeordneten regierte Staatsverwaltung etabliert wurde. In Wirklichkeit wurde die neue Regierung durch die Militärs gesteuert. Die einflussreichste Persönlichkeit dieser Zeit war der Militär Carlos Ibañez del Campo. Er war in der Lage, die Position des Präsidenten so zu schwächen, dass dieser von seiner Position zurücktrat. Damit wurde die Macht der Militärs offiziell bestätigt, nachdem Ibañez sich selbst zum Präsidenten Chiles ernannte.

Um die Lage festigen zu können, haben die Militärs neue Einheiten in die Streitkräfte eingeführt. Die Einführung der Luftwaffe war nur ein Schritt in die Richtung der Modernisierung der Streitkräfte. Besonders wichtig war, die Gründung der polizeilichen Einheiten, der berufsmäßigen *Carabineros*, die ebenfalls eine militärische Ausbildung erhielten, aber offiziell dem Innenministerium unterstehen. Die jetzt verstärkten Streitkräfte wurden als Verteidiger der Ordnung betrachtet. Ihre Gründung hing vor allem mit der Unterdrückung der Gewerkschaften, Parteien und der armen Volksschichten zusammen. Ihre Aufgaben lagen in der Ausübung von repressiven Maßnahmen den Gegnern und potentiellen Gefahren der militärischen Herrschaft gegenüber. (Vgl. [http://www.memoriachilena.cl/mchilena01/temas/index.asp?id_ut=carlosibanezdelcampo\(1877-1960\)](http://www.memoriachilena.cl/mchilena01/temas/index.asp?id_ut=carlosibanezdelcampo(1877-1960))), entnommen am 18. Sep. 2007

Während der Regierungen der Radikalen Partei (1938 – 1952) betrat die Militärs die politische Szene nicht. Die apolitische Haltung der Streitkräfte wurde mythologisiert. In den militärischen Kreisen wurde über Politik nicht diskutiert d.h. es kam zu einer Trennung von Militär und der zivilen politischen Macht. Die Passivität der Militärs bedeutete nicht dass es nicht gehandelt hat. Die Militärs waren stillschweigend tätig. Dazu Fernando Mires in „Die Militärs und die Macht. Thesen

zum Fall Chile.“: *„Die Periode des Kalten Krieges führte zur »politischen Entnationalisierung« der Streitkräfte. Zu ihren wichtigsten beruflichen Pflichten gehörte jetzt auch die Verteidigung gegen die Feinde des Kontinents d.h. die Feinde der USA. Diese Ausrichtung, die zunächst dem »äußeren« Feind galt, wurde sehr schnell zu einer Ausrichtung gegen »inneren« Feind, da die Gegner der Vereinigten Staaten hauptsächlich »innerhalb« und »nicht außerhalb« der lateinamerikanischen Länder anzutreffen sind.“* (Mires 1975, 48). Mires legt klar fest, welche Aufgaben zu erfüllen waren.

Die Regierung Ibañez stellte die letzte Instanz der Modernisierung und des Fortschritts der Streitkräfte dar. Auf zweierlei Weise wurden diese Tendenzen abgeschafft: Die wurden innerhalb der Streitkräfte unterdrückt erstens und zweitens die Streitkräfte wurden umstruktuiert, um sich leichter an die geopolitische Einflussphäre der USA anpassen zu können. (Vgl. Mires 1975, 50 – 51). Als drittes Merkmal kann sich die Überzeugung mit der politischen Ideologisierung betonen, da die politische Situation im internationalen Rahmen den Putsch 1973 bestimmt hat.

Die Eingliederung in die wirtschaftliche, militärische und ideologische Interessensphäre der Vereinigten Staaten wurde spätestens durch den Beitritt zum PAM (*Pacto de Ayuda Mutua* – Pakt für gegenseitige Hilfe) unter amerikanischer Führung klar. Die Idee des Paktes war die gemeinsame Verteidigung der westlichen Hemisphäre. Den Mitgliedsstaaten wurde seitens der USA, wenn notwendig, militärisch geholfen. Natürlich mussten die Mitgliedsstaaten den USA gewisse Gegenleistungen bieten. Dennoch war nicht klar abgegrenzt, was unter Notwendigkeit verstanden wird und wer die Notwendigkeit bestimmt. Trotzdem war es klar, dass die Vereinigten Staaten eine führende Rolle haben und über die stärksten Streitkräfte verfügen. (Vgl. Mires 1975, 54). Daneben wurden auch Schulungen für Militärs der Mitgliedsstaaten organisiert. Der Kern amerikanischer Militärinteressen lag, nach Brasilien, in Chile. *„Neben der militärisch – fachlichen Ausbildung liegt ein wesentlicher Schwerpunkt bei der ideologischen Schulung, der systematischen Einimpfung antikommunistischer Prinzipien. Der Einfluss der eingehenden Schulung zeigt sich unter anderem am Vokabular leitender Mitglieder der chilenischen Junta in ihren Stellungnahmen offizieller und inoffizieller Natur nach dem 11. September 1973 – es entspricht zum Teil wörtlich dem schriftlichen Schulungs- und Propagandamaterial der US – Ausbildungszentren.“* (Neumann 1983, 94 – 95)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Chile seit dem Ende der Regierungen unter der Führung der Radikalen Partei 1952 noch stärker von Militärs beeinflusst war. Die Rolle der Streitkräfte wurde durch die zivilen Regierungen überhaupt nicht geschwächt, da Verhandlungen mit den USA über Militärhilfe durchgeführt wurden. Die Etablierung eines starken Militärs trug dazu bei, dass, obwohl die Militärs während der demokratischen Regierungen von Alessandri und Frei (1958 – 1970) in Vergessenheit geraten zu scheinen, eine parallele Verwaltung im Staat entstand. All dies erleichterte die Übernahme der Macht seitens der Militärs, die sich nur drei Jahre nach der „letzten demokratischen“ Regierung erfolgreich vollzogen hat.

III Inhaltlicher Teil

1. Die Wahlen 1970

1.1 Das Vorspiel zu den Wahlen 1970

Die späten 1960er Jahre waren von einer tiefen politischen Spaltung der chilenischen Gesellschaft geprägt. Die Regierung Frei geriet immer mehr zwischen die Fronten (der Linken und der Rechten) und konnte es keiner Seite recht machen. Das politische System wurde durch das Programm des „Eigenen Weges“ polarisiert: Die Rechte hat sich wegen der Agrarreform verraten gefühlt und die Linke sah sich verpflichtet, ihren Diskurs zu radikalisieren, um die von ihr vorgeschlagenen Reformen durchführen zu können und somit Fortschritt zu bringen. Ebenso kam es zu Auseinandersetzungen innerhalb der Partei (PDC) selbst, da ein militanter Flügel aus der Partei ausgetreten ist. Diese Gruppe hat die MAPU (*Movimiento de Acción Popular Unitaria*) gegründet, eine linksorientierte Bewegung, deren vorrangiges Ziel die Verwirklichung des sozialistischen Traums war. Die Zunahme der sozialistischen Ideen in Chile steht im engen Zusammenhang mit der allgemeinen Verbreitung dieses Gedankenguts in Lateinamerika. Die sechs Jahre der PDC – Regierung zur Verwirklichung der „Revolution in Freiheit“ wurden als erste übersprungene Hürde in Richtung einer „kommunistischen Gesellschaft“ betrachtet.

Dieser Vorwurf bzw. die Vertretung solcher Thesen kam seitens der politischen Rechten. Andererseits zielten diese Thesen der Linken gegen Frei und seine Regierung auf das schwache Vorgehen gegen die herrschende Klasse. Der stärkste Vorwurf gegen Frei bestand im Vorwurf, dass Frei eine Verstärkung der sozioökonomischen Strukturen des Landes durchgeführt habe und damit die Abhängigkeit von ausländischem Kapital vergrößerte. Das Programm der PDC – Regierung sah einen Mittelweg vor, dass als grundsätzliches Vorhaben die Wahrung der Grundrechte des Menschen und die Ausübung der Demokratie in einem nicht kapitalistischen Verständnis in den Mittelpunkt stellte. (Vgl. Nohlen 1973, 93 – 94).

Aber gegen Ende der Regierungszeit häuften sich die Probleme und der anfangs zielstrebige Weg der Reformen verlangsamte sich deutlich. Die Parlamentswahlen 1969 führten zum Verlust der Position der PDC. Die Folge dessen war die Zunahme der politischen und sozialen Auseinandersetzungen, die sich in den Richtungskämpfen innerhalb der PDC äußerten und zur Gründung der MAPU geführt haben.

Die stärkere Rolle der Linken im politischen Vorspiel vor den Präsidentschaftswahlen 1970 kündigten einen interessanten Wahlkampf an. Die gesetzlich geregelten und für das Jahr 1970 festgelegten Wahlen waren durch die ideologische Spaltung der chilenischen Politik charakterisiert. Die Herausbildung der Kandidaturen bekam eine entscheidende Rolle für den Verlauf und das Resultat der Wahlen. Die Unterstützung der anderen Parteien war viel wichtiger als das Programm oder die Kandidatur für eine bestimmte Partei. Zur Wahl traten drei Kandidaten an: für Christdemokraten hat der linksorientierte Radomiro Tomic kandidiert. Jorge Alessandri wurde erneut Kandidat der Rechten und ist mit großen Hoffnungen in den Wahlkampf gegangen. Die Linke war im Wahlbündnis *Unidad Popular* (UP) repräsentiert. Die linken Parteien und Gruppierungen schlossen sich 1969 zusammen und formierten die UP, die aus der Sozialistischen, Kommunistischen, Radikalen Partei und der MAPU bestand. Obwohl die Radikalen ein Bestandteil des Wahlbündnisses waren, beinhalte die Unidad Popular keine bürgerlichen Gruppen. Die Radikalen wurden Mitglied erst nach der Abspaltung der gemäßigten Kräfte. Die Wahl und Aufstellung des Kandidaten wurde ohne Probleme entschieden. Salvador Allende Gossens stellte eine logische Auswahl dar, da er schon drei Präsidentschaftskampagnen (1952, 1958, 1964) hinter sich hatte.

Der Kandidat der Christdemokraten Radomiro Tomic Romero ging als erfahrener Politiker in den Wahlkampf. In der Vergangenheit repräsentierte Tomic sein Land als Botschafter in den Vereinigten Staaten und wurde in den Senat gewählt. Auch hatte er bereits Erfahrung als Präsidentschaftskandidat, da er bei den Wahlen 1964 als Alternativkandidat zu Frei aufgestellt worden war. Aufgrund dessen war Tomic der logische Kandidat der Christdemokraten bei den Präsidentschaftswahlen 1970. Es war klar, dass die PDC mit ihm als Hauptdarsteller eine linke Orientierung annehmen wird. Die Präsidentschaftswahlen 1970 waren laut Tomic die Möglichkeit alle möglichen Alternativen auszuprobieren. Er ging davon aus, dass ein unabhängiger Auftritt wie 1964, diesmal mit Unterstützung der Rechten, eine Variante sein könnte. Die anderen Alternativen gingen in Richtung von Koalitionen: entweder die

Möglichkeit einer Koalition mit den Radikalen oder „ein Wahlbündnis mit der traditionellen Linken in einer Unidad Popular“, wobei Tomic als Kandidat der Unidad Popular akzeptiert würde. (Vgl. Nohlen 1973, 115)

Das von Tomic favorisierte Konzept eines Wahlbündnisses mit der Unidad Popular scheiterte knapp durch eine Abstimmung innerhalb der PDC. Der *camino propio* (der eigene Weg, Anm. M. B.) gewann. Dennoch war das Konzept des eigenen Weges weit entfernt von dem aus dem Jahr 1964. Die PDC entschied sich für eine linksorientierte Konzeption, die sich in der Aufstellung von Tomic für ihren Kandidaten zeigte. Die Aufstellung von Tomic war das Ergebnis der Kompromisse innerhalb der PDC. Der innere Konflikt wurde durch die Ernennung von Tomic gelöst. Die Christdemokraten optierten für ein ausgearbeitetes sozialistisches Programm, das sich vom Programm der Unidad Popular nur in Details unterschied. Die zwei Programme vergleichend kann festgelegt werden, dass die beiden Programme derselben Grundkonzeption folgen, aber der Unterschied liegt im *Modus operandi*, d.h. in der Art und Weise seiner Durchführung. Das von Tomic vertretene Programm zielte auf die Einführung einer Transformation zu einer kommunitären Gesellschaft ab. Mit Hilfe der sozialen und ökonomischen Voraussetzungen sollte der Weg zu einer kommunitären Gesellschaft geschafft werden. Das PDC – Programm stellte eher ein kommunistisch unterstütztes Projekt dar, weil seine Ziele verschiedene Maßnahmen vorsahen, die kommunistische Rhetorik mit sich brachten. Die Zentren der politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Machtausübung sollten durch Minderheiten ersetzt werden. Die organisierte Arbeiterschaft sollte die Rolle des Finanzkapitals übernehmen, wodurch sie zur treibenden Kraft der Wirtschaft Chiles und der einzige Leistungsberechtigte derselben werden soll.

Die „Tatsache“ der Erschöpfung der alten kapitalistisch – imperialistischen Strukturen wird hervorgehoben. Das Bedürfnis des chilenischen Volkes ist nicht ihre Aufrechterhaltung, sondern ihre Ersetzung durch das neue effizientere System. (Vgl. Nohlen 1973, 117). Obwohl der linke Flügel der PDC genug Kraft hatte um das Programm verabschieden zu können, setzte sich Tomic selbst für eine in Wirklichkeit durchzuführende Praxis der sozialistischen Veränderungen auf einer demokratischen Basis ein. Die Forderung der vollständigen Nationalisierung des Kupfers, die Einführung des Einkammersystems waren nur einige der vorgesehenen Maßnahmen, die auch die UP befürwortete. Dies wurde auch mit einem im Wahlkampf verbreiteten

Plakat gezeigt, auf dem die Köpfe von Tomic und Allende nebeneinander mit dem Motto „es kommt auf dasselbe heraus“ standen. (Vgl. Nohlen 1974, 47)

Wie erwähnt, verstand sich der Kandidat der Konservativen als demokratischer Sozialist. Die Haltung zwischen der Linken und der Rechten bedeutete für Tomic letztendlich den Verlust von Wählern auf beiden Seiten. In den Augen der marxistischen Schichten stand er zu rechts aber gleichzeitig wurde er vom Kleinbürgertum und rechten Kreisen als linksorientiert bezeichnet, was er eigentlich auch war. Die gemäßigten PDC – Wähler lehnten den marxistischen Wortlaut des Programms ab. Die verwendete Terminologie war ähnlich der, die von allen linken Bewegungen in Lateinamerika in Wahlkämpfen benutzt wurde. Die marxistische Orientierung entsprach nicht den Tendenzen gemäßigter Wähler, ein liberales Programm zu bevorzugen. Für den Wandel wurde ein nationaler Konsensus gebraucht, aber es war kaum zu erwarten, dass Tomic diesen erreichen würde. Tomic kündigte allerdings an, sozialrevolutionäre Maßnahmen zu beschleunigen und zu vertiefen. Auf der Liste der Prioritäten standen eine Agrar- und Verfassungsreform ganz oben, was als eine Anknüpfung an das Erbe von Frei gesehen werden konnte. Die wichtigste vorgeschlagene Änderung war die Einführung der Volksstichwahl im zweiten Wahlgang, um den Gewinner der Wahlen zu bestimmen. Mit all diesen Programmankündigungen befand sich die PDC auf einem sozialistischen Weg. Das Vertreten eines demokratischen Sozialismus bestimmte die christdemokratische Politik bei den Präsidentschaftswahlen 1970. Der ausgewählte weder linke noch rechte Weg hat einen Erfolg von Tomic und damit einen potentiellen Wahlsieg erschwert.

Der erfahrene Politiker und ehemalige Präsident Jorge Alessandri Rodríguez versuchte erneut das Amt zu erobern. Bei den Wahlen wurde er von der Konservativen Partei aufgestellt. Das Programm von Alessandri war eher für eine Gesellschaft geeignet, die sich auf Rechtstaatlichkeit beruhen könnte. Jorge Alessandri hat am wenigsten demagogische Mittel verwendet, um sich Vorsprung gegenüber den anderen Kandidaten zu verschaffen. Sein bescheidener und ruhiger Stil entsprach viel mehr der bürgerlichen Schicht Chiles. Obwohl Lateinamerika am Ende der 1960er Jahre von einer Welle linksorientierter Gedanken und sozialistischer und kommunistischer Politik betroffen wurde, fand das Programm von Jorge Alessandri breite Akzeptanz in der chilenischen Bevölkerung. Sein Programm stellte die Hoffnung der Aufrechterhaltung der demokratischen Tradition dar, die in Chile mit Ausnahme des

kurzen Intermezzos 1932, seit der Unabhängigkeit respektiert wurde. Die von der UP und Allende befürwortete Transition zum Sozialismus war aus der Perspektive der Alessandris Anhänger. die Hauptgefahr für den chilenischen Staat.

Das Jahr der Wahlen selbst war durch Gewaltbrüche gekennzeichnet. Streiks, Angriffe auf Parteibüros usw. haben das Bild des bürgerlichen Chile beziehungsweise das von Alessandri in Zukunft geführte Chile beseitigt. Trotz der starken Kampagne hat sich Alessandri im neuen Medium Fernsehen ziemlich schlecht durchgesetzt. Seine Auftritte und Diskussionen mit Journalisten vor dem Fernsehpublikum offenbarten seine Schwächen. Sein Kampagne - Team benutzte die alte Taktik von Reden, Plakaten und Wahlslogos. In der Kampagne wurde Alessandri von der Linken, vor allem, von Tomics Lager angegriffen. Hauptthema der Angriffe waren die Behauptungen, dass Alessandri mit seiner Politik die Reichen vertritt und sich für Homosexuelle einsetzt, was im Jahr 1970 in Chile immer noch unvorstellbar war. Vor den Wahlen deutete vieles darauf hin, dass Alessandri die größte Chance zu gewinnen hatte. Ein klarer Sieg des nicht – sozialistischen Kandidaten wurde erwartet. Viele waren davon überzeugt, dass ein anderes Wahlergebnis unmöglich sein würde. (Vgl. Collier 1996, 328) Laut Meinungsumfragen hatte Alessandri einen klaren Vorsprung vor allen anderen potentiellen Präsidentschaftskandidaten, was die folgende Tabelle aufzeigt.

Tabelle 1: Wählerumfragen Jänner 1970 - Kandidatenpräferenz

Kandidaten	Prozentsatz
Alessandri	44,4
Allende	18,5
Tomic	23,1
Unentschlossen	14,0

Quelle: eigene Zusammenstellung nach Nohlen 1973, 123.

Das von Alessandri und seiner Nationalpartei (PN) vorgelegte Programm zielte vor allem auf die soziale Entwicklung und die Harmonisierung des ökonomischen Wachstums des Landes ab. In seinem Werk „Hacia un gobierno“ wird die Befriedigung und Verbesserung der sozialen Verhältnisse, sowie die Erhöhung der

geringen Produktionsquote hervorgehoben. Es geht also vor allem um wirtschaftliches Wachstum und Effizienzsteigerung des Systems. Alessandri ging davon aus, dass das existierende System eine klare Struktur hat und aufgrund dessen sie nicht geändert werden muss. Der wesentliche Punkt des Programms ist die Behauptung, dass die Krise in Chile aufgrund von Demagogie und schmutziger Art politischen Handels entstanden ist. Die Vorherrschaft der *politiquería* ist das größte Übel des gegenwärtigen Chile. Die Gegensätze bestimmter Wirtschaftsinteressen, Armut, Rückständigkeit und soziale Privilegierung bestimmter Gruppen seien nicht der Hauptgegner der Alessandris Politik. Die Bekämpfung der schlechten Menschen und schlechten Sitten, die Bekämpfung „von niedrigen Interessen“, wie Alessandri anführt, ist das Wesen von „Wandel“, der als politisches Schlagwort der Nationalpartei verwendet wurde. Unter „Wandel“ wird bei Alessandri nicht sozio – ökonomische Strukturveränderung nicht verstanden. Die Wirklichkeit war aber anders. Chile war eine konfliktive Gesellschaft, in der soziale und ökonomischen Normen nicht verfestigt wurden. Das politische Leben voller Gegensätze beeinflusste das soziale und ökonomische Leben. Das Programm von Alessandri ging vom Axiom aus, dass es für alle Probleme der Gesellschaft eine technische Lösung geben müsste. Allerdings hat die Politisierung des Öffentlichen durch das misslungene politische Handeln die katastrophale Entwicklung des Staates beeinflusst. Das vom Programm der PN angebotene idealistische Bild war Meilen von der Realität entfernt. Die Vorschläge, die Universitäten und anderen Hochschulen zu entpolitisieren und dadurch einen neuen Geist der Jugend auszubilden, waren utopistisch. Die Realität und die grundsätzliche Orientierung des PN - Programms standen im Gegensatz zueinander. Die Ankündigungen der Alessandri – Regierung als „Regierung einer authentischen und effektiven Partizipation des ganzen Volkes“ waren nur schlichte Leerformeln. (Vgl. Alessandri, Hacia un gobierno in: Nohlen 1973, 114 – 115) Die idealistische Annahme der Politik Alessandris führte dazu, dass er im Jahr der Wahlen als der stärkste Kandidat eine knappe Niederlage erlitten hat. Alessandri hätte versucht, eine Reform der Verfassung und die Erweiterung der Macht des Präsidenten durchzuführen. Die Kandidatur von Alessandri stellte einen positiven Input für den politischen Wettbewerb in Chile dar, obwohl sie aufgrund von fehlenden Argumenten scheitern musste. Ob es Alessandri gelungen wäre, die idealistischen Ankündigungen in Wirklichkeit umzustellen, wird nie geklärt werden können. Jedoch seine

Kandidatur dem Sozialisten Allende geholfen, sich leichter mit Hilfe seines gut entwickelten und auf Tatsachen basierenden Programms durchsetzen zu können.

Bei den Wahlen 1970 war Salvador Allende schon 62 Jahre alt und hatte schon drei erfolglose Kandidaturen hinter sich. Der ausgebildete Arzt war schon seit den 1920er Jahren in der chilenischen Politik engagiert. Er war unter anderem Abgeordneter des Kongresses, Gesundheitsminister in der Regierung von Pedro Aguirre Cerda und von 1945 – 1970 Senator. Die Kandidaturen 1952, 1958 und 1964 hat Salvador Allende verloren, obwohl der erfahrene Politiker sein Ergebnis im Vergleich zur vorangegangenen Kandidatur jedes Mal verbessern konnte. So hatte Allende, nach dem schwachen Abschneiden bei den Wahlen 1952, 1958 am zweitmeisten Stimmen hinter Jorge Alessandri, der bei den Wahlen 1970 als sein größter Rivale fungierte, geholt. Die dritte Kandidatur 1964 war die erfolgreichste von allen bisherigen. Trotzdem musste Allende eine weitere Niederlage hinnehmen. 38 Prozent der Stimmen erreichte der Präsidentschaftskandidat des Linksbündnisses „Frente de Acción Popular“ (FRAP). Der Christdemokrat Eduardo Frei gewann deutlich überlegen mit 55 Prozent der Stimmen. Der Grund dafür war, dass die konservativen Parteien in letzter Minute den progressiven Frei unterstützten, was den Sieg des sozialistischen Kandidaten unmöglich machte.

Vor den Wahlen 1970 ist die Koalition der linksorientierten Parteien unter dem Namen Unidad Popular (UP) gegründet worden. Die UP ersetzte für die bisher tätige FRAP. Sie bestand aus vielen Linksparteien: der Sozialistischen, der Kommunistischen, der Radikalen, der MAPU und der API (Acción Popular Independiente). Die Gründung des Bündnisses wurde von den Kommunisten angeregt, da sie nach „einem Bündnis der marxistischen Parteien mit fortschrittlichen bürgerlichen Kräften“ strebten. (Vgl. Nohlen 1973, 119) Die Unidad Popular wurde als erweiterte Basis der FRAP gesehen, jedoch mit größeren Chancen in der Auseinandersetzung der drei Blöcke des chilenischen Parteiensystems zu gewinnen. Innerhalb der UP wurden die beiden Parteien der Arbeiterklasse verbunden, womit der Präsidentschaftskandidat aus einer der beiden hervorging. Für Allende war es schwierig, wieder nominiert zu werden. Drei Niederlagen und fehlendes Vertrauen innerhalb des Bündnisses lasteten auf ihn. Viele haben nicht an seinen „chilenischen Weg zum Sozialismus“ geglaubt. Jedoch ist ihm gelungen, sich erfolgreich durchzusetzen. Den entscheidenden Einfluss hatte die Unterstützung der

Kommunistischen Partei, die in Allende den richtigen Mann für die Erfüllung ihrer Pläne gesehen hat. Ihrem Vorschlag nach, sollte die Unidad Popular als „eine tiefgreifende und umfassende Bewegung sozialer Befreiung“ gebildet werden. (Vgl. Nohlen 1973, 119) Zum zentralen Ziel der Volkseinheit wurde folgendes erklärt: Alle kapitalistischen Formen wie Vorherrschaft des Imperialismus, Monopole, große Landbesitzer und Oligarchie sollen beendet werden. An dieser Stelle sollte der Sozialismus in Chile aufgebaut werden. Die erste Phase des sozialistischen Aufbaus sollte die Enteignung ausländischer Unternehmen beinhalten. Der Sektor sollte danach vergesellschaftet und ein gemischt – wirtschaftlicher Sektor durch Verbindung von staatlichem und privatem Eigentum aufgebaut werden. Zu den weiteren Zielen der Unidad Popular zählte sich auch eine zentral – organisierte Planwirtschaft, die nach dem Prinzip der Monopolisierung und Kapitalkonzentration funktionieren sollte. Das Programm der UP war ein eher kommunistisches, was sich besonders im politischen Bereich äußerte. Das Verfassungsprogramm sah das Modell der Versammlungsregierung vor, auf das die Einparteienherrschaft in den kommunistischen Ländern basierte. Das Hauptmerkmal dieser Herrschaftsform ist die Vereinigung aller Gewalt in den Händen einer Kammer. Das Parlamentsleben sollte durch das sogenannte Recall – system geprägt sein, nach dem die Abgeordneten abwählbar wären und über das imperative Mandat verfügen würden. Allerdings würden alle Grundrechte garantiert werden, obwohl ihre Durchsetzung ziemlich schwierig gewesen wäre, weil das Verfassungsprogramm vorsah, die einzelnen Gewalten weder zu beschränken noch zu kontrollieren. Das UP – Programm zielte auf eine breite Mobilisierung der Volksmassen ab, die die grundsätzlichen Veränderungen unterstützen würden. (Allende 1972, 31 – 42)

Das wesentlichste Merkmal der Wahlen 1970 waren deutliche ideologisch – programmatische Unterschiede. Alle drei Kandidaten waren voneinander gespalten und alle drei planten ein diametral entgegengesetztes Programm. Der wichtigste Programmpunkt aller kandidierenden Parteien stellte die System(um)strukturierung dar. Die Konzepte gingen von Modernisierung des existierenden politischen Systems über Vertiefung und Beschleunigung seiner Reformen bis zur Einführung des Sozialismus beziehungsweise der Veränderung seiner tief verankerten Struktur.

Das Linksbündnis empfand die konfrontative Lage der Parteien als günstig. Damit war ein Teil des Ziels erreicht. Die Unidad Popular hatte die Blöcke –

Auseinandersetzung, in der sie sich und ihr Programm als überlegen einschätzte, erwartet. Trotzdem wurden alle drei Kandidaten etwa gleich stark eingeschätzt. Die Meinungsumfragen vor den Wahlen 1970 haben deutlich auf die Tatsache aufgewiesen, dass, nur wenn die Volksmassen für eine der Parteien mobilisiert und überzeugt werden, könnte ein klarer Sieg eines der Kandidaten möglich werden. Der Ausgang der Wahlen konnte nicht vorhergesehen sein, weil es keinem der kandidierenden Politiker gelungen ist, einen entscheidenden Vorsprung an Wählerstimmen für sich zu gewinnen.

Tabelle 2: Wählerumfragen Mai 1970 – Kandidatenpräferenz

Kandidaten	Prozentsatz
Alessandri	36,1
Allende	25,6
Tomic	30,8
Unentschlossen	7,5

Quelle: eigene Zusammenstellung nach Nohlen 1973, 123

1.2 Der ausländische Einfluss auf die Wahlen 1970

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen 1969 waren die Ausgangsbasis für die Hoffnung der Linken. Das linke Parteienbündnis gewann bei den Wahlen 44 Prozent der abgegebenen Stimmen, was ihm ermöglichte im Parlament die meisten Plätze zu bekommen. Allerdings stellten die Parlamentswahlen 1969 keinen klaren Maßstab für die Wählerpräferenzen 1970 da, obwohl sie deutlich auf die Bevölkerungspräferenzen hinwiesen. Die Resultate der Parlamentswahlen wiesen auf die klare Überlegenheit der Linken den anderen Blöcken gegenüber hin. Die Koalition von Alessandri gewann nur 20,4 Prozent der Wählerstimmen, aber der Kandidat der Nationalpartei wurde einige Monate vor den Präsidentschaftswahlen 1970 laut Meinungsumfragen am höchsten kotiert. (Vgl. Nohlen 1973, 122) Um Präsident zu werden, musste Salvador

Allende noch zusätzliche Hürden überspringen. Es war nicht genug, mehr Wählerstimmen als die Gegner zu gewinnen. Die Unidad Popular musste einen Nährboden für die Nicht-Intervention der ausländischen, vor allem amerikanischen, Konzerne schaffen, die das UP - Programm als bedrohlichen Akt gegen ihre Interessen sahen. Die Konzerne hatten bereits 1964 eine antisozialistische Kampagne 1964 geführt und so hatten die Umstände einen Sieg von Allende nicht zugelassen. Frei hatte eindeutig gewonnen. 1970 wurde entschieden, dass Alessandri finanzielle Unterstützung von den Amerikanern bekommen soll (S. Church Report). Die Geschehnisse um die Wahlen 1970 waren nicht die erste amerikanische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chiles. Eine Geldhilfe von ca. vier Millionen US\$ wurde bei den Wahlen 1964 eingesetzt. Das prädominante Ziel dabei war, die Auswahl des sozialistischen Kandidaten Salvador Allende zu vermeiden und den möglichen Einfluss der chilenischen Marxisten und Kommunisten in der Regierung auf ein Minimum zu verkleinern. (Vgl. <http://foia.state.gov/Reports/ChurchReport.asp>), entnommen am 10. Jänner 2008

Die antikommunistische Haltung der USA in Chile konnte auch am Beispiel von der Wahlenpropaganda gesehen werden. Obwohl der Ausgang der Wahlen ungewiss war, haben die Amerikaner sich bemüht, die Verbreitung linken Gedankenguts in Chile zu lindern. Die USA haben für ihr Verhältnis zu den lateinamerikanischen Staaten das Programm „Action for Progress“ geschaffen, welches Handel statt Beihilfe als Ziel ihrer Beziehungen vorsah. Das pragmatische Handeln äußerte sich darin, dass die Vereinigten Staaten sich dafür entschieden haben, vor den Wahlen 1970 anfangs keinen der Kandidaten zu unterstützen. Statt dessen wurde entschieden, die Operationen gegen das marxistisch orientierte Bündnis, die Unidad Popular, durchzuführen. Die politische Aktivitäten gegen Allende kostete die CIA ungefähr eine Million US\$. Es wurde geplant innerhalb von zwei Phasen das Ergebnis der Wahlen zu entscheiden. In der ersten Phase sollte eine Anti-Allende-Kampagne durchgeführt werden. Zusätzlich wurde die Kampagne vom Allendes Gegenkandidaten Jorge Alessandri finanziert. Die zweite Phase sah die Wahl von Alessandri ins Präsidentenamt vor. Die Entscheidung des Kongresses sollte finanziell unterstützt werden, falls keiner der Kandidaten eine absolute Mehrheit erreicht haben sollte. Die Amerikaner hatten erkannt, dass Allende reale Chancen hat, den Wettbewerb auf dem ersten oder zweiten Platz zu beenden. Die Hauptziele der Operationen waren deshalb zwei (werden aus dem Church Report zitiert):

1. Undermining communist efforts to bring about a coalition of leftist forces which could gain control of the presidency in 1970;
2. Strengthening non – Marxist political leaders and forces in Chile to order to develop an effective alternative to the Popular Unity coalition in preparation for the 1970 presidential elections. (<http://foia.state.gov/Reports/ChurchReport.asp>), entnommen am 11. Jänner 2008

Mit Hilfe einer massiven Propagandakampagne wurde versucht diese Ziele zu erreichen. Die von der CIA organisierte Propagandaoperation beruhte auf einem schon in Vergangenheit bewährten Vorgehen. Die erste Aufgabe war die Zersplitterung der Radikalen Partei, um die potentielle Zahl der Stimmen für Allende zu verringern. Unter anderem wurden Plakate, Bücher und andere gedruckten Varianten von Propagandamaterial benutzt. Presse- und Radioartikeln antikommunistischen Inhalts wurden veröffentlicht. Eine Vielfalt verschiedener Methoden wurde verwendet, um das Ansehen der Linken zu beschädigen. Die Propagandabriefe wurden an die chilenische Intelligenz geschickt. Tausende von Akademikern, Journalisten, Politikern, Leute aus dem öffentlichen Leben usw. sollten überzeugt werden, dass die Wahl von Allende einen Rückschritt für ihr Land darstellen würde. Die mögliche Herrschaft von Allende wurde mit dem sowjetischen Regime verglichen. Brutalität, Repression, Korruption und Armut wurden als Bestandteile des kommunistischen Systems gezeigt. Das Poster von der sog. *Campaña de terror* (Schreckenskampagne) wurde auch gegen Allende instrumentalisiert. Auf dem Poster wurde die sowjetische Invasion in die Tschechoslowakei gezeigt, wobei die Bilder von Panzern auf den Straßen von Prag und Santiago als die zentrale Figur fungierten. Unter der Lemma *su paredon* (Ihre Mauer) sollte gesagt werden, wie das Leben in einem kommunistischen System ausschauen würde. Zweitausend mit dem Slogan beschriebene Wände wiesen auf Exekutionskommandos hin. Die anderen Plakate beschrieben, was das kommunistische Regime mit seinen Gegnern machen wird. Die Bilder von kubanischen politischen Gefangenen vor Exekutionskommando sollten auf das Ende der Religions- und bürgerlichen Freiheit hinweisen. Das Ziel dieser Propaganda war, Allende in den Augen des chilenischen Volks als künftigen brutalen, mit Fidel Castro vergleichbaren, kommunistischen Diktator darzustellen. Die wichtige Rolle bei der Anti-Allende-Kampagne spielte die Tageszeitung „El Mercurio“. Obwohl „El Mercurio“ in der Geburtsstadt von Salvador Allende, Valparaíso, gegründet wurde,

hatte die konservative Zeitung keine Sympathien für den Kandidaten der Linken. Finanziert von der CIA leistete „El Mercurio“ eisernen Widerstand gegen die Kandidatur von Allende. Die CIA – Unterstützung ermöglichte den Journalisten von „El Mercurio“ wesentlich bessere Arbeitsbedingungen wie beispielsweise das Drucken von mehreren Leitartikel pro Tag. Die Tageszeitung wurde nicht zufällig ausgewählt. „El Mercurio“ ist die älteste spanischsprachige Zeitung der Welt und genießt besonderes Ansehen in Finanzkreisen. (Vgl. <http://foia.state.gov/Reports/ChurchReport.asp>), entnommen am 11. Jänner 2008

Der Ausgang der Wahlen wurde dennoch durch die involvierten ausländischen Interessen mitbestimmt. Sie haben den Verlauf, Umfang und Stil der Auseinandersetzung wesentlich beeinflusst. Die von den chilenischen Gesetzgebern vorgesehene Beschränkung der Wahlpropaganda wurde praktisch nicht durchgesetzt. Die Wahlen 1970 bekamen ein starkes äußeres Kolorit, das vor allem beim Verstoß des am 6. Jänner 1965 Wahlkampfgesetztes zu sehen war. Das Gesetz beschränkte den Einsatz der Wahlpropaganda auf sechs Wochen vor den Wahlen und eine eingeschränkte Werbezeit im Fernsehen und Radio. Gegen die Maßnahmen wurde ständig verstoßen, nachdem sich die ausländischen Faktoren involviert haben. Eine große Rolle spielten dabei die langen Reisen durch das Land. Bei diesen Reisen kam es zu richtigen massiven Wählersammlungen. All dies wurde durch ausländische Interessengruppen finanziert. Der Wahlkampf 1970 war von größerer Bedeutung für die Zukunft des Landes und seine weitere Orientierung. Diese Zukunft wurde am 4. September 1970 entschieden.

1.3 Der Sieg Salvador Allendes – Das Ergebnis der Wahlen

„Der Sieg gehört den Werktätigen. Dem leidgeprüften Volk, das eineinhalb Jahrhunderte lang unter dem Namen Unabhängigkeit die Ausbeutung durch eine herrschende Klasse ertrug, die zur Sicherung des Fortschrittes unfähig war und in Wirklichkeit von ihm nichts wissen wollte. Es ist eine uns alle bekannte Wahrheit, dass Rückstand, Unwissenheit und Hunger unseres Volkes und aller Völker der Dritten Welt existieren und weiterbestehen, weil sie für einige wenige Privilegierte von

Vorteil sind. Aber endlich ist der Tag angebrochen, um Schluss damit zu machen. Schluss mit der wirtschaftlichen Ausbeutung. Schluss mit der sozialen Ungleichheit. Schluss mit der politischen Unterdrückung. Im Geiste unserer Vaterlandshelden versammeln wir uns heute hier, um unseren und Chiles Sieg festlich zu begehen und gleichzeitig den Beginn der Befreiung aufzuzeigen. Das endlich Regierung gewordene Volk übernimmt die Leitung der nationalen Geschicke.“ (Antrittsrede vom 5. November 1970. Nationalstadion in Santiago de Chile in: Allende 1972, 9)

Mit diesen Worten begann Salvador Allende Gossens, der erste demokratisch gewählte sozialistische Präsident, seine Präsidentschaft. Nachdem sich drei Blöcke: Linke, Rechte und Mitte auseinander gesetzt haben, gewann die Linke den entscheidende Kampf gegen die Rechte.

Tabelle 3: Ergebnis der chilenischen Präsidentschaftswahlen 1970

Kandidaten	Stimmen	In Prozent
Salvador Allende	1 070 334	36,6
Jorge Alessandri	1 031 159	35,3
Radomiro Tomic	821 801	28,1
Insgesamt	2 923 294	100,0
Wahlberechtigt	3 539 747	
Wahlbeteiligung	83,7%	

Quelle: Dirección del Registro Electoral in: Nohlen 1973, 132

Obwohl Allende die Wahlen nur mit geringem Vorsprung gewonnen hatte, musste der Kongress das Wahlergebnis bestätigen. Der Sieg Allendes stellte den erstmaligen Triumph eines Programms sozialistischer Orientierung in freien Wahlen dar. Die Entscheidung der chilenischen Wählerschaft ihr Land auf den Weg zum Sozialismus zu stellen, wurde mit relativer Mehrheit getroffen. Das Modell der Revolution war der Wählerschaft bekannt, da die Regierung von Eduardo Frei (1964 – 1970) auch nach tiefgreifenden Veränderungen und einer Art der Revolution strebte. Diesmal gewann das Konzept der sozialistischen Revolution, das eine tiefgreifende Veränderung anderer Art durchsetzen sollte. Allerdings besiegte Allende die Gegenkandidaten nur

sehr knapp. Er gewann nur 39 000 Wählerstimmen mehr als Alessandri, was die Durchsetzbarkeit der sozialistischen Veränderungen in Frage gestellt hat. In einer so gespaltenen Gesellschaft war zu erwarten, dass es zu Auseinandersetzung zwischen progressiven Kräften mit den marxistisch regierenden kommen würde. Auf der anderen Seite hatte die Linke ausländische Konzerne als hauptsächlich von den Reformen betroffene Einheit im Staat gesehen. Die vorgesehene Politik der Nationalisierung der Kupferindustrie, der Überwindung des Kapitalismus und der Sozialisierung der Produktionsmittel stand im Gegensatz zu den in Chile tätigen Konzernen, die den „großen Bruder“, die Vereinigten Staaten von Amerika hinter sich, hatten. Die Wahl von Allende hat, vor allem, die Interessen von zwei großen amerikanischen Firmen gefährdet: ITT und Chase Manhattan Bank (Vgl. Frey 2004, 153). Die Amerikaner waren diejenigen, die sich stark gegen die Wahl von Salvador Allende eingesetzt haben. Schon vor seinem Amtsantritt hatten sie Probleme mit der Ausdehnung des kommunistischen Gedankengutes in Lateinamerika gehabt. Der Krieg gegen die rote Gefahr begann in Lateinamerika mit der Intervention in Guatemala 1954. Danach kam es zur kubanischen Revolution 1959. Die USA waren entschlossen, neue Fehler zu vermeiden, d.h. die Verbreitung des Kommunismus im eigenen Hinterhof zu bekämpfen.

Da Allende im ersten Wahlgang keine absolute Mehrheit erreicht hatte, musste er, gemäß der chilenischen Verfassung, durch eine Entscheidung des Kongresses im Amt bestätigt werden. Die Entscheidung über den Sieg des Kandidaten der Unidad Popular oder über die eventuelle Wahl von Jorge Alessandri zum Präsidenten sollte in der Sitzung des Kongresses am 24. Oktober 1970 getroffen werden. Die Ergebnisse der Wahlen vom 4. September erschütterten das offizielle Washington. Präsident Richard Nixon reagierte entschlossen. Er war der Meinung, dass Allende für die USA inakzeptabel sei und dass die CIA einen Putsch in Chile unternehmen sollte, um seinen Machtantritt zu vermeiden. Die geheimen Operationen hatten zwei Tracks(Bahnen), die folgendes erfüllen sollten:

1. Track I – Verhinderung der Machtergreifung von Allende
2. Track II – das Militär ermutigen, einen Coup d'etat durchzuführen

Track I bestand aus politischer Aktion, einer Propagandakampagne und ökonomischem Druck. Die Operation begann gleich nachdem Allende die Mehrheit

der Wählerstimmen gewonnen hatte. Die CIA entwickelte die Taktik, die zur Wiederwahl des ehemaligen Präsidenten Eduardo Frei. Der Plan bestand darin, dass eine ausreichende Zahl von Abgeordneten dazu veranlasst werden sollte, um Alessandri zu wählen. Danach würde Alessandri sein Amt niederlegen, womit der verfassungsmäßige Rahmen geschaffen wäre, um Allende gesetzlich nicht zu wählen. Der nächste Schritt wären neue Wahlen, bei den Frei legaler Kandidat werden würde. Um eine ausreichende Zahl an Stimmen im Kongress zu gewinnen, hat die CIA geplant, die chilenischen Kongressabgeordneten zu bestechen. Als Eduardo Frei der Hauptspieler bei dem politischen Spiel sein sollte, wurde versucht, Frei selbst zu überzeugen, dass er direkt die Durchsetzung der Veränerung beihilft. Jedoch lehnte Frei den Vorschlag ab. Er hat auf die Beeinträchtigung des Verfassungsprozesses verzichtet, was zum Ende der Wiederwahlaktion geführt hat. (Vgl. <http://foia.state.gov/Reports/ChurchReport.asp>), entnommen am 15. Jänner 2008

Der zweite Versuch Track I zu verwirklichen, stellte eine Anti-Allende-Propagandakampagne dar, deren Fokus die künftige Lage Chiles unter der Regierung Allende war. Das grundsätzliche Ziel dabei war zu zeigen, dass die sozialistische Regierung von Salvador Allende den Staat in Armut und Repression führen würde. Die Kampagne sollte die Wiederwahl von Frei unterstützen. Im Rahmen der Kampagne sollten Frei, das Militär und die chilenische Elite beeinflusst werden, aktiv in die Kampagne involviert zu werden. Die Kampagne war in einige Phasen gegliedert. Die Prognose des wirtschaftlichen Kraches wurde in allen angesehenen europäischen und lateinamerikanischen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht. Die von der CIA organisierte Proteste sollten die gespaltene Situation zusätzlich zuspitzen. Es handelte sich bei der amerikanischen Propaganda um mehrere Briefe des Internationalen Pressevereins (IPA) und anderer internationaler Pressefaktoren.

Die CIA engagierte viele Agenten, die die Tätigkeit von Journalisten annahmen. Diese waren meist ausgebildete und erfahrene, vor allem, in geschäftsführenden Rollen im Medienbereich. Unter den anderen CIA – Aktivitäten waren die Finanzierung von kleinen Zeitungen, die Veröffentlichung von durch die CIA ausgedachte gegen Allende gerichtete Nachrichten, die finanzielle Unterstützung von politisch gegnerischen Gruppen, die politische Werbung und Radioprogramme. All dies war stark gegen Salvador Allende und seine Politik des „chilenischen Weges zum Sozialismus“ gerichtet. Die Aktivitäten waren vor allem durch starke Angriffe auf den

kommunistischen Gedanken charakterisiert. Drei Wochen nachdem der Versuch der Wiederwahl Frei gescheitert war, musste die CIA eine neue Lösung für die chilenische rote Gefahr finden. Man ging davon aus, ein möglicher Putsch ohne ökonomischen Druck nicht Realität werden könnte. Das amerikanische Business unterstützte die Regierung dabei, wirtschaftlichen Druck auf Chile auszuüben. Die US – Regierung führte eine ökonomische Offensive gegen Chile durch, die eine Reaktion auf die mögliche Wahl von Allende demonstrieren sollte. Die ökonomischen Maßnahmen sollten eine Reihe von Protesten der Bevölkerung im ganzen Land auslösen, falls der Kongress den Kandidaten der Linke im Amt bestätigt. Im Prinzip haben gewisse Strukturen in den USA die ökonomische Politik gegenüber Chile befürwortet, die vorsah alle Kredite abzuschaffen. Die Investoren wurden ermutigt Investitionen in Chile als Protest gegen die Verbreitung des Kommunismus aufzugeben. Andere Staaten wurden gebeten, an diesem Projekt teilzunehmen. Die Maßnahmen haben das gewünschte Ziel erreicht. Es folgte eine finanzielle Panik, die die chilenische Wirtschaft stark in Mitleidenschaft zog. Allerdings hat der amerikanische Versuch der Verursachung einer ökonomischen Krise keinen ausschlaggebenden Einfluss auf die Entscheidung des Kongresses am 24. Oktober gehabt. Die ökonomische Krise war nur der erste Schritt in Richtung der Verhinderung des chilenischen Wegs zum Sozialismus, aber nicht der letzte und wichtigste. Es ist wichtig den Track II zu erwähnen, obwohl er keine große Rolle gespielt hat. Der Track II war der Plan für einen Putsch. Die CIA hätte den Putsch organisieren sollen, ohne dass State Department, Verteidigungsministerium und der Botschafter informiert werden sollen. Die CIA war mit der militärischen und polizeilichen Spitze innerhalb von zwei Wochen vor der Kongressentscheidung 21 Mal in Kontakt getreten. (Vgl. <http://foia.state.gov/Reports/ChurchReport.asp>), entnommen am 15. Jänner 2008 Ermutigung und Erpressung sind zwei Begriffe, die das Verhalten der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber dem chilenischen Militär am besten beschreiben. Das Militär wurde ermutigt, einen Putsch durchzuführen und somit die Wiederwahl von Eduardo Frei zu ermöglichen. Der US – Botschafter Korry kündigte an, dass wenn Allende im Amt sein würde, das Militär von Chile nicht mehr mit Militärhilfe der USA rechnen könne. Die Ankündigung stellte eine Art der Erpressung dar. Dass es keinen richtigen Unterschied zwischen Track I und Track II gibt, zeigt der Church Report über die zweite Phase der Operation: „*Track I was contingent on at least the acquiescence of Frei, and CIA's*

Track II direct contacts with the Chilean military, and is active promotion and support for a coup, were to be known only to a small group of individuals in White House and the CIA.“ (<http://foia.state.gov/Reports/ChurchReport.asp>), entnommen am 15.Jänner 2008

Trotz aller Problemen und Hürden, der Ernennung von Allende zum Präsidenten Chiles in den Weg gelegt wurden, wurde Salvador Allende Gossens als erster demokratisch gewählter sozialistischer Präsident durch den Kongress am 24. Oktober 1970 bestätigt. Das Vorspiel der Ernennung entwickelte sich komplett in eine andere Richtung, da die politischen Gegner von Allende über die Mehrheit im Kongress verfügten (s. Tabelle 4). Den Vorteil wollten sie ausnutzen, indem Alessandri das Vertrauen der Christdemokraten und Nationalen bekäme. Nachdem Alessandri gewählt werden würde, würde er sobald zurücktreten, um Neuwahlen herbeiführen zu können.

Tabelle 4: Stärke der Parteien im Kongress 1965 – 1970

Partei	Parlamentswahlen	Parlamentswahlen
	März 1965	März 1969
Christdemokratische Partei	41,6%	31,1%
Konservative Partei	5,37%	20,9%
Liberale Partei	10,05%	n/a
Radikale Partei	12,8%	13,4%
Sozialistische Partei	9,84%	12,8%
Kommunistische Partei	11,97%	16,6%

Quelle: eigene Zusammenstellung nach Bohdal, Helga, Chile – zwei Jahre Unidad Popular S. 5

Es wurde bereits erwähnt, dass eigentlich Frei im Rahmen eines solchen Szenarios kandidieren sollte. Der Vorschlag wurde von Frei zurückgewiesen, da er der Verfassung und der chilenischen demokratischen Tradition treu blieb. Dazu Dieter

Nohlen in seinem Werk „Chile – das sozialistische Experiment“: *„Die Einigung auf das Verfassungsstatut, dem Allende auch als Senator seine Zustimmung gab, ermöglichte es ihm, aus der Wahl im Kongress siegerisch hervorzugehen, nachdem die politische Rechte versucht hatte, zunächst konstitutionell ihm den Weg an die Macht zu versperren.“* (Nohlen 1973, 146).

Das Chaos, das die Ermordung des Generals René Schneider verursachte, sollte das Parlament unter Druck setzen. Allerdings ließen sich die Streitkräfte nicht provozieren und ein blutiges Ende von Allendes Kandidatur waren gescheitert. Die Streitkräfte blieben Garant der demokratischen Tradition Chiles. Das tragische Ereignis, der Ermordung Schneiders löste eine Welle der Volkssolidarisierung mit der Unterstützung der zivilen Tradition der chilenischen Politik aus. Ausdruck dessen war eine umfassende und für viele überzeugende Abstimmung aller demokratischen Kräfte Allende als Präsidenten zu akzeptieren. Am 3. November 1970 wurde Salvador Allende Gossens festlich inauguriert, womit die durch die USA unterstützte Aktion endgültig war. Das Übereinkommen von Demokratie und Sozialismus war für die Amerikaner undenkbar. Mit dem Amtsantritt von Allende wurde Geschichte geschrieben. Er war der erste durch demokratische Wahlen gewählte sozialistische Präsidenten. Für die Amerikaner stellte dies einen Präzedenzfall dar, der als Bedrohung gesehen wurde.

2. Die UP (*Unidad Popular*) Regierung: Der Weg zum Sozialismus

Nachdem die chilenische Linke die Wahlen 1970 gewonnen hatte, stellte sich die Frage, ob die Unidad Popular fähig war, die versprochenen Maßnahmen durchzuführen. Die Tatsache war, dass die Gesellschaft geteilt war und der Mehrheit der Bevölkerung fundamentale Rechte im Bereich Arbeit, Erziehung und Gesundheit verweigert wurden. Das soziale Programm der Volkseinheit sollte diese Benachteiligungen auflösen und eine nachholende Entwicklung des Landes vorantreiben. Jedoch hat die Unidad Popular einige demagogische kommunistische

Mittel als Grundstein ihrer Politik verwendet. Ausgangspunkt war dabei das ausgebeutete Volk, dessen Existenz gefährdet war. Die Benachteiligung läge dem sozialistischen System zufolge, das „im nationalen Bereich die bedürftigen Mehrheiten den reichen Minderheiten entgegengesetzt“. (Allende 1972, 10) Diese schwierige Lage der Volksmassen kann nur durch eine revolutionäre Regierung überwunden werden, die allen Chilenen Chancengleichheit und Fortschritt ermöglichen kann. Entschlossenheit und Geschicklichkeit bei der Umsetzung der Reformen sollten die größten Tugenden der Regierung sein. Die Herrschaftsbasis der UP – Regierung sollte die Volksgewalt sein, die die Monopole abschaffen, das fiskale System ändern und Großgrundbesitzer entmachten sollte. (Vgl. Allende 1972, 16) Der Weg zum Sozialismus sollte auf demokratischer, pluralistischer und freiheitlicher Basis durchgeführt werden. Um die Ziele zu erreichen müssen die nötigen politischen Institutionen gerecht gebildet werden, konkludiert Allende seine Vorhaben.

Ohne zu zögern, begann die Regierung die angekündigte Politik zu verwirklichen. Die Ministerien wurden nach dem Stimmenanteil bei den Parlamentswahlen 1969 an die Koalitionspartner verteilt. Die Erfüllung des Programms wurde unter dem Slogan „*la Unidad Popular cumple*“ (die UP hält Wort) durchgeführt. In den folgenden Kapiteln werden die wichtigsten Bereiche der UP – Politik untersucht.

2.1 Außenpolitik

Das außenpolitische Handeln der Regierung Allendes bezeichnete sich in vieler Hinsicht anders als erwartet wurde. Eine Isolierung und eine auf kommunistische Propaganda basierende Politik haben nicht stattgefunden. Die Außenpolitik der UP – Regierung beruht auf festgelegten Zielen, die vor allem dem allgemeinen Fortschritt des Staates gewidmet waren. Die Formulierung der Ziele und Aufgaben fand in der Kongresssitzung am 21. Mai 1971 statt, in der Allende der ganzen Welt eine klare Botschaft über die künftige Außenpolitik Chiles gesendet hat. Ihre Basis stellte sowohl bilaterale als auch multilaterale Zusammenarbeit auf internationaler Ebene dar, was den Frieden in der Welt festigen sollte. Die Botschaft beinhaltete die folgenden Ziele:

- Politische und ökonomische Unabhängigkeit soll in vollem Ausmaß erreicht und vertieft werden;
- Freundschaftliche Beziehungen werden mit allen Ländern der Welt geknüpft und entwickelt, wobei ihre ideologischen und politischen Positionen nicht ausschlaggebend sind. Die Interessen und die Selbstbestimmung des chilenischen Volkes müssen dabei respektiert werden. Das beste Beispiel dafür war die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu „dem ungerechterweise sanktionierten“ Kuba als dem ersten Wunsch der Mehrheit des chilenischen Volkes. (Vgl. Allende 1972, 121)
- Die Selbstbestimmung der Völker muss verteidigt werden. Ohne die allgemeine und in der Praxis durchsetzbare Selbstbestimmung gibt es kein erfolgreiches internationales Zusammenleben. Die Grundbedingung dafür ist die Respektierung des Prinzips der Nichteinmischung und der Zurückweisung jeder Art der Diskriminierung der Schwächeren. Diese Prinzipien müssen verteidigt werden, um eine wirksame Politik ins Leben rufen zu können;
- Die freundschaftlichen Beziehungen mit den anderen sozialistischen Ländern müssen gepflegt und vertärkt werden
- Eine Politik der lateinamerikanischen Solidarität bzw. Kooperation muss betrieben werden. Um dies zu erreichen, muss ein gemeinsames lateinamerikanisches Bewusstsein gefördert werden, das die Lage der lateinamerikanischen Länder in der Weltpolitik insgesamt verbessert. (Vgl. Nohlen 1973, 149)

Das UP – Programm hatte eine stark sozialistisch gefärbte Komponente, die sich vor allem in der Unterstützung der Befreiungsbewegungen äußerte. So wurden gleich nach der Machtübernahme durch die Volkseinheit diplomatische Beziehungen mit China, Nigeria, der DDR und Handelsbeziehungen mit Nordkorea und Nordvietnam aufgenommen. All dies wurde vor den Vereinten Nationen dadurch gerechtfertigt, dass Chile an der Freundschaft und engen Zusammenarbeit der Völker arbeite. Diese These wird durch die Aussagen von Allende in der Sitzung des Kongresses vom 21. Mai 1971 bestätigt. Chile, müsse sich gegen Abhängigkeit und Rückständigkeit kämpfen und eine Interessengemeinschaft mit anderen Völkern Lateinamerikas bilden. (Vgl. Allende 1972, 122) Diese Interessengemeinschaft wurde als wirtschaftliche Unterstützung der neuen Freunde verstanden. Die Förderung eines

lateinamerikanischen Bewusstseins wurde weitgehend dadurch gebildet, dass sich Allende bereits im ersten Jahr seines Präsidentsmandats mit den Regierungschefs der anderen südamerikanischen Staaten traf. Die Gestaltung der bilateralen Beziehungen zu den Staaten des Andinen Paktes (Ecuador, Kolumbien und Peru) und zu Argentinien wurden auf freundschaftliche Basis gestellt. Durch die Kontakte stieg das Ansehen von Allende innerhalb Lateinamerikas. Die Stärkung der gemeinsamen Interessen und die Überwindung der ideologischen Grenzen zeigten, dass Chile auf dem Weg zum Sozialismus vernünftige Schritte unternommen hatte. Das Treffen mit dem mexikanischen Präsident Echeverría war ein weiterer Beweis dafür, dass Allende für die Bewahrung der gemeinsamen Interessen eintrat. Allende wusste, dass die US – Konzerne die Unverletzbarkeit der Abhängigkeit von Chile und Mexiko verstoßen und suchte nach der Unterstützung von den anderen betroffenen Ländern, unter anderem auch von Mexiko. Allerdings hatte Allendes Regierung keinerlei Absicht gehabt, sich mit den Vereinigten Staaten auseinanderzusetzen, obwohl US – Präsident Nixon „lieber gesehen hätte, wenn Allende nicht gewählt worden wäre.“ (Nohlen 1973, 151) Allende sagte zu den US – chilenischen Beziehungen in seiner Schrift: „Chiles Weg zum Sozialismus“: *„Wir haben uns dafür verbürgt, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass unsere Realität verstanden wird, Bedingungen, die das Entstehen von Konflikten verhindern und vermeiden sollen, dass unwesentliche Probleme diese Absicht beeinträchtigen, wodurch die freundschaftliche Lösung der eventuell entstehenden Probleme auf der Verhandlungsbasis behindert werden könnte. Wir glauben, dass diese realistische und objektive Haltung beim Volk und bei der Regierung der Vereinigten Staaten auf Gehör trifft (...) Unsere bilaterale Politik bedeutet die Freihaltung der Kommunikationslinien.“* (Allende 1972, 122; 127) Die Beziehungen zu den USA sollten nicht aufgrund der sozialistischen Ausrichtung Chiles automatisch vernachlässigt werden. Die chilenischen Bemühungen um enge Beziehungen war ein Akt ihrer allgemeinen außenpolitischen Haltung, obwohl sie innenpolitisch einen Amtagonismus darstellten. Die Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen und gegenseitigen Zusammenarbeit wurde durch die militärische Aushilfe der USA getrieben. Jedoch wurden keine neuen Kredite beantragt. Die US – Wirtschaftshilfe war mit dem Ende der Regierung Frei vorbei. Die Konfliktlinie zwischen Chile und den anderen Staaten Lateinamerikas auf der einen Seite, und den Vereinigten Staaten von Amerika auf der anderen Seite, liegt in der Tätigkeit multinationaler Konzerne in den Entwicklungsländern. In den siebziger

Jahren des 20. Jahrhunderts kam es zur Nationalisierung und Verstaatlichung der Bergbauunternehmen aufgrund der Ausbeutung von nationalen Ressourcen. Die divergierenden Interessens der USA und Lateinamerika können in einer tiefen Lücke der Entwicklung gesehen werden. Durch die Vergrößerung der amerikanischen Wirtschaftsmacht wurden die lateinamerikanischen Staaten in ihrer Wirtschaftsentwicklung gebremst. (Vgl. Allende 1972, 129 – 130) Der Widerspruch lag darin, dass die meisten Grundstoffindustrien sowie die öffentlichen Dienste (Eisenbahn, Wasser, Elektrizität usw.) in den lateinamerikanischen Ländern verstaatlicht worden waren, aber die benötigten modernen Technologien standen ihnen durch den Konflikt mit den ausländischen Konzernen nicht mehr zur Verfügung. Die Konzentration von Kapital der Konzerne erregte die öffentliche Meinung in Lateinamerika. Die Kapitalinvestitionen wurden mit der US – Außenpolitik identifiziert, was die Konfliktlinie zunehmend verstärkte. (Vgl. Nohlen 1973, 152) Obwohl Chile bereit war, eine freundschaftliche Lösung der Interessenunterschiede zu finden, wurden die Differenzen größer. Kupfer, Eisen und Salpeter sollten nationalisiert werden. Die überlegene Position der amerikanischen Konzerne basierte auf der niedrigen industriellen Entwicklung der lateinamerikanischen Länder in der Vergangenheit. Die Gewinnungs- und Verarbeitungsprozesse waren ihnen nicht bekannt. Die auf Export konzentrierten Geschäftspläne der US – Gesellschaften tendierten zu einem langfristigen Gebrauch der mineralischen Bodenschätze. Die Verhinderung der Nationalisierung der Bergbauunternehmen war das erste Ziel der Konzerne, da die Nationalisierung der chilenischen Industrie massive Verluste für die US-Gesellschaften bedeuten würde. Die Frage der Entschädigung wurde gestellt, aber sie waren nicht der Punkt der amerikanischen Interessen. Die Kupferfrage begünstigte die Beziehungen Chiles mit den anderen Ländern Lateinamerikas, indem der Widerstand gegen die Amerikaner die Solidarität zwischen den lateinamerikanischen Völkern verfestigte. Zur Kupferfrage hat sich Salvador Allende folgendermaßen geäußert: *„Die chilenische Regierung wünscht freundschaftliche Beziehungen mit dem mächtigsten Land der Hemisphäre, solange es ihm gestattet ist, anderer Meinung zu sein und von verschiedenen Gesichtspunkten aus zu verhandeln.“* (Allende 1972, 132) Allerdings wünschten die USA eine solche Beziehung mit Chile nicht. Durch antisozialistische Propaganda und den auf die chilenische Öffentlichkeit ausgeübten Druck versuchten die Vereinigten Staaten Allende aus der politischen Szene zu entfernen und sich festen

Boden für künftige Geschäfte in Chile zu sichern. Putschüberlegungen wurden öffentlich verbreitet. All dies hätte zur inneren Destabilisierung in Chile führen sollen, was die Voraussetzungen einer erfolgreichen Machtübernahme durch einen nicht linksorientierten Politiker schaffen sollte. Darüber wird im folgenden Kapitel über die Innenpolitik noch genauer gesprochen werden.

In außenpolitischer Hinsicht unterschied sich das UP – Handeln nicht von ihrem Vorgänger. Die Außenpolitik wurde im Vergleich zur Außenpolitik der Regierung Frei nur wenig verändert. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Kuba kann als einzige Neuigkeit angesehen werden, die weitgehende Kontroversen ausgelöst hat. Der Besuch von Fidel Castro in Chile hat die bereits zugespitzten Beziehungen mit den USA noch zusätzlich verschärft. Die „Trotzpolitik“ den USA gegenüber hat mehr Schaden als Gewinne für Chile gebracht. Die Bildung von engen Beziehungen mit Gegnern der USA wird seitens von Amerika nicht vergeben. In den chilenisch – amerikanischen Beziehungen hat die chilenische Seite viele Fehler begangen, so dass eine günstige Lösung der Kupferfrage nicht erwartet werden konnte.

2.2 Innenpolitik

Der innenpolitische Ausgangspunkt der UP – Regierung war die Durchführung einer sozialistischen Politik innerhalb eines repräsentativ – demokratischen Systems. Im nationalen Rahmen sollte der Wandel zur neuen Gesellschaft zulasten des bürgerlich – demokratischen System institutionalisiert werden. Nachdem die Veränderung des bestehenden Systems begann, sollte sich Chile in weiterer Folge in Richtung einer sozialistischen Gesellschaft, „einer neuen Demokratie sozialistischer Prägung“ entwickeln. (Vgl. Allende 1972, 160) Geplant wurde, durch die Transformation der politischen Verfassung des Staates die parteipolitischen Verhältnisse zugunsten der UP voranzutreiben, die eine überlegene Rolle bei der Entscheidungsfindung in den Institutionen übernehmen sollte. Gerichtsbarkeit, Kommunikationswesen und öffentliche Verwaltung wären die Grundlage für die Veränderung gewesen. Allerdings verlief die revolutionäre Transformation bzw. Chiles Weg zum

Sozialismus nicht planmäßig. Dafür waren folgende Probleme verantwortlich: Erstens, hat die mangelnde Mobilisierungskapazität der Volksmassen die Verlangsamung der Durchführung der geplanten Ziele verursacht. Zweitens, verloren die Versammlungen und Massenkundgebungen an Bedeutung, da sich die Opposition als fähiger herausstellte, Protestdemonstrationen zu organisieren, die gegen die geplante Revolution gerichtet waren. Um dies zu vermeiden, wurde ein Programm unter dem Namen *Desarrollo Social* (Soziale Entwicklung) eingeführt, das die Massen im Sinne der UP – Zielsetzungen aktivieren sollte. (Vgl. Nohlen 1973, 156-158) Eine wesentliche, vielleicht entscheidende, Rolle bei der Durchsetzung des Weges zum Sozialismus spielte die Medienpolitik der Unidad Popular. Die Regierung versuchte unter dem Schleier der sozialistischen Entwicklung des Landes die Medienfreiheit einzuschränken. Eine der ersten Maßnahmen war die Gründung eines staatlichen Verlags, der als politisches Instrument der Regierung funktionieren soll. Sein erster Aufgabe äußerte sich darin, den chilenischen Markt mit neuen Zeitschriften, Magazinen und Schulbüchern zu versorgen. Der Verlag hatte vor allem eine propagandistische Funktion.. Das Regime übte seine Macht auch auf die bürgerliche Presse aus, indem sie die Papierfabrik des ehemaligen Präsidenten Alessandri unter dem Vorwurf der Monopolstellung zu verstaatlichen versuchte. Die Entschlossenheit der Regierung, die Medien unter ihre Kontrolle zu bekommen, ließ sich auch in der Übernahme der Werbemittel erkennen. Zeitungen, Magazine bzw. die Presse lebten von Anzeigen. Durch die Verstaatlichung der Industrieunternehmen kam es dazu, dass die Werbung in die Hände der Unidad Popular fiel. Diese Aktion zeigte die Monopolstellung des Staates am chilenischen Markt, was eine der Charakteristika des sozialistischen Systems war. Eine Zielsetzung der UP wurde damit erfüllt, aber Rundfunk- und Fernsehanstalten besaßen immer noch gewisse Freiheiten, was seitens der Regierung als bedrohlich angesehen wurde. Der nächste logische Schritt war die Kontrolle über die Sender durch die Regierung. Unter dem Vorwand von finanziellen Schwierigkeiten gelang es der UP, die meisten Rundfunksender zu übernehmen. Die Inhaber der Rundfunksender wurden ökonomisch zum Verkauf ihres Eigentums an die Parteien der UP gezwungen. Die Sendungen der noch nicht verstaatlichten Unternehmen wurden unter Druck gesetzt, indem ihnen staatliche Hilfe und Kredite beschränkt wurden. Trotz aller Versuche die Pressefreiheit in Chile im Windschatten des Weges zum Sozialismus abzuschaffen, wurde der Kampf um die Meinungsfreiheit weitergeführt. Allende erklärte, die

Regierung wolle kein Informationsmonopol. Trotzdem ließ sich das Vorhaben der Regierung, die Medien in ihre Gewalt zu bekommen, durch die folgende Aussage von Allende erkennen: *„Die Medien sind von grundlegender Bedeutung für die Gestaltung einer neuen Kultur und eines neuen Menschen. Darum müssen sie auf die Erziehung ausgerichtet werden und ihren kommerziellen Charakter aufgeben, weshalb die nötigen Maßnahmen getroffen werden, damit die sozialen Organisationen über diese Medien verfügen können und die unheilvolle Anwesenheit der Monopole abgeschafft wird.“* (Allende 1972, 163) Die Verbote der Ausstrahlung einiger Sendungen wurden häufiger, was zur Gestalt der Nachrichten durch die UP – Regierung führte. Dies äußerte sich in der Gründung des Presseverbands linker Journalisten. Der Verband diente als Verteidigungsschild der Regierung, indem die revolutionäre Wahrheit sein eigener Gedanke war. (Vgl. Nohlen 1973, 161)

Ein weiterer wichtiger Bereich, über den die UP unbedingt die Kontrolle übernehmen wollte, war die öffentliche Verwaltung. Strategisch gesehen stellte die öffentliche Verwaltung die wichtigste Institution dar, weil mit einer etablierten Position in der öffentlichen Verwaltung die UP in der Lage war, die Vermeidung der politischen Obstruktionen zu gewährleisten und ihre geplante Politik zu realisieren. Auf dem Weg zur Realisierung des Ziels entstanden allerdings mehrere Probleme: die Korruptionsverwicklungen einiger Regierungsmitglieder, die Einstellung des nichtqualifizierten Personals, fehlende erwartete Effizienz usw. Diese Vorkommnisse trugen dazu bei, dass die Unidad Popular ihr Ziel der Übernahme der führenden Positionen in der öffentlichen Verwaltung nur teilweise erreicht hat. Die Affären verringerten noch mehr das verlorene Ansehen der Regierungspolitik. Die verwendeten Strategien enttäuschten die Wählerschaft, was besonders bei den Kommunalwahlen von April 1971 Ausdruck fand. Trotzdem erhielt die öffentliche Verwaltung eine besondere Rolle im UP – Regierungssystem. Der administrative Sektor wurde stark durch die öffentliche Verwaltung kontrolliert – dies kam besonders bei Ausreisebeschränkungen und Kontrollen des Finanzwesens (Banken und Posten) zum Vorschein.

Die weiteren Ziele der Innenpolitik der Regierung der Unidad Popular bestanden darin, dass die demokratischen Rechte der Werktätigen gewährleistet werden würden. Mit der Politik der sozialen Exklusion der Nicht – Werktätigen forderte die UP-herrschenden Schichten heraus. Die Idee einer nicht oligarchischen und nicht

imperialistischen Regierung beeinflusste den weiteren Verlauf der inneren Auseinandersetzungen. Die Einführung der Volksstaates verstärkte folglich die bereits existierende Kluft innerhalb der zweiteiligen chilenischen Gesellschaft. Durch die angekündigte Verfassungsreform wurde versucht, die institutionellen Veränderungen zu beginnen, sowie auch die anderen revolutionären Maßnahmen durchzusetzen. Die Verfassungsreform sah den Ersatz des Zweikammernsystems durch nur noch eine Kammer vor. Sie hätte die Machtbefugnisse des Präsidenten erweitert, indem das Parlament während einer Amtsperiode einmal aufgelöst werden könnte. Auf den Vorschlag reagierte die Opposition mit starken Vorwürfen, nach den die Reform das Parlament in die Hände der Linken stoßen und die Durchsetzung der sozialistisch – marxistischen Ziele erleichtern würde. Die Einführung des Einkammernsystems würde zur absoluten Macht der UP – Regierung führen, die beim Entscheidungsfindungsprozess klar überlegen auftreten könnte. Aufgrund dieser möglichen Gefahren wurde das Projekt im Parlament abgelehnt. Es war offensichtlich, dass das chilenische politische System im Moment noch nicht für eine tiefgreifende Verändereung bereit war. Die erweiterten Machtbefugnisse des Präsidenten wurden in Frage gestellt, indem vorgesehen wurde, dass es falls zur Auflösung des Parlaments kommt, dies muss durch ein Referendum bestätigt werden. Falls sich das Referendum gegen die Auflösung ausgeht bzw. der Vorschlag des Präsidenten also abgelehnt wird, muss der Präsident zurücktreten und neue Präsidentschaftswahlen ausschreiben. Diese Initiative sollte die Stärkung der Exekutive verhindern und die Lösung eines möglichen Konflikts zwischen Kongress und Präsident in der Gesetzesvorlage fixieren. Die Maßnahmen haben sich um status quo erkämpft, womit die Ziele der Verfassungsreform der Unidad Popular nicht vollständig erreicht wurde. (Vgl. Nohlen 165 – 166)

Bei der Gestaltung einer neuen Kultur kam es den Werten eine wesentliche Rolle im System zu. Die Regierung zielte auf die Formierung einer kulturellen Kollektivität ab, die sich dem Individualismus gegenüberstellen sollte. Die Universitäten fungierten dabei als Träger des kollektiven Wesens, weil die Konzentration in der Bildungspolitik gerade auf die höhere Ausbildung gelegt wurde. Die Bildungspolitik war einer der Bereiche, auf den die UP – Regierung insistierte. Es gibt mehrere Gründe dafür: Die Institutionen der Hochschülerschaft haben der chilenischen Gesellschaft auch einen politischen Input gegeben. Die Universitäten waren im Besitz von Fernseh- und Rundfunksendern. Das Ziel der Unidad Popular, die Universitäten

unter ihre Kontrolle zu bekommen, erreichte sie durch die Setzung von Parteikadern in die Gremien der Hochschulen und Universitäten. Durch diese Aktion wurden die Sender Instrumente ihrer Politik. Die Studenten stellten eine wichtige Sozialgruppe dar, deren Unterstützung gewährleistet werden sollte. Jedoch musste das gesamte Bildungssystem mehr oder weniger unter Kontrolle gebracht werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde die Propaganda der Sozialrevolution an den Universitäten verbreitet. Die UP verfügte über einen erheblichen Anteil an den Professoren, Lehrenden und Universitätsangestellten an den Universitäten in ganz Chile. Die Bildung einer revolutionären Avantgard zielte darauf ab, dass „die Masse dem intellektuellen und künstlichen Wirken angeschlossen wird.“ (Allende 1972, 161). Die Strategie der Ausbildungsentwicklung sollte neue Unterrichtsformen und –methoden schaffen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Innenpolitik der UP – Regierung durch eine Machtfrage gekennzeichnet war. Der geplante Wandel des System ist nicht planmäßig verlaufen, so dass viele Strategien und Taktiken verwendet werden mussten, vorgesehene Innenpolitik wieder auf den Weg zu bringen. Allerdings ist hervorzuheben, dass es der UP gelungen ist, bestimmte Veränderungen der inneren Verhältnisse anzufangen.

2.3 Wirtschaftspolitik

Die Wahl Salvador Allende Gossens hatte viele Kontroversen sowohl innerhalb von Chile als auch außerhalb des Landes ausgelöst. Das primäre Ziel des neuen Präsident und seiner Regierung war bereits seit einiger Zeit definiert worden. Abgesehen von den politischen Zielsetzungen war die Wirtschaftsfrage in den Augen der Linken die entscheidende für die Zukunft von Chile. Jedoch war die Allende-Regierung mit gewissen Wirtschaftsproblemen konfrontiert, nachdem sie im Amt bestätigt worden ist. Die Produktion der Güter verlangsamte sich aufgrund des Rückganges der Nachfrage. Mit dem Amtsantritt sind auch ausländische Investitionen zurückgegangen. Die Regierung hatte dennoch eine Antwort auf die schwierige Lage und hat ein Programm zur „Reaktivierung“ der Wirtschaft eingeleitet. Das Programm

beruhte auf keynes'schen Prinzipien. Die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen wurde gestärkt, womit die Ankurbelung der Produktion begonnen hatte. Die UP – Regierung zielte im wirtschaftspolitischen Rahmen auf die vollständige Eindämmung der Inflation ab. Der Meinung der Regierung nach, war die Inflation ein Problem, bei dem eine breite Restrukturierung der Produktion und eine volle Integration der einigen Wirtschaftsbereiche vollzogen werden sollen. Dabei war das traditionelle Verhalten der sozialen Gruppen eine Hürde bei der Beseitigung der Inflation. Sie ist von der Allende Regierung als ein notwendiges Übel angenommen worden, obwohl das Bedürfnis, die Inflation abzulösen, quasi die gesetzte Priorität dargestellt hat. Der Grund für die Inflation von 34,9 Prozent im Jahr 1970 war vor allem die Geldmengepolitik. Die Erhöhung der sich im Umlauf befindenden Geldmenge wurde damit begründet, dass die Inflation in Folge des wirtschaftlichen Strukturwandels ausbleiben würde. (Vgl. Nohlen 1973, 193 – 199; De Vylder 1976, 81 – 86). Die Unidad Popular hat defizitäre Züge gezogen, die in wirtschaftlicher Hinsicht nur unlogische Folgen mussten gehabt haben.

Da die herrschende Ideologie kommunistischer Prägung war, wurde eine weitgehende Nationalisierung aller Industriezweige erwartet. Chile ist ein Land der Bodenschätze, vor allem verfügt es über die größten bekannten Kupfervorkommen der Welt (ca. 40 %) und ist somit der weltgrößte Kupferexporteur, was seine Wirtschaft extrem abhängig vom Kupferpreis macht. Da die meisten Kupferminen bis in die 1960er Jahre in den Händen von US – amerikanischen Gesellschaften wie Anaconda oder Kennecott lagen, war es für die Regierung von Salvador Allende ein logischer Schritt, die Kupferindustrie zu nationalisieren und somit zweifach zu profitieren. Auf der einen Seite würde die Nationalisierung des Bergbaus und der Industrie den Zufluss von Kapital vorantreiben und andererseits würde sich die neue Regierung in politischer und ideologischer Hinsicht klar profilieren können. Die Antwort der politischen Frage sollte die wirtschaftliche Unabhängigkeit erlangen und die volle Souveränität verschaffen, die sich in Besitz des Kupfers äußern würde. Der Profit der US-Unternehmen stellte für Chiles neue Regierung einen Dorn im Auge dar. Doch wurde das Konzept viel mehr als die Frage der durch den amerikanischen Imperialismus getriebenen politischen Ausbeutung Chiles benutzt, die sich jetzt mit dem Antritt der neuen Regierung beenden muss. Theoretisch betrachtet war es möglich den Kupferbergbau zu nationalisieren und trotzdem gute Beziehung zum nordamerikanischen Giganten aufrechtzuerhalten. Praktisch war es nur ein

lächerliches Spiel der kommunistischen Ausrichtung der chilenischen Regierung in dem Moment, das zur Verschlechterung der bereits durch die Maßnahmen der Frei Regierung geschwankten Beziehung zu den USA führen würde. Allende war bereit im Namen seiner Ideologie und Überzeugung, mit dem großen Spieler in Konflikt zu treten, um sein Ziel zu erreichen. Jedoch galt es als umstritten, ob die Amerikaner Allende als seriösen Gegner oder den Versuch der Kupferunabhängigkeit nur als Anlass angesehen haben, sich in Chile quasi legitim durchzusetzen. Es ist wesentlich hervorzuheben, dass an keiner Stelle des Church Report explizit angeführt wird, ob sich die USA in die chilenischen inneren Angelegenheiten aufgrund der Nationalisierung und damit der begangenen Schädigung von US-Unternehmen eingemischt haben. Offiziell war die Kupferfrage kein Anlass für die Intervention bzw. für den durch die USA unterstützten Putsch 1973. Darüber wird in den folgenden Kapiteln gesprochen.

Das Gesetz zur Nationalisierung der Bodenschätze und Naturre Ressourcen trat am 15. Juli 1971 in Kraft. Seine erste Auswirkung hat alle Gesellschaften betroffen, die einen Anteil am Kupferbergbau, -produktion und -ausfuhr bislang gehabt haben. Seit dem 15. Juli 1971 sind alle Bodenschätze und Naturre Ressourcen Chiles absolut, ausschließlich, unverjährbar und unveräußerlich staatlich geworden. (s. dazu Verfassungsreform – Art. 10 in: <http://www.elcato.org/node/1264>, entnommen am 4. Februar 2008). Im Rahmen der Verfassungsreform wurde entschieden, die von der Enteignung betroffenen Unternehmen zu entschädigen. Diese Entscheidung war politischer Natur, da die meisten der in der Kupferindustrie tätigen Unternehmen amerikanische Interessen vertreten haben, so dass die getroffene Entscheidung eine Art des Kompromisses darstellte. Die Entschädigungen sollten erfolgen, nachdem die betroffenen Unternehmen ihre Steuerschulden und andere Verbindlichkeiten dem chilenischen Staat gegenüber beglichen haben. Insgesamt bestand eine Verschuldung amerikanischer Gesellschaften gegenüber Chile in der Höhe von ca. \$400 000 Millionen. (s. dazu Nohlen 1973, 172). Allende hat die Bedingungen angekündigt, unter denen die Entschädigungen erfolgen sollten: *„Die Zahlung kann vorübergehend eingestellt werden, wenn die Enteigneten den Abgang der Minerale hemmen; sie wird um die Menge gekürzt, die die Gesellschaften für höhere Einnahmen als den Jahresdurchschnitt erhalten können.“* (Allende 1972, 74). Das offizielle Washington reagierte gemäßigt. Der Bericht von Charles Meyer, des Sekretärs für Interamerikanische Fragen, ließ keinen Zweifel an der chilenischen Entscheidung

offen. Ich zitiere: „Wir haben keinen Grund, noch sind wir für eine Konfrontation mit der Regierung Chiles...Wir stellen auch nicht das Recht Chiles in Frage, eigene Entscheidungen zu treffen. Wir meinen aber, dass das jedem souveränen Staat zustehnde Recht, auf einer nicht diskriminatorischen Grundlage Eigentum zu enteignen, nicht ohne das ebenfalls gültige Recht der Enteigneten verstanden werden kann, eine baldige, angemessene und wirkliche Entschädigung zu erhalten.“ (<http://www.salvador-allende.cl/Golpe/intervenciones/ACCION%20ENCUBIERTA%20EN%20CHILE1.pdf> - S. 21, entnommen am 4. Februar 2008). All dies resultierte in einem vielschichtigen politischen Spiel, das die chilenische Glaubwürdigkeit auf dem internationalen Markt erschüttert hat. Die Übernahme des Kupfers durch den Staat bedeutete im ersten Jahr eine wesentliche Abnahme der Kupfereinnahmen. Darauf weist die Tabelle 5 hin.

Tabelle 5: Entwicklung der Kupferproduktion 1969 – 1972 (in Tausend metrischer Tonnen)

	1969	1970	1971	Veränderung in %
Großer Bergbau	540,4	534,5	571,2	- 5,5
Mittlerer und kleiner Bergbau	147,7	151,1	137,4	- 10,2

Quelle: CODELCO (Corporación Nacional del Cobre de Chile) in: De Vylder 1976, 67

Ziel der Nationalisierung war die Stärkung der chilenischen Wirtschaft und die Beseitigung der wirtschaftlichen Abhängigkeit. Die Regierung Allende hat sich darum bemüht, die Kupferindustrie in die Hände des chilenischen Staates zu bekommen, was international als mutiger aber halsbrecherischer Schritt gesehen wurde. Das Vorhaben, dadurch die Wirtschaft zu stärken, hat sich aber nicht verwirklicht, jedoch hatte Chile seit 1972 ein Wirtschaftswachstum erlebt. Die Nationalisierung des Kupferbergbaus

hat dazu geführt, dass ein Drittel der Weltkupferreserven im Besitz Chiles blieb (Vgl. dazu Allende 1972, 72), was vor allem eine Auseinandersetzung um die Ressourcenquellen ausgelöst hat. Jedoch brach das zweifache Problem aus, das einerseits vom Mangel des erwarteten ökonomischen Gewinns geprägt war, während sich auf der anderen Seite die UP-Regierung einen starken Aufwand gewährleisten musste, um den chilenischen Kupfer herzustellen und erfolgreich auszuführen. Neue Streitigkeiten mit den enteigneten Unternehmen erfolgten, als die versprochenen Entschädigungen fehlschlagen. Maßnahmen wie Beschlagnahmen und Ersätze, die der Staat in den Fällen zu bezahlen gezwungen war, werden von der chilenischen Seite als Angriffe auf die Souveränität und Einmischung in die inneren Angelegenheiten gesehen. Allerdings ist wichtig zu betonen, dass die Nationalisierung des Kupfers eine eher langfristige Maßnahme war, wodurch der chilenische Staat erst im späten 20. Jahrhundert hohe Gewinne erzielen wird. Die UP-Regierung war einfach zu schwach während ihrer Amtszeit und aus dem Kupferbergbau einen sofortigen Gewinn zu ziehen, weil unter den Umständen (Kalter Krieg, US-Einfluss in der Region etc.), stellte die Übernahme bzw. die Verstaatlichung der Kupferindustrie alleine einen der größten Erfolge der UP-Regierung dar.

Die Kupferindustrie war nicht der einzige Wirtschaftszweig, der während der UP-Regierung verstaatlicht worden ist. Allende hatte eine weitgehende Politik der Nationalisierung geplant, in deren Folge die wichtigsten Sektoren der Wirtschaft in die Hände des Staates übergehen sollten. Die politische Organisation des Staates bemühte sich, die verstaatlichten Bereiche der Ökonomie und der Industrie auf sozialistische Art und Weise zu gestalten. Jedoch verlief die Aktion völlig unkoordiniert, was zu neuen Problemen führte. An erster Stelle ist daran zu erinnern, dass die Unidad Popular nach ihrem Machtantritt über kein klares d.h. durchführbares Wirtschaftsprogramm verfügt hatte, was sich im Industriebereich besonders geäußert hat. Die geführte Wirtschaftspolitik erwies sich als schlecht, weil Chile keine technologischen Mittel zur Produktion der Waren gehabt hat und die ausländischen Konzerne, die über die notwendigen Technologien verfügen, wurden aus den Sektoren quasi vertrieben. Den zweiten großen Fehler war der Versuch ausländische Investoren direkt zu gewinnen, die sich an nationalisierten Unternehmen beteiligen sollten. Es wurde bald klar, dass eine solche Zusammenarbeit schwer ausführbar war, so dass die Chilenen versuchten, unter staatlicher Mehrheitsbeteiligung Produkte in Kooperation mit Firmen herzustellen.

Die einheimische Industrie sollte in drei nebeneinander bestehende Sektore gegliedert werden: einen sozialisierten, einen gemischten und einen privaten. Der grundsätzliche Unterschied lag in der Regelung der Eigentumsverhältnisse. Eine solche Gliederung der Wirtschaftsstruktur war gegen das ausländische Monopolkapital und den Großgrundbesitz gerichtet. Da die Planung eine besondere Rolle in diesem System spielen sollte, war der sozialisierte Sektor das wichtigste Glied. Laut Allende, sollte der Umformungsprozess der Wirtschaft ein überwiegend staatliches Eigentum schaffen, das aus „den gegenwärtig in staatlichem Besitz befindlichen und den zu enteignenden Unternehmen bestehen soll.“ (Allende 1972, 152). Die Überwindung des ausländischen Imperialismus und der inländischen Monopole sollte durch die Nationalisierung aller Industriesektoren erreicht werden. Der realistischste Punkt des Programmes Allendes war jener, der den staatlichen Besitz an allen Unternehmen (Stromkapazitäten, Transportwesen, Verkehrsverbindungen, Bodenschätze usw.) vorsah, die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes von ausschlaggebender Bedeutung sind. Dies ist auch heutzutage in den meisten hoch entwickelten westlichen Ländern zu sehen, so dass man die Einstellung der UP-Wirtschaftspolitik als absolut sinnvoll erachten kann. Es kann Allende nicht vorgeworfen werden, dass er durch sein sozialistisches Programm den Besitz der wesentlichen staatlichen industriellen Kerngebiete erlangen wollte. Auf der anderen Seite ließen sich Dutzende anderen Gebiete (Privatbanken, Versicherungsgesellschaften usw.) erkennen, zu denen der Staat keinen Zugang haben sollte. Allerdings darf man nicht vergessen, dass die chilenische Ökonomie unter der UP-Regierung eine Mischform vertreten sollte. Der gemischte und der private Sektor ließen sich durch die folgende Charakteristika kennzeichnen: Der gemischte Sektor sollte eine Mischung von staatlichen Unternehmen, die mit Privatkapital verbunden würden. Ihre Solvenz läge in staatlichen Krediten und Anleihen, die als Kapitalanlage gelten können. Beim privaten Besitzkreis sollten die Produktionsmittel nicht staatlich gewährleistet werden. Die privaten Unternehmen sollten mit dem Staat eng zusammenarbeiten, was vor allem durch technische und finanzielle Hilfe des Staates durchzusetzen sein sollte. Die Unternehmen unterliegen nicht den allgemeinen Patent-, Steuer- und Zollabgaben unterliegen. (Vgl. Allende 1972, 153). Jedoch vereinfachten diese Verlautbarungen das Verständnis der wirklichen Wirtschaftsmachtverhältnisse. In der Realität existierten diese Sektoren überhaupt nicht bzw. die Mittel der Durchsetzung der geplanten wirtschaftlichen Mischform

were nicht vorhanden. Es waren kaum Betriebe zu finden, die als privatökonomisch oder gemischt bezeichnet werden konnten. Allerdings hat es Versuche, wie bereits erwähnt, gegeben, solche Formen von Staatsunternehmungen zu bilden, doch sind die Versuche in den meisten Fällen gescheitert. All dies kann durch die folgenden Tatsachen begründet werden. Die Ausweitung des öffentlichen Sektors mit Vorhaben, nicht die Erhöhung und Sicherung der staatlichen Wirtschaftspolitik effizienter zu machen sondern aus politische Gründen, nach den die gesamte Wirtschaft kontrolliert, politische Macht verfestigt und politische Loyalität der Unternehmen gewährleistet werden kann. (Vgl. Nohlen 1973, 188) Um den Plan verwirklichen zu können, verstaatlichte die UP-Regierung 1971 mehrere Betriebe, ohne die Gesetze zu berücksichtigen. Die beschleunigte Nationalisierung der Unternehmen zeigte die Bereitschaft der UP-Regierung ihre politische Macht und vor allem ihren Einfluss zu erweitern. So wurde das Bankwesen verstaatlicht, wodurch die Regierung jetzt über das Eigentum der Banken verfügte. Allerdings hatte sich die Opposition den Maßnahmen widersetzt und es ist ihr gelungen, ein Gesetz gegen die UP-Willkür zu verabschieden, obwohl Allende ein Veto eingelegt. Das Gesetz machte die Verstaatlichung von Privateigentum von der Zustimmung des Kongresses abhängig. Die Initiative der Opposition hat die Unverletzbarkeit der chilenischen Verfassung bewiesen. Die UP – Regierung führte eine aggressive Wirtschaftspolitik, durch die es ihr ermöglichen sollte, ihre politische Macht zu vergrößern, hat aber immer im konstitutionellen Rahmen gespielt, was das erlassene verfassungsändernde Gesetz gezeigt hat.

Einen wesentlichen Punkt der Wirtschaftspolitik der UP – Regierung bildete die Agrarreform. Hunderte Landgüter sind in der Welle der Enteignungen in die Hände des Staates gefallen, so dass jetzt eine ausführliche Durchführung der Landreform erfolgen musste. Die Durchführung der Agrarreform wurde an die bereits seitens der Frei'schen Regierung begonnene Politik angelehnt. Jedoch veränderte sich die Struktur und die Ziele der Agrarreform unter Allende. Die Agrarreform war besonders aus den Gründen wichtig. Erstens verfügt Chile über große Flächen und jetzt musste der Staat ihre Kontrolle übernehmen und zweitens wird mit der Agrarreform die Enteignung der Grundstücke legitimiert und darüber hinaus gerechtfertigt.

Tabelle 6: Enteignungen von 1965 bis März 1973

Periode	Nummer der Grosgrundbesitze	Nummer der Berechtigten
1965 – November 1970	3 564 553	20 976
4. November 1970 – 22. März 1973	5 585 327	33 948
Insgesamt	9 149 880	54 924

Quelle. Eigene Zusammenstellung nach De Vylder 1976. 182

Allende selbst war der Meinung, dass die Verwirklichung der Agrarreform *„untrennbar mit der übrigen allgemeinen Politik verbunden ist. Die Erfahrungen auf diesem Gebiet und die dadurch aufgezeigten Mängel und Widersprüche machen eine Neufassung der Politik der Verteilung und Organisation von Bodenbesitz (...)“* (Allende 1972, 154) Die praktische Vollziehung der Agrarreform verlief in unkonventioneller Form, die die UP-Regierung nicht kontrollierte. Die Maßnahmen verloren den Charakter einer wirklichen Reform. Auf dem Lande kam es zu Widerstand bei der Reformdurchsetzung ohne Berücksichtigung der vorgeschriebenen Pläne. Die Regierung wich nicht zurück sondern gab die gesetzliche Vollziehung der Reform in Auftrag. Das grundsätzliche Problem lag in der Unzufriedenheit der Agrargesellschaften, einen besseren Preis für die erzeugten Güter forderten. So stieß die UP-Politik im Agrarsektor auf erhebliche Widerstände. Das Agrarmodell des Centros de Reforma Agraria konnte sich nicht durchsetzen. Dem Modell mangelte es an Unterstützung und aufgrund dessen musste die Regierung einen neuen Plan erstellen, um die Reform retten zu können. Wie ist die Produktion zu organisieren? Wer kann die Großgrundbesitzer ersetzen? Welche Beziehungen wird der Agrarsektor zum Rest der Wirtschaft haben? Es hat viele Fragen gegeben, für die Antworten gefunden werden mussten, aber die UP hatte keine Ersatzstrategie entwickelt, was die Durchführung der Agrarreform erschwert hat. (Vgl. De Vylder 1976, 185). Die UP-Regierung entschied sich für die Beschleunigung der Agrarreform, bei dem Laufe des Reformprozesses die Probleme gelöst werden sollten. Die Maßnahmen ließen sich durch die Entwicklung des Agrarsektors im Rahmen der Volkswirtschaft

gekennzeichnet, indem der prozentuelle Anteil landwirtschaftlicher Produkte bei Export und Import verändert wurde. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die von der Unidad Popular vorgesehene Agrarreform mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert war, basierte sich aber die Agrarreform auf die Enteignung der Großgrundbesitze. Eine solche Reform konnte sich deshalb nicht im Rahmen einer positiven ökonomischen Entwicklung durchsetzen, was sich besonders in der Erhöhung des Imports und im Exportrückgang landwirtschaftlicher Güter geäußert hat.

Die weiteren wichtigen wirtschaftlichen Ziele der UP – Regierung werden im Folgenden dargelegt. Die Umverteilung von Einkommen und Vermögen und der Abbau von sozialen Ungleichheiten ist die Zielsetzung jeder Regierung sozialistischer Orientierung. Die oben erklärte Agrarreform war ebenfalls eine Umverteilung von Vermögen und Einkommen. Als zweites Beispiel kann die kostenlose Verteilung von Nahrungsmitteln, vor allem Milch und Brot, an Kinder gesehen werden. Die Nationalisierung bzw. Verstaatlichung von großen Konzernen stellte auch eine Form der sozialen Umverteilung dar. Eine der wirksamsten Maßnahmen war die Umverteilung war noch die Schaffung von Arbeitsplätzen, wodurch die Arbeitslosenquote wesentlich gesenkt wurde. Dies geschah vor allem durch die Beschäftigung der Arbeitslosen in den verstaatlichen Betrieben, indem sie den zweifachen Gewinn leisten könnten. Die Arbeitslosen wurden damit beschäftigt und waren keine Last mehr für den Staat und die Betriebe bekamen neue billige Arbeitskraft. Tatsächlich wurde die imperialistisch – kapitalistische Ausbeutung des chilenischen Volkes seitens der ausländischen Konzernen durch die einheimische sozialistische Ausbeutung der Werktätigen ersetzt.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Wirtschaftspolitik der UP – Regierung von einer starken sozialistischen Komponenten geprägt war, die nur in wenigen Fällen zu einer positiven ökonomischen Entwicklung geführt hat. Der Umstieg zur Planung als zentrales Merkmal der dreiesektoralen Wirtschaft brachte größere Probleme mit sich als in der vorsozialistischen Periode. Die Verstaatlichung der großen Unternehmen hat nur die außenpolitischen Spannungen mit den USA verstärkt.

3. Coup d' etat – die „erste Demokratisierung“

In der Periode der sozialistischen Regierung der Unidad Popular geriet Chile in eine klare politische, ökonomische und durchaus auch soziale Krise. Der Zusammenbruch der chilenischen Demokratie erfolgte nicht nur aufgrund der gewonnenen Wahlen durch Salvador Allende, sondern sind die Gründe auch in anderen politischen Faktoren zu suchen. Antidemokratische Tendenzen rechter Bewegungen waren integraler Bestandteil des politischen Alltages mit einer langen historischen Tradition, die, unabhängig von Machtkonstellationen und Interessen, in unterschiedlichem Maße Einfluss ausüben konnten und schließlich mit dem Putsch an die Macht gelangen sollten. Die UP–Regierungszeit 1970–1973 stellt nur einen bloßen Kulminationspunkt der innerparteilichen Spannungen als Ausdruck der gesellschaftlichen Widersprüche dar. Der Höhepunkt war auf jeden Fall der direkte Sturz der Regierung. Die inneren Konfrontationen schafften den Nährboden für die Umstrukturierung der chilenischen Gesellschaft und die Einführung des neuen Typus der politischen Herrschaft in Chile – „der autoritären Demokratie“. Den Begriff der autoritären Demokratie werde ich in einem der folgenden Kapiteln genauer diskutieren. Der Ausgangspunkt der polarisierten Gesellschaft äußerte sich, vor allem, in der Absenz der Wahlmöglichkeiten, die die Wahrscheinlichkeit der Fortdauer und der Stabilität eines Regimes erhöhen oder verringern. (Vgl. Linz 1978, 8)

Ich gehe von der Annahme aus, dass die Rolle der Vereinigten Staaten beim Putsch 1973 nicht ausschlaggebend auf den Verlauf der Ereignisse war sondern dass die inneren Verhältnisse und Auseinandersetzungen den Weg für den Putsch gebracht haben. In unserem Gespräch vom 17. August 2007 betonte der chilenische Konsul in Belgrad, Augustin García, dass das was sich in Chile ereignet hat, das Resultat des inneren politischen Spieles war. Er führte weiters an, dass das politische System Chiles auf Autonomie beruht. Das Wort ist entscheidend um die Situation zu verstehen.. Sogar beim Putsch war die innere Komponente der Träger desselben das heisst keiner der Militärs war Agent der CIA, was besonders in zweifacher Hinsicht wesentlich ist:

1. Innerhalb der Entwicklung des chilenischen Staates haben die externen Faktoren keinen Bestandteil der internen Gelegenheiten dargestellt

2. Die Unabhängigkeit Chiles war eine selbstgetroffene Entscheidung ausgelöst durch die Französische Revolution. Lateinamerika hat den US-amerikanischen Einfluss in innere Angelegenheiten immer abgelehnt.

Abschließend betonte der Konsul: „The political system was involved in larger frames, but the way of assertion was different. Chilean politicians worked independent from external conditions.“ (Gespräch mit Konsul García am 17. August 2007 in Belgrad)

3.1 Die Vorbedingungen der Krise

Die Gründe für die entstandene Krise sind in alltäglichen politischen Handeln zu finden. Dazu ist die spezifische Rolle des Militärs im politischen System zu betonen, das auch die politische Geschichte des Landes im 20. Jahrhundert entscheidend geprägt hat.

3.1.1 Politische Gründe

Innerhalb des durch korporativistische Komponenten gekennzeichneten chilenischen politischen Systems vor 1973 fungierten die politischen Parteien unzweifelhaft als Katalysatoren zwischen den Teilbereichen der Gesellschaft und den staatlichen Institutionen. Von der Stärke und der Bindung dieser Parteien an den Staat hing ihr Einfluss ab. Als Beispiel für einen engen Anschluss an den Staat kann die Verbindung der UP mit der staatlichen Gewerkschaft (CUT) angeführt werden. Salvador Allende ist es nicht gelungen, sich auf der politischen Szene drei Mal auf höchstem Niveau durchzusetzen. Allerdings hat es der marxistisch orientierte Politiker geschafft, die Wahlen 1970 zu gewinnen, was als die Kulmination der seit 1958 andauernden politischen Krise angesehen wird. Ende der 1950er Jahre geriet das politische System Chiles in eine Krise, die sich in parteipolitischen Auseinandersetzungen geäußert hat.

Die feindlichen Einstellungen der Parteien untereinander wiesen auf die Schwere der Krise hin. Mitte der 1950er kam es zur ersten Formierung der politischen Lager d.h. zur ersten klaren Teilung in rechte und linke Parteien. Noch ein Ereignis hat den weiteren Verlauf der chilenische politischen Geschichte geprägt. 1955 ist ein Arbeitsabkommen zwischen der Universidad Católica de Chile und der University of Chicago auf wirtschaftswissenschaftlichen Gebiet unterzeichnet worden. Angeregt wurde diese erstmalige Auseinandersetzung mit der chilenischen Wirtschaftsstruktur von liberalem Standpunkt aus, der eine dauerhafte Beeinflussung ökonomischen Denkens in Chile folgte. Die Polarisierung der Gesellschaft kam es zum Vorschein, nachdem die im Regierungsprogramm angekündigten Reformen der Frei Regierung nicht realisierbar waren. Dies stärkte das linke Lager, das sich für eine tiefgreifende Veränderung des politischen Systems einsetzte. Auf der anderen Seite verzögerte das rechte Lager die Verabschiedung der Agrarreform, was zur Radikalisierung der Unterschichten beigetragen hat. Die Partei PDC vom ehemaligen Präsidenten Frei zielte darauf ab, die etablierten klientelistischen Strukturen des rechten Lagers zu zerstören. Andererseits war ihre Politik dem wachsenden Einfluss gegenüber innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gerichtet, womit ein Gleichgewicht zu der Linke erreichen würde. Die Ansprechbarkeit der Bevölkerung war auf einem niedrigen Niveau. Mit mehrheitlicher Unterstützung konnte keines der Lager bei den folgenden Wahlen 1970 rechnen. Die Wahlen waren zum ersten Mal in der Geschichte Chiles eine Auseinandersetzung von drei Lagern: Rechte, Mitte und Linke. Die Verunmöglichung zuvor üblicher Koalitionen um das Zentrum und eine Auseinandersetzung von drei Programmen war das Resultat eines fast fünfzehn Jahren andauernden politischen Streits. Chile stand vor einer schweren Entscheidung.

Das Nichtzustandekommen einer mehrheitssichernden Koalition um die politische Mitte resultierte in der Wahl von Salvador Allende. Obwohl die Regierung Allendes ihre Amtszeit auf der Basis einer Mehrheitsposition im Präsidentschaftsvotum und im Parlament begonnen hat, ist es ihr gelungen mit Hilfe von Zugeständnissen den anderen Linksparteien gegenüber eine Koalition zu bilden. Es ist wichtig hervorzuheben, dass die Minderheitsstellung der linken Parteien im Parlament den Weg zum Sozialismus nur verhinderte und die politische Krise noch zusätzlich verstärkte. Dazu Marcus Klein: *„Das Festhalten an außerparlamentarischen Strategien, vor allem in Form von Land- und Fabriksbesetzungen und den sich daran anschließenden verschiedenen Formen der Nationalisierung, verstärkte die*

Spannungen im politischen System und ermöglichte es der UP, den wirklichen Machtverhältnissen scheinbar wirksam aus dem Weg zu gehen. Die Umgehung der parlamentarischen Minderheitsposition musste aber zwangsläufig dazu führen, dass Teile der Gesellschaft die formale Legalität und die verwendeten Verfahren in Frage stellten.“ (Klein 1993, 46) Die damit einhergehende Wirtschaftspolitik der UP geriet auch in eine schwere Krise, die die Unkoordiniertheit der verfolgten Politik noch bemerkbarer machte. Unzufriedene soziale Gruppierungen hoben ihre Ansprüche hervor, die die bereits verschlechterte wirtschaftliche Lage durch die verhärteten Beziehungen der politischen Fronten zugespitzt hatte. Die UP-Regierung hat trotzdem Stur an ihrer Politik festgehalten, so dass es darüber hinaus die Gesellschaft entlang von Klassenlinien polarisierte, weil sich die Ober- und Mittelschichten bzw. das „Bürgertum“ durch die Folgen der Wirtschaftspolitik bedroht fühlte(n). (Vgl. Ercilla 13. – 19. September 1972, 10 - 11)

Die politische Krise wurde noch zusätzlich durch das Handeln der oppositionellen Kräfte vertieft. Die Verhinderung der Wahl Allendes galt als die wichtigste Zielsetzung der Opposition. Da es dazu nicht gekommen ist, musste jetzt alles daran gesetzt werden, die Veränderung der sozio – ökonomischen Grundstrukturen zu hemmen. Obstruktionspolitik war eines der Mittel der Durchsetzung dieser Politik, während sich die Opposition andererseits auch auf die Kooperation mit extremistischen Gruppierungen innerhalb der Unidad Popular konzentrierte. Die Zusammenarbeit war durch Sabotagen der Regierungspolitik gekennzeichnet. Trotz der Anwendung von verschiedenen Arten des politischen Kampfes gegen die UP-Politik, hat die Opposition versucht durch die Verhandlungen die Position der Unidad Popular bei den Fragen wie der Nationalisierungspolitik zumindest zu mildern. Nachdem die Verhandlungen gescheitert waren, wurde offensichtlich dass die Krise nicht mehr verfassungsmäßig gelöst werden kann, und dass die einzige Möglichkeit sie zu lösen, in den Kongresswahlen vom März 1973 lag. Die chilenische Opposition arbeitete eng mit internationalen Spielern am möglichen Sturz Allendes und der Machtübernahme. So wurden die PDC und die PN von 1971 an von der CIA finanziell unterstützt. Das Ziel war, die oppositionellen Parteien zu stärken, wodurch die Rahmenbedingungen für ihre Machtübernahme geschaffen werden sollten. Dies war aber nicht die einzige Aufgabe der amerikanischen Unterstützung. *„An effort was also made to induce a breakup of the UP coalition.“* (Church Report s. 23). Die UP-Koalition war schon teilweise gespalten, so dass dieser Teil der Aufgabe leichter zu

erfüllen war. Die USA hatten vor, sowohl politische Kräfte als auch den privaten Sektor zu stärken, um eine demokratische politische Elite herausbilden zu können. Laut Church Report wurden mehrere Millionen US\$ in Allende-Jahren in den privaten Sektor eingespritzt. Der Sektor war nur eine „umbrella organization“ der oppositionellen Gruppierungen. Nachdem sich die Opposition bei den Kongresswahlen nicht durchsetzen konnte bzw. keine Zweidrittelmehrheit gewonnen hat, die es ihnen ermöglicht hätte, Allende seines Amtes zu entheben (bzw. ein Impeachment-Verfahren einzuleiten), wurde erstmals die Möglichkeit eines militärischen Eingreifens angedacht. Die militärische Variante sollte, nach den Wünschen der Opposition, einen Aufstand gewährleisten. Der Ruf nach der Beseitigung der UP – Regierung und die Betonung der „Illegitimität“ der Präsidentschaft Allendes wurden immer stärker und häufiger. Die Forderung nach dem Eingreifen des Militärs und der Absetzung von Allende wurden alltäglich. Die durch die Amerikaner finanzierte Tageszeitungen wie *El Mercurio* übten Druck auf die Öffentlichkeit in der Frage der Notwendigkeit des Wandels aus. Die Absenz politischer Kompromisse begünstigte die Möglichkeit eines militärischen Eingreifens, wodurch sein Handel quasi legitimiert wird. Die Einmischung der Justiz als entscheidende Instanz in den Nationalisierungsprozessen stellte noch einen Versuch dar, das Handeln der Regierung als ungültig und illegitim zu bezeichnen. Die politisierte Justiz entpuppte sich als eine zusätzliche oppositionelle Strömung gegenüber der Politik Regierung. Erst nachdem die institutionellen Möglichkeiten nicht den gewünschten Erfolg zeugten, wurden sie durch die militärische Variante abgelöst.

3.1.2 Die Streitkräfte

Eine stark ausgebildete Tradition der Nichteinmischung und der Subordination unter zivile Autoritäten, sowie ein hoher Grad an professionellem Charakter sind die wesentlichsten Merkmale des chilenischen Militärs im Laufe des 20. Jahrhunderts. (Vgl. Remmer 1989, 121). Ein anderes vielleicht wichtigeres Merkmal des Militärs war die Tatsache, dass es keine interventionistische Strömungen innerhalb des

Militärs gegeben hat, was im Wesentlichen eine Besonderheit im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Armeen war. Nach dem Intermezzo der militärischen Herrschaft (1924–1932) etablierte sich innerhalb der chilenischen Gesellschaft eine klare Trennlinie zwischen dem Militärischen und dem Zivilen. Die Militärs beschränkten ihre Aktivitäten ab diesem Zeitpunkt rein auf den militärischen Bereich. Jedoch hatte diese Trennung auch einige negativen Folgen wie, dass das Militär in sich geschlossen war und im politischen Leben quasi ein unbedeutender Akteur war, hat sich aber sehr in Politik involviert, indem es sich durch die Doktrin der Nationalen Sicherheit eine Rolle im politischen System zugeschrieben hat, wodurch sein Vorgehen legitimiert und gerechtfertigt wurde. Die chilenische Armee sah sich als Wächter der Verfassung und diese Einstellung steuerte ihr Handeln: *„Nicht nur die Armee, sondern die gesamten Streitkräfte haben eine klare Doktrin: die militärische Macht ist bewusst der politischen Macht, der Verfassung und den Gesetzen untergeordnet... Wir könnten nie auf eigene Faust intervenieren, weil wir diszipliniert sind. Auf der anderen Seite zeigt uns die Geschichte, dass die Interventionen nie notwendig gewesen ist, weil innerhalb unserer Regierenden der gesunde Menschenverstand und das vernünftige Kriterium existieren, die die Gewaltanwendung garantieren.“* (Übersetzung M. B.) So äußerte sich der Oberkommandierende der Armee General Parada 1965. (in: Ercilla 15. September 1965).

Marcus Klein erklärt explizit die Lage des Militärs in Chile vor dem Putsch: *„Das Fehlen jeglicher Kommunikationskanäle, einer wahrhaftigen Militärpolitik der Regierungen, verhinderte die Möglichkeit der Zivilisten den wachsenden Unmut unter den Militärs, der entscheidend unter Alessandri und Frei wegen der abnehmenden Militärausgaben und den unsicheren Karriereverläufen zunahm, zu erkennen und dementprechende Aktivitäten zu setzen.“* (Klein 1993, 34) Das Erbe der Nicht-Einmischung und der Unterordnung unter die zivile Herrschaft zeigten sich in den Jahren vor dem Putsch als vergessene Errungenschaft der Vergangenheit. Das Militär hat an diese Grundsätze nicht festgehalten, womit das gesamte politische System der Gefahr einer Militärintervention ausgesetzt war. Es sind wesentliche Zwischenfälle hervorzuheben, die die Situation innerhalb des Militärs besser klären können. Das Beispiel des mißglückten Putschversuches, des sog. „Tacnazo“ von 1969 unter General Viaux oder die Ermordung des Oberkommandierenden des Heeres René Schneider deuten die klare Bereitschaft der Streitkräfte an, mit der Doktrin der Nicht –

Einmischung in die politischen Angelegenheiten zu brechen. Der „Tacnazo“ ereignete sich als Folge der *allgemeinen sozialen Krise und der Lähmung der Regierung* war darin zu sehen, dass sich die alltägliche Situation danach normalisierte, als ob sich kein Versuch des Staatsstreiches geschehen wäre. (Mires 1975, 15). Mires sieht die Zielsetzungen von Viaux als einen Streik und nicht als den Versuch eines Putsches und führt weiters an, dass der „Tacnazo“ eine Art der Warnung gewesen sei, die auf die Anwesenheit des Militärs in der Öffentlichkeit hinweisen sollte. (Vgl. Mires 15 – 16). Der zweite Zwischenfall, die Ermordung von General Schneider durch eine Gruppe der von der CIA finanzierten Militärs ist als Provokation der Armee zu sehen, die darauf hätte reagieren und den Amtsantritt von Allende verhindern sollen.

Um die unsichtbare Rolle des Militär in der Gesellschaft und dem politischen System zu erweitern, sollte die Trennung zwischen ziviler und militärischer Strukturen aufgehoben werden. Somit würden die Streitkräfte eine aktivere Rolle in der alltäglichen Politik bekommen. Der staatliche Apparat würde daher durch das Militär wesentlich verstärkt werden. Die oppositionellen Versuchungen blieben ohne die Antwort des Militärs, höchst wahrscheinlich deswegen, weil nicht nur die Opposition Druck aufs Militär ausüben wollte, sondern auch versuchte das Regime selbst die Streitkräfte auf seine Seite zu ziehen. Darin kann die Wichtigkeit des Militärs unmittelbar vor dem Putsch gesehen werden. Durch die Einbeziehung der Militärs in die Politik kam es zu einer verstärkten Politisierung des Offizierkaders. Linz weist in seinem Werk „Breakdown of Democratic Regimes“ darauf hin, dass die Politisierung von Offizieren, die Verteilung von Ministerstellen an sie und die erzwungene militärische Unterstützung der Regierung direkte Folgen in der weiteren politischen Spaltung und ideologischen Verschärfung gehabt haben, womit die Legitimität des System in Frage gestellt wird. Am Beispiel der Allende-Regierung sieht man, wie das Militär das politische System quasi erpressen kann und welche Folgen sich für das System daraus ergeben. (Vgl. Linz 1978, 41 – 46). Klein untersuchte die Putschvorbedingungen und kommt zu folgender Bilanz: *„In dieser Phase dürfte der seit der Prussianisierung der Streitkräfte vorhandene Antimarxismus, verstärkt durch die Eingliederung in das US – amerikanische Sicherheitssystem im Zuge des Kalten Krieges, voll zum Tragen gekommen sein. Was sich ebenso auf lange Sicht bezüglich der Unterstützung der Armee als verhängnisvoll erwies, war das Unvermögen des Präsidenten, die MIR selbst bzw. jene Teile der Regierung, die diese offen unterstützten, zu unterdrücken. (...) Der Putschversuch zeigte, dass die*

„interventionsbereiten“ Offiziere die Oberhand innerhalb des Militärs gewinnen zu schienen und mit dem Rücktritt Prats (der Militär, der das Amt des Verteidigungsministers in der UP-Regierung innehatte Anm. M. B.) definitiv gewannen. Das Militär entzog sich immer mehr der Kontrolle Allendes und führe Hausdurchsuchungen bei UP-Parteien und in Regierungsstellen auch Waffen durch.“ (Klein 1993, 53) In der Situation der allgemeinen gesellschaftlichen Agonie kontrollierte das Militär die innere Ordnung. Nachdem die Regierung unter Druck der Opposition den Eintritt der Streitkräfte in die Regierung zugelassen hatte, wurde klar, dass sich die Herrschaft der Unidad Popular ihrem Ende nähert. Die Verabschiedung des Abkommens vom 23. August 1973, das das militärische Eingreifen der chilenischen Stabilität, Entwicklung und Sicherheit sowie des sozialen Friedens legitimierte, hat den Tag der Putschdurchführung noch näher gebracht. Die Streitkräfte waren an einer politischen Lösungen nicht mehr interessiert, so dass der Putsch für das Militär der letztmögliche Ausweg war.

3.2 „Demokratisierung“ durch die Junta

Während der UP – Periode geriet die Demokratie in Chile in eine fundamentale gesellschaftliche Krise. Die danach folgende kapitalistische Revolution war durch die Umorientierung der Entwicklung, die Depolitisierung der Gesellschaft und vor allem durch die Diskreditierung der regulativen Rolle des Staates gekennzeichnet. Zum vollen Verständnis der Ereignisse vom 11. September 1973 ist es notwendig, eine mehrdimensionale Untersuchung durchzuführen. Man muss den dualen Charakter der Militärintervention untersuchen, die sich aus der bereits entstandenen sozialen Krise und dem Streben nach Dominanz durch die militärischen Strukturen bestand. (Vgl. Garretón in: O'Donnell 1986, 98). Auf der organisatorischen Ebene der Militärherrschaft muss die Anlehnung der Junta an die Doktrin der Nationalen Sicherheit im politischen Sinne und an das neoliberalistische Konzept in wirtschaftlicher Hinsicht betrachtet werden. Bevor ich mich mit dem Funktionieren der Militärdiktatur beschäftige, möchte ich den Verlauf des Putsches kurz darstellen.

„Erstens der schwersten sozialen, wirtschaftlichen, und politischen Krise des Landes und zweitens der Unfähigkeit der Regierung, Maßnahmen zu ergreifen, um das bestehende Chaos zu beenden, fordern die Streitkräfte und die Polizei, dass der Präsident der Republik unmittelbar sein Amt zur Verfügung stellt, um die institutionelle Ordnung des Landes wiederherzustellen. Die Streitkräfte und die Polizei sind entschlossen, das Vaterland vom Marxismus zu befreien. (...) Es unterzeichnen: General Augusto Pinochet Ugarte, Kommandeur des Heeres, Admiral José Toribio Merino, Kommandeur der Marine, General Gustavo Leigh Guzman, Kommandeur der Luftwaffe, General César Mendoza, Generaldirektor der Polizei.“ (Nohlen 1974, 142) Mit dieser Stellungnahme begann der Putsch am 11. September 1973. Augusto Pinochet Ugarte fungierte bei diesem Putsch als Zentralfigur. Er hatte als Ideenträger die Vorbedingungen des Putsches geschaffen, indem ein innermilitärischer Putsch durchgeführt worden war, der die untreuen Militärs entfernt hatte, womit die wichtigste Putschvoraussetzung, die Loyalität, erfüllt werden konnte. Der Oberbefehlshaber der chilenischen Armee hatte eine glänzende Militärkarriere gehabt, bevor er am Putsch teilgenommen hat. Es stellt sich also die Frage, worin den Anreiz des Putsches zu sehen ist. Die Vereinigten Staaten, der größte Außengegner der Politik Allendes haben ihre direkte Beteiligung am Putsch negiert. Trotzdem wurde spekuliert, dass die USA die Vorbedingungen für den Putsch geschaffen haben, was auch Henry Kissinger angedeutet hat: *„Die USA haben es nicht getan, aber sie haben die größtmöglichen Voraussetzungen geschaffen.“* (<http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB123/chile.htm>), entnommen am 13. Februar 2008.

Die offizielle Begründung der Junta war, dass die Regierung Allende eine Diktatur errichten wolle und angeblich die Ermordung von rechtsorientierten Politikern geplant habe. Direkte Folge dessen ist die Berufung auf die militärische Doktrin der Nationalen Sicherheit als ideologischer Bezugspunkt und Legitimationsmittel. Die Vorwürfe wurden nie bewiesen, obwohl die Junta unmittelbar nach dem Putsch „Dokumente“ über die Pläne der Regierung gehabt haben soll. Der Putsch ist mit dem Selbstmord Allendes und der Einleitung der Militärdiktatur beendet worden.

Die Machtübernahme durch die Junta hat mit sich eine Restrukturierung des politischen Systems mit sich gebracht. Oberste Zielsetzung der neuen Herrschaft sah sich in der Verunmöglichung der Erreichung eines ähnlichen Systems, das unter

Allende geltend war. Die grundsätzliche Veränderung soll die Unterdrückung des linken Gedankens bis zum Ende bringen, wodurch diese Herangehensweise des Denkens in Vergessenheit gestoben werden soll. Der Putsch kann zwar nicht als eine tiefgreifende Veränderung der Machtstrukturen betrachtet werden. Er ist eher als eine kontinuierliche Entwicklung der Militärs zu sehen, in Folge dessen das politische System gestürzt wurde und so die Rahmenbedingungen für einen systematischen sozio-strukturellen Wandel schaffte. Das Herrschaftsmodell der Junta beruhte auf dem bürokratischen Autoritarismus, der im Zentrum des wissenschaftlichen Diskurses in den 1970er und zu Beginn der 1980er Jahren stand. Der bürokratische Autoritarismus war ein wesentliches Merkmal der Entwicklung der lateinamerikanischen politischen Systeme in dieser Zeitperiode, charakterisiert durch die führende Rolle der Militärs im politischen und gesellschaftlichen Leben. Nach Linz wird dieses Phänomen als Regime verstanden. Eine durch das Militär kontrollierte Gruppe von Offizieren und Bürokraten übt die Kontrolle über die Regierung aus. Linz beschreibt ein Regime weiters folgendermaßen: „...and excludes or includes other groups without commitment to specific ideology, acts pragmatically within the limits of their bureaucratic mentality, and neither creates nor allows a mass single party to play a dominant role.“ (Linz in: Greenstein 1975, 285) Ein solches System lässt sich durch folgende Merkmale kennzeichnen: Die repressiven Institutionen, die Bestimmung des politischen Lebens durch den Staatsapparat und der ausschließende Charakter. Das dritte Merkmal ist vielleicht das wesentlichste, weil es auf die Glaubwürdigkeit des bürokratischen Autoritarismus hinweist, indem die politische Partizipation und Inklusion in das politische Leben keinen Platz finden. Eine allgemeine Depolitisierung der Gesellschaft findet statt, so dass soziale und politische Angelegenheiten auf rein technische Probleme reduziert und bürokratischen Instanzen zur Regulierung überlassen werden. (Klein 1993, 22) Die Merkmale des bürokratischen Autoritarismus sollen noch näher erklärt werden. Innerhalb des herrschenden Systems des bürokratischen Autoritarismus besteht eine akute revolutionäre Gefahr, die das Funktionieren des Systems stören könnte und dass es nicht dazu kommt, müssen die Maßnahmen wie Unterdrückung oder politische und ökonomische Exklusion erfolgen. Folglich gibt es keine starke Persönlichkeit, die sich als Führer aufdrängt, stattdessen übernehmen die Streitkräfte als Institution die führende Rolle. Die Apersonalisierung des Führers soll die Stärke des militärischen Kollektivs betonen. Weiters fungieren Verrechtlichung und Institutionalisierung noch

als wichtige Instanzen, nach denen die Junta funktioniert. Die Rechtfertigung eigener Taten sowie die Institutionalisierung der Herrschaft durch die legalen Errungenschaften wie z.B. Regierungsbildung ist ein integraler Bestandteil dieser Art der Herrschaft. Neben dem Konzept des bürokratischen Autoritarismus, stellt die Ideologie der „Doktrin der Nationalen Sicherheit“ den Grundstein des Handelns einer Junta dar. Nachdem die Länder Lateinamerikas in den Hegemoniebereich der USA einbezogen sind, gewann die Doktrin der Nationalen Sicherheit an Bedeutung. Durch die Doktrin wird versucht, das illegale Vorgehen der Junta zu rechtfertigen und sich als Wächter des Vaterlandes zu legitimieren. Sie ist im Wesentlichen das Produkt des Kalten Krieges und mit ihrer Hilfe wird gegen Systemfeinde gekämpft. Das chilenische Beispiel zeigt, dass die Doktrin der Nationalen Sicherheit jahrelang angewendet wurde, was zu schrecklichen Menschenrechtsverletzungen geführt hat. Das folgende Kapitel wird sich näher mit der Herrschaft der Junta beschäftigen.

4. Chile unter der Junta

Von 1932 stand Chile zum ersten Mal unter einer Herrschaft, die nicht in freien und demokratischen Wahlen bestätigt wurde. Die Beendigung der langen Tradition der politischen Partizipation, freier Wahlen und der Politik der Kompromisse schien ein neues Kapitel in der politischen Geschichte des Landes zu sein. In der Periode ab 1970 war Chile von einem sozialistischen Projekt geprägt, das das Land zur Gruppe der kommunistischen Staaten führen sollte und das durch seine Linksorientierung einen strukturellen Wandel der sozio – ökonomischen Strukturen durchzuführen plante. Die ideologische Ausrichtung der Regierung Allendes schaffte mehr Schwierigkeiten als Vorteile in den allgemeinen Bedingungen des Kalten Krieges. Meiner Meinung nach, hat die Regierung Allendes zwei kruziale Hauptfehler in der Außenpolitik begangen. Erstens hat sie die diplomatischen Beziehungen mit dem, von den USA isoliertem Kuba wieder aufgenommen. Dieses Vorgehen irritierte die USA, die den Machtantritt von Salvador Allende Gossens als neue rote Bedrohung im eigenen Hinterhof gesehen hat. Der zweite große Fehler der linksorientierten chilenischen Regierung lag darin, dass Chile ein gutes Verhältnis zu den Mitgliedern

beider ideologischer Blöcke aufbauen wollte, was im Kalten Krieg einfach unmöglich war. Innenpolitisch geriet das politische System in eine tiefe Krise, die eine ausschlaggebende Auswirkung auf die Machtübernahme gehabt hat. Die Unfähigkeit der Regierung, den Staat wie gewünscht umzuwandeln, verursachte einerseits die Krise und die Weiterverfolgung bzw. kein Verzicht auf das politische Programm verstärkte sie noch zusätzlich. Auf der anderen Seite führte die Opposition die ganze Zeit eine Obstruktionspolitik, mit der die Erfüllung der Regierungsaufgaben verunmöglicht wurde. All dies resultierte in der Stärkung der militärischen Machtstrukturen, die sich im Moment des Putsches überlegen und bereit fühlten, ihre Pflicht als „Wächter der Verfassungsordnung“ zu erfüllen. Die Militärdiktatur ist nur die unerwartete Folge der schlechten innenpolitischen Positionen. Ihre Einleitung stellte die Maßnahme dar, die das politische System umstrukturieren sollte und den Staat auf den „richtigen“ nichtkommunistischen Weg bringen sollte. Jedoch war es den Wenigsten bewusst, dass sich der Staat in umgekehrte Richtung bewegte – in eine autoritäre Diktatur.

4.1 Charakter der Junta

Basierend auf der Bedrohung der nationalen Traditionen war die blutige Machtübernahme erfolgt. Versuchen die Militärs ihre Taten am 11. September 1973 zu rechtfertigen. Eine der ältesten und stabilsten Demokratien Lateinamerikas wurde damit beendet. Die Herrschaftsperiode von Salvador Allende Gossens bleibt im Gedächtnis, dass dieser mutige Mann die Etablierung eines spezifischen Sozialismus chilenischer Prägung erzeugen wollte. Die angekündigte Rückkehr zur Demokratie war nur ein bloßes Versprechen der Militärs. Nach dem sozialistischen Experiment, wurde in Chile unter ein neues Experiment autoritärer Demokratie und neoliberaler Wirtschaft gestartet.

Im Vergleich zur zeitgenössischen Variante des Autoritarismus weist die chilenische Militärdiktatur einige Unterschiede auf. Die Junta ist ein hoch personalisiertes System, in dem die Macht in den Händen einer Gruppe von Offizieren konzentriert ist. Obwohl der hohe Grad an Personalisierung charakteristisch ist, kristallisiert sich im

Laufe der Zeit ein führender Militär heraus. Generalissimo Augusto Pinochet war die Persönlichkeit, die eine Synthese vieler ziviler und militärischer Funktionen darstellte. Mit der Verabschiedung des *Estatuto de la Junta de Gobierno* wurde Pinochet zum *Jefe Supremo de la Nación*, zum allerhöchsten Anführer der Nation. Der Titel wurde 1973 zum ersten Mal nach 1818 in Chile verwendet, was noch ein Präzedenz war, das die Vollmachtstellung der Junta hervorheben soll. Damit ist die Ausübung der exekutiven Gewalt in seine Hände gefallen. Nach der Rangordnung galt General Pinochet als Offizier höchsten Ranges, so dass der Titel nur im Falle von Tod, Rücktritt oder völliger Dienstunfähigkeit von einem anderen übernommen worden wäre. Die Gestaltung der führenden Juntakonturen wurde damit vollzogen, wobei Macht und Einfluss von Pinochet im Rahmen des Überirdischen verschoben wurden. Er konnte nicht abgesetzt werden und verfügte nun über eine unbegrenzte Amtsdauer.

Noch ein wesentliches Charakteristikum des Regimes ist die außerordentliche Dauer, die sie sich durch eine Politik der Brutalität und Repression an der Macht hielt. Interessanterweise berief sich die Junta bezüglich der Dauer auf die äußeren Umstände, obwohl durch die Verabschiedung des *Estatuto de la Junta de Gobierno* die unbegrenzte Dauer der Junta explizit festgelegt wurde. Zu Beginn der 1980er Jahre, in der Zeit der Welle der allgemeinen Demokratisierung der anderen lateinamerikanischen Ländern ist der Junta gelungen, sich durchzusetzen und die Macht noch stärker in den Griff zu bekommen. Die Fähigkeit des Regimes, die Machtübernahme zu legitimieren, lag darin, dass der Prozess als notwendig beschrieben werden sollte. Im Rahmen der Verfassungsordnung sollte gehandelt werden. Insofern das Militär als Träger der sozialen Entwicklung einige Verstöße spüren sollte, hatte sie den legitimen Anspruch, die historische Tradition demokratischer Grundideen, Institutionen und Mechanismen zu verteidigen. Dazu trugen die militärischen Machtstrukturen zur systematischen Modernisierung der Gesellschaft bei. (Vgl Klein 1993, 90 – 91). In weiterer Folge suchte die Junta sich zu institutionalisieren. Die ersten Schritte in diese Richtung äußerten sich in der Verabschiedung des *Decreto Ley*, mit deren Hilfe die Zuschreibung der exekutiven und legislativen Gewalt erfolgt ist. Die Justiz blieb quasi autonom, sind aber ihre Entscheidungen den Entscheidungen und dem Handeln der Militärs unterstellt. Neben der transzendent im Namen der Nation gerechtfertigten Souveränitätsverlagerung vollzog sich die Übernahme der Kontrolle der als im nationalen Sinne strategisch bezeichneten Interessen durch das Militär. (Klein 1993, 93). Nachdem sich die Junta

an die Legitimität angeknüpft hat, indem Pinochet zum Präsidenten der Republik ernannt wurde, war es klar, dass nun die Militärdiktatur institutionell etabliert ist. Die Ernennung führte auch zu einer Distanzierung Pinochets von den anderen Juntamitgliedern und zur Personalisierung der Junta.

4.2 Politik der Junta

Von Beginn an führte die Junta eine repressive Gewaltpolitik, allen Gegner des Systems gegenüber durch. In der Gesamtheit ließ sich die Rolle der Repression durch folgenden Satz besser verstehen. *„Der massiven Vorangehenweise mangelte es im Großen und Ganzen an übereinstimmender Kohärenz und technischer Koordinierung, so dass sie eher Eindruck von Revanche, denn ein Bild aufeinander abgestimmter, systematischer Maßnahmen vermittelte.“* (s. dazu Klein 1993, 94) Das neuentstandene Regime versuchte durch die Zerstörung und Auflösung aller politischen Institutionen, die ihm fernstanden, sich den Weg ohne politische und soziale Gegner zu etablieren. Nichtsdestotrotz ist im Inneren des Regimes bzw. in der Doktrin der Nationalen Sicherheit oppositionell gerichtete Politik verankert, so dass die Repression als ihr Durchsetzungsmittel verwendet werden muss. Innenpolitisch lehnte die Militärdiktatur ihre Politik an alle möglichen Repression- und Gewaltmittel an, mit deren Hilfe die Aufrechterhaltung der konstitutionellen Ordnung leichter durchführbar geworden ist. In den ersten Monaten nach der Machtübernahme waren durch die starke Verfolgung und sogar physische Vernichtung von Systemgegnern charakterisiert. Dies betraf vor allem von Sozialisten, Kommunisten und marxistischorientierten Personen. Eines der wichtigsten Beispiele von repressiven Maßnahmen dieser Militärdiktatur waren die Verhaftungen der Systemgegner und Folter derselben im Estadio Nacional in Santiago. Den prägenden Beitrag zur Repression als zentrales Merkmal der ersten Jahre der Militärdiktatur stellte die Polarisierung der politischen Kräfte entlang der Klassenlinien dar. Eine mangelnde Zusammenarbeit der politischen Strukturen sowie der Strukturen der Zivilgesellschaft begünstigte die Etablierung eines repressiven und stark verankerten Militärregimes. (Vgl. Klein 1993, 94 – 95). Nun kommt die umgekehrte Ausübung der Vorherrschaft

zum Ausdruck, indem die von der UP – Regierung betroffenen Gruppierungen nicht mehr verfolgt werden, während alle dem alten System zu gehörenden Akteure die verfolgte Gruppe der Militärdiktatur waren. Dies empfanden die Militärs als erforderlich, um die innere Struktur zu festigen. Die Wiederherstellung der Stabilität innerhalb des Militärs war eine der ersten Zielsetzungen der Militärdiktatur. Es bestand immer die Gefahr, dass die Junta durch andere Offizierengruppe weggeputscht werden könnte, so dass die Schaffung der Kohäsion im Militär als Schutzmaßnahme gesehen werden kann. Andererseits sollte die Entfernung des Nichtinterventionismus und der Politisierung des Militärs vollzogen werden, insofern sich die Junta eine stabile Herrschaft bilden will. Wie bereits erwähnt, die Verfolgung aller linksorientierten Persönlichkeiten war nur ein Schritt in die Richtung der kompletten Militarisierung der Gesellschaft. Daneben wurden politische und soziale Strukturen linker Ausrichtung durch Verbot und Auflösung systematisch zerstört. Als wichtigste Maßnahmen sind Einschränkung der Arbeit von anderen Parteien oder die Auflösung der Gewerkschaft hervorzuheben. Auf jeden Fall zielte die Junta darauf ab, klar zu machen, wer die führende Rolle in der Gesellschaft innehat und dass es keine oppositionellen Strömungen geben darf. Grundsätzlich bildete die Junta ein Fundament der Herrschaft, das sich in der Machtkonzentration der Figur von Augusto Pinochet Ugarte äußerte. Das Wichtige dabei war, dass sich die Junta bzw. Pinochet als ihr Anführer aufgrund des historischen Vorranges des Heeres in der chilenischen Tradition erfolgreich durchsetzen konnte. Das Militär fungierte als der einzige Faktor der Stabilität, der über die anderen Teile der Streitkräfte und der Polizei stand und als Wahrer der nationalen Sicherheit galt. (Vgl. Varas 1987, 29).

Vom politischen System her hat sich die Junta als autoritäre Demokratie verstanden. Diese Neuordnung kann als Signal der Bereitschaft seitens der Junta betrachtet werden, in die Normalität zurückzukehren. In Wirklichkeit ist das Projekt der autoritären Demokratie nur ein Konzept, bei dem die Herrschaft einer autoritären Gruppe angeblich auf demokratischen Prinzipien beruht wird. Insbesondere Ereignisse auf der internationalen Bühne haben dazu beigetragen, dass sich das chilenische Regime Ende der 1970er Jahre quasi liberalisieren musste. Vor allem hat sich mit dem Amtsantritt des Pazifisten Jimmy Carter die Beziehung zur ehemaligen chilenischen Schutzmacht der Vereinigten Staaten, wesentlich geändert. Außenpolitisch hatte das System keine Rechtfertigung für begangene vielfache Menschenrechtsverletzungen. In den inneren Angelegenheiten vergrößerte sich der Einfluss der katholischen Kirche

als einzige funktionierende gesellschaftliche Struktur. Die Kirche bemühte sich stark um die Verteidigung der Menschenrechte. Um sich in der Situation legitimieren und an der Macht rechtlich aufrechterhalten zu können, etabliert die Junta das Projekt der autoritären Demokratie, die mit ihren Eigenschaften als autoritär, beschützt, integrierend, technifiziert und mit authentischer sozialer Partizipation zu sehen ist. Die autoritäre Komponente der Demokratie wird damit erklärt, dass eine Demokratie kräftige und starke Führung haben soll. Beschützt ist sie, wenn sie als grundsätzliche Doktrin des Staates fungiert und zur menschlichen Freiheit und Würde sowie den nationalen Werten beiträgt. Die integrierende Seite der Demokratie liegt darin, dass die Demokratie eigentlich nationale Ziele stärken soll, um die Kontinuität von guten Regierungen gewährleisten zu können. Technifiziert ist sie, indem wissenschaftlicher und technischer Fortschritt der zeitgenössischen Welt nicht ignoriert werden darf. Nur der Respekt davor kann die ideologische Spaltung reduzieren und dem System notwendige Stabilität gewährleisten. Über die authentische soziale Partizipation wird das Folgende angeführt, nämlich dass eine Gesellschaft nur dann wirklich frei ist, wenn sie auf dem Prinzip der Subsidiarität basiert ist und eine Autonomie zwischen Individuen und dem Staat respektiert. Dazu muss auch eine durch die staatlichen Behörden garantierte ökonomische Freiheit bestehen, um das Allgemeinwohl wachen zu können. (Vgl. http://es.wikisource.org/wiki/Discurso_de_Chacarillas, Übersetzung d. Aut.), entnommen am 18. Februar 2008

Durch die Rede von Chacarillas wurde die Institutionalisierungsdiskussion wieder belebt. Die Vorstellung der neuen Demokratie ist zweifach verwendbar. Erstens weist die Rede von Chacarillas auf das Muss der Restrukturierung der durch die Zerstörung der Demokratie betroffenen Gesellschaft hin. Um die Gesellschaft erfolgreich umstrukturieren zu können, braucht man ein effizientes institutionalisiertes System. Der Institutionalisierung findet das Regime auf legitimatorische Art Unterstützung d.h. nun muss es sich nicht nur auf das Militär verlassen, sondern auch werden die zivilen Autoritäten bestehen, mit denen das Regime rechnen kann.

4.3. Das chilenische Wunder

Der 1955 unterzeichnete Vertrag zwischen der Universidad Católica de Chile und der University of Chicago auf wirtschaftswissenschaftlichen Gebiet ermöglichte Chile in turbulenten Zeiten ökonomischen Schwung aufzunehmen. Die Wissenschaftler der University of Chicago waren durch ihre neoliberale Wirtschaftslehre bekannt. Die erstmalige Gelegenheit, Neoliberalismus als wirtschaftliches Konzept in Chile einzuführen, ergab sich durch das von den Konservativen, unter Jorge Alessandri bei den Präsidentschaftswahlen 1970 angedachte Wirtschaftsprogramm. Allerdings unterlag Alessandri knapp, so dass das neoliberale Projekt nicht verwirklicht werden konnte. Erst nach der Machtübernahme durch die Junta wurde begonnen, über eine neoliberale Konzeption der Wirtschaft zu diskutieren. Es ist wichtig zu betonen, dass Neoliberalismus auch eine umfassende Propagandarolle während der Herrschaft der Junta innehatte bzw. diente als Legitimierungsmittel der propagierten Umstrukturierung der chilenischen Gesellschaft. (Vgl. Klein 1993, 77). Mit dem neoliberalen Ansatz sollte eine Optimierung der Produktion und Beschäftigung geschaffen, sowie die staatliche Willkür beseitigt werden. Jedoch gilt es als umstritten ob das wirtschaftliche Potential Chiles mit der Einleitung des Neoliberalismus ganz erreicht wurde.

Nachdem die unter Allende gestolperte chilenische Wirtschaft kaum Fortschritte gezeigt hat, entschied sich das militärische Regime einen „Schock-Plan“ durchzuführen. Die grundsätzliche Idee war, durch die Übernahme des neoliberalen Wirtschaftskonzeptes, ein kontinuierliches Wachstum zu erreichen. Zwecks schneller Belebung der Wirtschaft wurden die sog. „Chicago Boys“ engagiert. Der Gruppe gehörten chilenische Wissenschaftler an, die an der University of Chicago in der Periode von 1957–1970 unter Betreuung von Milton Friedman und Arnold Harberger promoviert hatten. (Vgl. Vergara 2003, 43 in: http://www2.tu-berlin.de/foreign-relations/archiv/tui_54/vergara.PDF), entnommen am 18. Februar 2008

Warum hat sich Chile für dieses Konzept entschieden? Die Frage lässt sich in zweifacher Weise beantworten. Erstens kann die Beziehung der Chicago Boys auf der ersten Stelle als Beziehung zu Chile betrachtet werden. Die Wissenschaftler fühlten

sich verpflichtet ihrem Land in der schwierigen Situation zu helfen. Sie verfügten über notwendige Finanzkontakte, ein ausgearbeitetes wirtschaftliches Programm, sowie über den Willen den ökonomischen Alltag in Chile zu ändern. Auf der anderen Seite haben die Chicago Boys prägenden Einfluss auf die Legitimierung der Junta gehabt. Sie dienten als nichtmilitärische Experten, die das internationale Ansehen Chiles erhöhen konnten. Ihr Handeln wurde als zivil und vom Militär unabhängig gesehen, was auch im Interesse der Junta lag. Das von den Chicago Boys vorangetriebene Wirtschaftsprogramm basierte vor allem auf Privatisierung von während der UP-Regierungszeit verstaatlichten Unternehmen und auf der Aufhebung der Handelsbarrieren. Fast alle nationalisierten Unternehmen wurden bis 1980 reprivatisiert. Allerdings blieb das größte Bergbauunternehmen CODELCO staatlich. In den ersten zwei Jahren konnte das geplante Programm die gewünschten Resultate nicht erzielen. Die Periode war durch die Eliminierung des staatlichen Einflusses und Forderungen nach Auslandsinvestitionen charakterisiert. Obwohl die Außenbedingungen (Rezession und hohe Zinsen) für Investitionen nicht günstig waren, begünstigte die Öffnung des chilenischen Finanzmarktes die politische Lage der Junta, was nun die Investitionen anziehen konnte. Das allmähliche Überlassen der chilenischen Volkswirtschaft dem freien Markt erfolgte mit dem Rückzug des Staates aus der wesentlichen Zahl von Wirtschaftsfeldern gleichzeitig. Die protektionistische Überlegenheit einiger rechtsorientierter Gruppierungen wurde dadurch abgeschafft. Die neoliberalen Reformen hatten den Akzent auf die Zufriedenstellung der Großgrundbesitzer und der gleichzeitigen Schaffung einer neuen Schicht von kapitalistischen mittleren und größeren Landunternehmer, um die Infrastruktur wirksamer zu nutzen und die Exportinitiativen aktiv zu unterstützen. (Vgl. Silva 1991, 19) Dies war deswegen wesentlich, weil der Agrarsektor durch den Wirtschaftsaufschwung nicht betroffen war und damit hat das Regime vorgehabt hatte, ihn zu bewegen. Der andere Grund dafür liegt im Versuch, die Infiltrierung der kommunistischen Elemente durch die Schaffung privater Kleinunternehmer auszuschließen. (Vgl. Klein 1993, 128) Seit 1977 war ein andauerndes Wirtschaftswachstum festzustellen, das sich vor allem in der Steigerung des BNP und des ausländischen Kapitalzuflusses geäußert hat. Das Budgetdefizit wurde erfolgreich eliminiert, was die chilenische Ökonomie gewissermaßen stabilisiert hat. Der einzige Fehler der Chicago Boys lag darin, der Wechselkurs nicht reguliert zu haben, was in der Krise von 1981 resultiert hat. Die entstandene Krise hatte eine Rezession und eine

drastische Arbeitslosigkeit verursacht. Milton Friedman beschuldigte aber den ehemaligen Finanzminister Sergio de Castro und seine Politik des fixen Wechselkurses für die Krise. Friedman betont, dass solche Maßnahmen mit dem Modell des freien Marktes unvereinbar sind. (Friedman 1998, 418 und 592). Mit dem Ende der ersten Phase des wirtschaftlichen Booms hat sich ein Kreis der Fragen eröffnet. Milton Friedman, der Ideologe des freien Marktes in Chile, hat festgestellt, dass die chilenische Wirtschaft nur durch ein freies politisches System richtig blühen kann. Fraglich war, ob sich die Junta bereit fühlte, ein solches Projekt anzufangen. Bislang waren ein autoritäres System mit einem neoliberalen, auf dem freien Markt basiertes ökonomisches Programm nicht vereinbar. Friedman argumentierte: *„The really extraordinary thing about the Chilean case was that a military government followed the opposite of military policies. (...) The essence was that freedom was a very fragile thing and that what destroyed it more than anything else was central control; that in order to maintain freedom, you had to have free markets, and that free markets would work best if you had political freedom. (...) The Chilean economy did very well, but more important, in the end the central government, the military junta, was replaced by a democratic society. So the really important thing about the Chilean business is that free markets did work their way in bringing about a free society.“* (http://www.pbs.org/wgbh/commandingheights/shared/mini_textlo/ufd_reformliberty_full.html), entnommen am 20. Februar 2008

Abschließend kann festgestellt werden, dass Chile unter der Militärjunta im wirtschaftlichen Feld ein Polygon für das ökonomische neoliberale Experiment war. Nichtsdestotrotz ergaben sich daraus vielseitige Resultate, die Auswirkungen auf den heutigen Zustand der chilenischen Wirtschaft haben. In politischer Hinsicht haben die ökonomischen Reformen gewissermaßen Liberalisierung und schlußendliche Demokratisierung beeinflusst. Im vierten und letzten Teil der Arbeit möchte ich diesen Fragen nachgehen.

IV Rückkehr zur Demokratie

1. Sozio – ökonomische Umstände

Unter den Umständen der Rechtfertigung von begangenen Taten sowie der Legitimierung durch die Institutionalisierung versuchte das politische Regime der Militärdiktatur sich durhzusetzen. Nachdem die eingeleiteten Wirtschaftsreformen der Chicago Boys nicht das gewünschte Ziel erreicht hatten und das Land trotz des ökonomischen Schwungs und der marktwirtschaftlichen Stabilisierung in eine Krise geriet, schienen die Träger der militärischen Ordnung langsam in Apathie zu fallen. Mit der wirtschaftlichen Liberalisierung kam es gleichzeitig zu einer Art der politischen Liberalisierung, die Zulassung der vollen Tätigkeit einiger politischer Parteien beinhaltete. Es handelte sich selbstverständlich nun um Parteien der Rechten, die dem System näher als linke Parteien gestanden sind. Im Versuch des Regimes, sich institutionell zu etablieren, ist der Grund für eine langfristige Herrschaft bzw. die Verlängerung der bereits bestehenden zu suchen. Darauf wies die Abhaltung des Plebiszits 1978 hin, in dem sämtliche Mitglieder der Junta, die Kirche und die chilenische Öffentlichkeit das Regime, das durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilt wurde, mit einer Dreiviertelmehrheit unterstützt haben. Das Plebiszit hatte eine tiefere Bedeutung, da es als Legitimitätsbasis für die Aufrechterhaltung der Führerposition seitens Pinochets diente. Es erlaubte Pinochet, seine persönliche Führerschaft im Willen der Bevölkerung zu begründen und die Macht über das Militär zu erhöhen. (Vgl. Borzutzky 1987, 70) Im selben Jahr 1978 ereignete sich der erzwungene Rücktritt bzw. die Absetzung des Oberkommandierenden der Luftwaffe Gustavo Leigh Guzman, weil sich Leigh für die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse und die Rückkehr zur Demokratie ausgesprochen hatte. Durch dieses Ereignis wurde das Regime bezüglich seiner institutionalisierten herrschenden Rolle unsicherer. In der Situation war noch ein Institutionalisierungsmittel erforderlich, um die Positionen der Militärdiktatur zu stärken. Durch die Einführung eines demokratischen Mittels, würde das System legitimiert und letztendlich nicht als antidemokratisch bezeichnet werden. Erste Maßnahme in Richtung eines solchen neuen Legitimationsmittels der Junta äußerte sich in der Umgestaltung der Regierungsverhältnisse. Seit 1979 regierte

Pinochet eine aus Zivilisten und Militärs zusammengesetzte Koalition, die nun dem zivilen Teil der Regierung breitere Verwaltungsmöglichkeiten anbietet. Der unmittelbare Grund dafür liegt in der Tatsache, dass die Militärdiktatur unter Druck der internationalen Gemeinschaft sowie der USA unter der Administration von Jimmy Carter geraten war. In Betracht kommt, dass die allgemeine Situation in Chile d.h. die Lockerung des Regimes als Wendepunkt auf dem Weg zur Demokratie gesehen werden kann, obwohl der komplette Demokratisierungsprozess erst ungefähr zehn Jahre später beginnen wird. Die folgende Tabelle zeigt das Ausmaß von Zivilisten und Militärs in der Regierung während der Pinochet – Jahre.

Tabelle 7: Anteil von Zivilisten und Militärs an der Regierung in der Periode 1973 – 1987

Jahr	Militärs in Prozent (Nummer)	Zivilisten in Prozent (Nummer)
September 1973	87,0 (13)	13,0 (2)
Jänner 1974	87,0 (13)	13,0 (2)
Jänner 1975	82,0 (14)	18,0 (3)
Jänner 1976	56,3 (9)	43,7 (7)
Jänner 1977	56,3 (9)	43,7 (7)
Jänner 1978	56,3 (9)	43,7 (7)
Jänner 1979	31,3 (5)	68,7 (11)
Jänner 1980	43,7 (7)	56,3 (9)
Jänner 1981	56,3 (9)	43,7 (7)
Jänner 1982	56,3 (9)	43,7 (7)
Jänner 1983	43,7 (7)	56,3 (9)
Jänner 1984	33,3 (5)	66,7 (11)
Jänner 1985	29,4 (5)	70,6 (12)
Jänner 1986	29,4 (5)	70,6 (12)
Jänner 1987	29,4 (5)	70,6 (12)
Insgesamt	49,0 (51)	51,0 (53)

Quelle: Remmer 1989, 130.

Die vorliegende Tabelle zeigt die Tendenz der Liberalisierung der chilenischen politischen Strukturen vor allem im Laufe der späten 1980er Jahre. Es ist trotzdem wichtig zu betonen, dass die Phase der „Rückkehr zur Demokratie“, mit dem Versuch des Regimes sich nochmals institutionell zu stabilisieren, begonnen hat, möchte ich aber die Rolle der Verfassung 1980 als den Ideenträger der Wiedereinführung der Demokratie hervorheben. Der Frage werde ich im folgenden Kapitel nachgehen.

2. Die Verfassung 1980

Widersprüchlich war, dass eine von der Militärdiktatur erlassene Verfassung als Träger der demokratischen Reformen und Liberalisierung der Gesellschaft fungierte. Nichtsdestotrotz muss betont werden, dass die Abstimmung über die neue Verfassung durch die zivilen Elemente der Regierung vorangetrieben wurde. Die Vorherrschaft Pinochets innerhalb der Militärjunta erreichte ihren Höhepunkt mit der Verabschiedung der neuen Verfassung 1980. Pinochet und sein engster Kreis von Mitarbeitern haben geglaubt, dass die Verabschiedung der Verfassung eine Quelle für die dauerhafte Machtkonzentration in ihren Händen sei. Nach Borzutzky ist die Verfassung 1980 der Ausdruck einer politischen Debatte, die den Prozess der Institutionalisierung der militärischen Macht endlich gestalten sollte. Die neue Verfassung sollte nicht über die Ausrichtung des politischen Systems bestimmen. Klar blieb dass das Regime seinen autoritären Kurs behalten würde. Der Prozess war auch durch eine gewisse Abneigung Pinochets gekennzeichnet, durch die Verfassung das Regime zu institutionalisieren. Jedoch soll die Verfassung 1980 auf zwei verschiedenen Ebenen analysiert werden: Einerseits handelte es sich um den Prozess der Legitimierung der Pinochet-Regierung während auf der anderen Seite, die Verfassung ein neues politisches Modell begründen sollte. Erstens sollte durch die Verabschiedung der Verfassung eine neue Quelle der Legitimität für das Regime darstellen, weil das Regime schon ab Anfang der 1980er Jahre von einer starken Wirtschaftskrise betroffen war und weil der Anfangserfolg der neoliberalen ökonomischen Politik der Chicago Boys ohne weitere Resultate blieb. In dieser Situation der steigenden Unzufriedenheit und der Erweckung von bürgerlichen Initiativen brauchte das Regime eine neue Quelle der Rechtfertigung ihrer Position. In Bezug auf die Etablierung des neuen politischen Modells stellt die Verfassung den Ausdruck der Kompromissbereitschaft der Regierung hinsichtlich der Zukunft des militärischen Regimes in Chile dar. Moderate Elemente innerhalb der Regierung haben nämlich für eine bestimmte Beschränkung der militärischen Macht und den Übergang zu politischen Institutionen plädiert während sich die Hardliner dessen Vorschlag abgelehnt haben. (Vgl. Borzutzky 1987, 71). Durch die Formierung der zwei entgegengesetzten aber gleichzeitig ergänzenden Möglichkeiten soll die Nichtzustimmung innerhalb der Regierung gelöst werden. Man war

übereingekommen, dass eine „Transition“ in der Periode 1980–1989 mit Möglichkeit ihrer Verlängerung bis 1997 durchgeführt werden soll. Diese würde durch das autoritäre Modell erfolgen. Die Transitionsphase kann als Zugeständnis an die Hardliner gesehen werden, da dieser Periode die Macht der existierenden Regierung nur zunehmen konnte. Die zweite Möglichkeit, vom Regimes als „demokratisch“ erachtet, wäre aber die kontinuierliche Ausübung der autoritären Herrschaft mit einer starken Exekutive, einer von der Exekutive abhängigen Justiz und dem fast entmachteten Kongress gewesen. Außerdem wurde die Existenz des ideologischen Pluralismus in der Verfassung abgelehnt. (Vgl. Garretón 1982, 329 – 333)

Obwohl die Verabschiedung der Verfassung 1980 eine Welle der Empörung ausgelöst hatte, wurde mit ihr der Weg zur Rückkehr zur Demokratie vom Regime selbst eingeleitet, worin eigentlich eine Besonderheit der chilenische Transition liegt. Eine riskante Einräumung von Oppositionsrechten, die gegen das Regime genutzt werden können, stellt noch eine Besonderheit dar. Allerdings, wie erklärt werden wird, hat das Regime keine wirkliche Liberalisierungspolitik eingeleitet, sondern hat sich nun darum bemüht, dass gewisse politische Spielräume eröffnet werden, die möglicherweise der Opposition eine Gelegenheit bieten, sich in das politische Leben einzugliedern. Arenhövel sieht den Grund für die Liberalisierungspolitik in dem Versuch des Regimes, Legitimation zu erlangen. (Arenhövel 1998) Dieser Schritt kann, meiner Meinung nach, auf keinen Fall als eine Politik der Öffnung gedeutet werden. Es sollte die Frechheit und das Selbstvertrauen des Systems zeigen, dass sich das Regime durch ein Plebiszit und Wahlen erfolgreich durchsetzen kann. Die Militärherrschaft von Augusto Pinochet hat dennoch die Opposition unterschätzt, da sich eine organisierte oppositionelle Kraft in diesem Moment erst im Prozess der Bildung befand. Es muss aber in Erinnerung gebracht werden, dass politisches Handeln und Organisation innerhalb von politischen Parteien bis in die 1980er Jahre verboten war. Zum Zeitpunkt der Abstimmung für die neue Verfassung erreichten Repression und Verfolgung der politischen Gegner ihren Höhepunkt. Die Opposition lehnte die Verfassung ab, weil sie von einer Diktatur eingeführt worden war und somit ihres Erachtens illegitim war. (Vgl. Codoceo 2007, 121)

3. Die Opposition gegen Pinochet

In der Periode von der Machtübernahme durch die Junta 1973 bis in die ersten Jahre nach der Annahme der Verfassung hat es fast keine politische und soziale Opposition in Chile gegeben. Dies war die Epoche, in der die politische Unterdrückung aller Unerwünschten stärkten, was die Bildung einer Opposition unmöglich machte. Diese Zeit war durch Vertreibung, Verfolgung und Vernichtung von Systemgegnern gekennzeichnet. Die physische Auslöschung von Mitgliedern aller linksorientierten Parteien war Alltag in Chile der 1970er Jahre. Wie Garretón betont, war das primäre Ziel dieser Gruppierungen (die oppositionellen Strömungen, Anm. M.B.) auf das Überleben, der Aufrechterhaltung und der Reproduktion der organisatorischen Struktur gerichtet. (Garretón 1991, 115). Öffentliche Hinrichtungen, Brutalität und Repression prägten die chilenische politische Bühne der 1970er Jahre. Aus der völligen Inaktivität und totalen Niederlage der Opposition haben soziale Bewegungen das Licht der Welt erblickt, deren Tätigkeit in den Protesten 1983 den Höhepunkt erreichen wird.

3.1 Die Opposition bis zum Plebiszit

Um den Zustand besser zu verstehen, in dem sich die chilenische Opposition bis 1980 befand, empfinde ich es als notwendig die Hauptakteure darzustellen. Die Opposition war lange Zeit nach dem Staatsstreich geteilt. Dazu haben gegenseitige Schuldzuweisungen nach dem Putsch geführt, die die Spaltung der bereits ideologisch geteilten Opposition noch beschleunigt haben. Die Wiederaufnahme der politischen Aktivitäten der chilenischen Opposition erfolgten erst zehn Jahre nach dem Putsch. Diesmal hat es keine ideologische Spaltung der oppositionellen Kräfte gegeben, sondern die Zielsetzungen und Mittel ihrer Vollziehung waren die Grundlage für das Entstehen der zwei parallel existierenden und gleichzeitig tätigen oppositionellen Bewegungen. Die Opposition war in Form folgender Bündnisse organisiert: der „Alianza Democrática“ und des „Movimiento Democrático Popular“.

Während die Alianza Demócratica aus vorwiegend rechten Parteien und der Sozialistischen Partei mit einem Christdemokraten als Anführer bestand, setzte sich das Movimiento Demócratico Popular aus der Kommunistischen Partei und der Almeyda Fraktion der Sozialistischen Partei zusammen. Es gab also eine Teilung entlang ideologischer Linien, obwohl die Bündnisse gegeneinander gerichtet waren. (Vgl. Codoceo 2007, 109) Wie bereits erwähnt, hat sich die Alianza an die Ideen und Tätigkeit der Christdemokraten angelehnt, die sogar Opposition der UP-Regierung dargestellt hatten. Nach dem Putsch haben die Christdemokraten einen Neubeginn bedingungslos unterstützt und versucht den Staatstreich zu rechtfertigen, was ihre Reputation als Opposition zweifelhaft gemacht hat. Aylwin spricht davon in: „El reencuentro de los demócratas“: *„Die Streitkräfte wollen nicht bloß die Macht ergreifen. Ihre institutionelle Tradition und die republikanische Geschichte unseres Vaterlandes, lassen hoffen, dass sie Aufgaben, um die ernsthafte Gefahr der Zerstörung und des Totalitarismus, der die chilenische Nation bedrohte, sehr schnell erfüllt sein werden. (...) Die Absicht zur institutionellen Normalität und zum Frieden und der Eintracht zwischen den Chilenen zurückzufinden, die die Militärregierung ausdrückt, gibt das vorherrschende Gefühl wieder und verdient die patriotische Unterstützung aller Sektoren.“* (Aylwin 1998, 32) Doch ist der Versuch, eine einflussreiche Funktion, im Pinochet Regime zu erlangen, gescheitert. Als klar geworden ist, dass eine politische Vielfalt unter dem Pinochet Regime nicht möglich ist, entschieden sich die Christdemokraten „den Körper und die Seele der Partido Demócratica Cristiana zu bewahren, damit sie die Aufgaben der Zukunft erfüllen kann“ (Aylwin 1998, 49). Eine der wesentlichsten Aufgaben der Zukunft war definitiv die Initiierung der demokratischen Transition. (Vgl. Codeceo 2007, 103). Der unmittelbare Anlass dafür stellte das endgültige Verbot der Christdemokratischen Partei 1977 dar, womit die chilenische Parteienlandschaft aus dem politischen Spiel genommen wurde.

Mit der Unterschrift unter das „Manifiesto Demócratico“ 1983 ließ sich die Bemühung der Alianza erkennen, das Pinochet Regime abzusetzen und dem Land die Rückkehr zur Demokratie zu gewährleisten. *„Wir sind fest davon überzeugt, dass die Demokratie die einzige Form des Miteinanders ist, die uns ermöglicht, den akuten nationalen und internationalen Problemen zu begegnen, die sich in den Jahren der Diktatur angehäuft haben. Wenn wir etwas aus unseren eigenen Fehlern gelernt haben, dann ist es, dass die Demokratie ein Wert an sich ist, der jeden Tag verteidigt*

und vertieft werden muss.“ (Aylwin 1998, 231) Damit hat die Alianza den starken Willen gezeigt, mit allen demokratischen Mitteln um den Systemwechsel zu kämpfen. Das Manifest stellt nicht nur das Gründungsdokument der Alianza dar, sondern muss auch als ein klares politisches Programm gesehen werden, das bestimmte Ziele setzt und den Problemen kritisch nachgeht. Zusätzlich widmet sich das Manifest der Überwindung des durch die Willkür der Diktatur verschlechterten internationalen Ansehens des Landes sowie dem schnellmöglichsten Wiederaufbau von demokratischen Institutionen. Basis dafür sollte eine verfassungsgebende Versammlung sein. Der während der Diktatur aufgehobene politische Pluralismus sollte wieder legalisiert werden.. Das vielleicht wichtigste Merkmal des Manifesto Democrático stellt der Abschnitt über die Rolle des Militärs dar, der die Erfüllung „der traditionellen Aufgaben“ des Militärs vorsah, womit auf einen klaren Regimesturz abgezielt wurde. Die politische Relevanz des Dokumentes lag in seiner Vereinigungsrolle aller Parteien der Alianza Democrática, aus der die künftige Regierungskoalition entstehen wird. Das Dokument hat auch die Spaltung bzw. die Gründung des Movimiento Democrático Popular als Reaktion auf die Alianza vorangetrieben, was im Wesentlichen den Verlauf der weiteren Transition entschieden hat. Durch seine Anerkennung seitens der erneuerten Sozialistischen Partei wurde die Zusammenarbeit zwischen den Christdemokraten als Unterstützer des Regimes und den Sozialisten als Opfer des Regimes ermöglicht, die durch die Spaltung innerhalb der Sozialistischen Partei in die Almeyda Fraktion und den erneuerten Teil der Sozialistischen Partei begünstigt wurde. Zwei parallele Oppositionen sind mit demselben Ziel aber verschiedenen *modus operandi* seiner Erfüllung entstanden.

3.1.1 Strategien der Redemokratisierung

Oppositionelle Aktivitäten unter Diktaturen haben mehrere Ziele. Die chilenische Opposition unterscheidet sich dabei im Wesentlichen nicht von anderen Beispielen. Garretón hebt die folgenden Merkmale hervor, die die politischen Aktivitäten der Opposition in Chile charakterisieren. Neben dem bloßen Überleben fungiert der Kampf um die politische Durchsetzung als die oberste Zielsetzung. Bis 1980

beschäftigte sich die Opposition damit, ihre Strukturen aufrechtzuerhalten sowie damit, nicht vernichtet zu werden. Dazu wurde die Bildung eines Apparates wichtig, der als Alternative zum Militärregime dienen sollte, was im Großen und Ganzen das dritte wesentliche Merkmal von oppositionellen Aktivitäten unter einer Diktatur darstellt. Die Alternative soll demokratischer Orientierung sein, wodurch sich die Richtung bzw. das Wesen des politischen Systems verändern soll. Wenn die ersten drei Merkmale bereits auf der Szene gesetzt sind, kommt die Einführung der Demokratie in die Gesellschaft zum Vorschein. Dies ist überhaupt nicht einfach, so dass diese Phase aus zumindest drei Dimensionen besteht: Erstens soll ein Netzwerk von sozialen Akteuren aufgebaut werden, durch das Unabhängigkeit und Dynamik der Zivilgesellschaft organisiert sein sollen. Zweitens müssen alle Transformationshürden entfernt werden, indem sie unter staatliche Kontrolle gesetzt werden; und drittens, soll die Parteienlandschaft frei funktionieren. Wie Garretón weiters anführt, sind alle diese Charakteristika nicht voneinander abhängig und die Erfüllung jeder von ihnen führt zur graduellen Demokratisierung. Die Kontinuität der demokratischen Entwicklung muss dabei behalten werden. (Vgl. Garretón 1993, 115 – 117). Im chilenischen Übergangsprozess bildeten sich zwei gegensätzliche Strategien für den Übergang zur Demokratie heraus. Die Strategie der Alianza Demócratica orientierte sich an einem Dialog mit dem Pinochet Regime, durch den die Rückkehr zur Demokratie initiiert werden soll. Mit einer solchen Strategie ließ sich die Alianza Demócratica in die Gruppe der gemäßigten Opposition eingliedern. Der andere Teil der Opposition in Form des Movimiento Democrático Popular vertrat die These, dass ein Dialog die gewünschten Resultate und die Erfüllung der Zielsetzungen nicht gewährleisten kann, so dass die Diktatur durch Massenmobilisierung entweder gestürzt oder zur Aufgabe ihrer Funktionen gezwungen werden soll, womit man das Movimiento Democrático Popular als radikale oppositionelle Kraft bezeichnen kann. Arenhövel betont, dass die Wahl der Demokratisierungsstrategie *„kein Akt der Willkür oder des Voluntarismus, sondern eine Situation aus den situativen Gegebenheiten, den subjektiven Einschätzungen der Möglichkeiten der Akteure sowie ihrer Abschätzungen der Erfolgsaussichten bzw. eines Kosten-Nutzen-Kalküls ist.“* (Arenhövel 1998, 440) Innerhalb der herrschenden Elite ließ sich eine klare Trennung zwischen Hardlinern (duros) und Softlinern (blandos) bemerken. Dies ist besonders wichtig, weil die innere Vorherrschaft eine ausschlaggebende Rolle beim Demokratisierungsprozess spielen kann. Der Unterschied zwischen den Kräften liegt im Grad der Reformbereitschaft.

Während die Duros nicht reformwillig sind, kann man die Blandos als reformwillig bezeichnen. Das andere wichtige Merkmal ist, dass die Hardliner nicht bereit sind, durch einen Dialog einen Kompromiss einzugehen. Die Softliner neigten mehr dazu, eine mögliche Lösung im Gespräch mit der Opposition zu finden.

Im Folgenden werden die Proteste 1983 d.h. die ersten Aktivitäten der Opposition nach zehn Jahren beschrieben.

3.1.2 Die Proteste 1983

Als Neubeginn der chilenischen Opposition in den Zeiten der Diktatur können die Proteste 1983 gesehen werden. Ihr Sinn und ihre Wichtigkeit liegen einfach in der Tatsache, dass die Proteste den ersten Ausdruck der Meinung der Bevölkerung darstellten, seitdem die Diktatur eingeführt wurde. Es ist wesentlich, die Gründe der Proteste anzuführen, um ihren massenhaften Charakter und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung des Redemokratisierungsprozesses in Chile verstehen zu können. An der ersten Stelle fungierte die Wirtschaftskrise bzw. die gescheiterte Politik des fixen Wechselkurses des ehemaligen Finanzministers Sergio de Castro als Auslöser der Unzufriedenheit des Volkes. Im Schatten der Repression kam eine öffentliche Kritik und Kühnheit, das Regime öffentlich zu kritisieren, als Labsal des lustlosen Alltages. Laut offiziellen Berichten hatte es in der Periode 1983 – 1987 22 Protesttage gegeben. Sie haben außerordentlichen Eindruck auf das Regime gemacht. Darauf wies die erhöhte Zahl der Festnahmen und Folter hin. (Vgl. Codoceo 2007, 93) Es ist wichtig zu betonen, dass die Proteste nicht nur von den politischen Parteien organisiert waren, sondern dass auch ein wesentlicher Teil der Proteste unter der Verantwortung von bürgerlichen Initiativen stattgefunden hat. In diesem Klima wurde der erste Protest am 11. Mai 1983 organisiert. Interessant ist, dass für seine Organisation ein Bündnis der Kupferarbeiter verantwortlich war, das eine große Masse von Menschen gesammelt hatte, die öffentlich ihre Meinung gegen die Diktatur äußerten. Der Tag stellte den Wendepunkt in der Geschichte des Regimes dar. Garretón erklärt welche Auswirkung der Tag auf den weiteren Verlauf hatte: *„The public appearance of the opposition; is new, more deeply rooted groupings; the*

eruption of a massive movement of discontent and protest; and the regime's adoption of a political strategy to counteract these trends – all were new challenges for the opposition.“ (Garretón 1993, 119) Die Opposition ging von der Prämisse aus, dass, wenn die Transition ein Mal vorangetrieben sei, das Regime automatisch auseinander fallen dürfte. Borzutzky betont auf der anderen Seite, dass das Pinochet Regime mit dem Scheitern des Chicagoer Modells erstarrt war, um eine entschlossene Aktion gegen die Opposition zu unternehmen. Die Formierung der politischen Blöcke, die Wiederbelebung der Gewerkschaften und Volksbewegungen begünstigten den Übergangsprozess zur Demokratie noch weiter. All diese Akteure arbeiteten am Ziel der Intiierung des Transitionsprozesses, indem versucht wurde, die Angst vor politischen Aktivitäten zu entfernen und das Volk zu organisieren. (Vgl. Borzutzky 1987, 80 – 82) Obwohl der erste Protesttag mit zwei Toten, vielen Verletzten und Gefangenen geendet hatten, stieg die Entschlossenheit die Proteste weiter zu führen, um einen konstanten Druck auf das Regime auszuüben. Vom dritten Protesttag an, angesetzt für den 12. Juli 1983, ließ sich eine Neuigkeit erkennen, denn die politische Opposition zum ersten Mal einen Protest organisierte. Klar wurde, dass die Forderungen der Demonstrierenden nicht mehr im Rahmen der gewerkschaftlichen Anliegen blieben, sondern dass die Proteste nun politisch gefärbt waren, mit dem definitiven Ziel, das Regime zu stürzen. Dafür schien der richtige Moment zu gekommen zu sein, weil die beiden Säule der Legitimität des Systems gefährdet waren. Nach Borzutzky basierte die Legitimität des Pinochet Regimes erstens auf dem Erfolg des ökonomischen Modells, das mit der Wirtschaftskrise scheiterte; und zweitens auf die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, die mit den Protesten in Gefahr war. Die Proteste haben auch das apolitische Verhalten der chilenischen Gesellschaft verändert, indem das Regime mit der Berufung von Sergio Onofre Jarpa zum Innenminister das politische Spiel akzeptiert hat. Analytiker haben diesen Zug als den Beginn der Öffnung bzw. der sog. *Política de apertura y entendimiento* (Politik der Öffnung und Verständigung, Anm, M.B.) gesehen. (Vgl. Borzutzky 1987, 82 – 83; Codoceo 2007, 123) Das ist besonders relevant, denn das Regime hatte bisher die traditionelle Politik abgelehnt.

Die Proteste heizten die Atmosphäre an. Das Regime war sich des Ernstes der Situation bewusst. Dies beweist eine drohende Ankündigung von General Pinochet: „*Und seien Sie vorsichtig, denn ich werde keinen Schritt zurückweichen! Seien Sie sicher, dass Santiago mit 18 000 Mann übersät ist, und sie haben strikte Anweisungen*

hart durchzugreifen.“ (Codeceo 2007, 95) Widersprüchlich ist, dass sich die Periode von der Bereitschaft der Diktatur auf der einen Seite mit der Opposition zu verhandeln, was sich auch mit der Ernennung von Jarpa gezeigt hat, und andererseits von einem offenen Terror zu den Demonstrierenden kennzeichnen ließ. Es muss betont werden, dass es gleichzeitig zu einer größeren Kluft zwischen den oppositionellen Ideen zum Systemwechsel kam. Allerdings, bedeutete die Ernennung des reformbereiten Politikers Jarpa zum Koordinator der Gespräche mit der Opposition die „Vormachstellung“ des moderaten Teiles der Opposition. Obwohl sich die Alianza Democrática für einen friedlichen Übergang ausgesprochen hatte, was ihre kurzfristigen Forderungen wie Anerkennung der politischen Parteien seitens der Regierung und Rückkehr der im Exil lebenden Chilenen zeigten, führte die Diktatur 1984 ein Anti-Terror Gesetz als Instrument der Konsolidierung des autoritären Systems ein. Unter terroristischen Akten wurden alle Tätigkeiten *„designed to create commotion or fear in a sector of the population, or any actions or omissions that had a subversive or revolutionary intent“* verstanden. (Borzutzky 1987, 83) Die Verabschiedung dieses Gesetzes bedeutete für Chile die Rückkehr in die legalisierte Repression. Fast alle politischen Aktivitäten wurden nach diesem Gesetz mit Terrorismus gleichgesetzt. Das Regime hat die Beschleunigung der Rückkehr zur Demokratie abgelehnt, was noch durch das Ausgehverbot verschärft wurde. Zusätzlich wurden neue Pressebeschränkungen eingeführt, die Publikationen mit „terroristischem“ Inhalt verboten.

Schlußendlich kann festgestellt werden, dass die Proteste einen positiven Anreiz dargestellt haben, indem sie das Regime dazu gezwungen haben, ihre Brutalität zu erhöhen, um die Herrschaft zu bewahren. Positiv daraus ist das Wiederaufstehen der politischen Parteien, die genug Kraft hatten, sich den repressiven Maßnahmen der Diktatur zu widersetzen.

3.1.3 El Acuerdo Nacional (Die Nationale Übereinkunft)

Am 25. August 1985 wurde ein Dokument unter dem Namen „El Acuerdo Nacional para la Transición a la Democracia Plena“ unterzeichnet. Kirchliche Strukturen haben

bei der Unterzeichnung des Abkommens eine besonders relevante Rolle gespielt, da der durch den Vatikan ernannte Erzbischof von Santiago Juan Francisco Fresno die Verbindung zwischen dem Regime und der Opposition erfolgreich hergestellt hat. Gleich nach seiner Ernennung traf er sich mit dem Innenminister Jarpa, der im Gespräch mit Erzbischof Fresno das Regierungskonzept der Annäherung mit der Alianza Democrática vorgestellt hat. Es ist wesentlich, dass die Opposition, kurz nachdem Fresno sein Amt aufgetreten hat, die Verfassung von 1980 als gültiges Instrument für den Übergang zur Demokratie akzeptierte, obwohl sie bislang als illegitim bezeichnet und deshalb abgelehnt wurde. Die Unterzeichnung der Nationalen Übereinkunft kann als eines der wichtigsten politischen Geschehnisse vor dem Plebiszit 1988 gesehen werden. Seine Bedeutung liegt in mehreren Fakten. Erstens, mit ihrem Inkrafttreten erreichte der Verhandlungsprozess zwischen dem Regime und der Demokratischen Allianz seinen Höhepunkt. Zweitens, die Nationale Übereinkunft stellte den symbolischen Beginn der Verhandlungen dar, die zum Sieg der oppositionellen Kräfte gegen Pinochet und sein Regime führten. Drittens, wurde sie von allen wesentlichen politischen Faktoren der Opposition sowie den regimenahen Parteien unterzeichnet. Wie Codeceo erklärt, handelte es sich also um ein Dokument, das von einem breiten Spektrum von politischen Kräften unterstützt wurde, das sich von Parteien, die dem Regime sehr nahe standen, bis hin zu linken Parteien, wie den Sozialisten, erstreckte. Die Nationale Übereinkunft hatte das Ziel, einen Dialog zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft herzustellen. (Codeceo 2007, 130 - 131) Folglich wurde die Unterzeichnung der Acuerdo Nacional stark von der Kirche unterstützt. Die Katholische Kirche hat gehofft, die Notwendigkeit eines *„aufrichtigen und entschiedenen Willens, den demokratischen Übergang mit der Partizipation der Zivilgesellschaft, der Regierung und der Opposition zu realisieren, indem wir innerhalb eines vereinbarten Zeitraums und der nationalen Realität hervorheben, was uns verbindet und respektieren, was uns trennt“*, zu gewährleisten. (Aylwin 1998, 291) Die Nationale Übereinkunft hat sich verändert d.h auf andere Art und Weise gestaltete Forderungen der Opposition gebracht. Wie erwähnt, zum Zeitpunkt seiner Unterzeichnung, hatte die Opposition bereits die Verfassung von 1980 anerkannt, was im Großen und Ganzen ihre Forderungen verändert hat, obwohl ihr Endziel unverändert blieb. Um es zu erreichen, übte die Opposition Druck auf das Regime aus, eine Reihe von Verfassungsänderungen durchzuführen. Ohne diesen Kompromiss wäre es unmöglich gewesen, eine politische Lösung zu vereinbaren.

Die oppositionellen Anliegen betrafen vor allem eine grundsätzliche Vereinbarung über die Verfassung. Sie wollten, dass die Abgeordneten und der Präsident direkt durch das Volk gewählt werden, auch mit der Möglichkeit der Stichwahl; dass jeder seine Meinung äußern darf und dass wieder Parteien organisiert werden dürfen. Der vielleicht wichtigste Punkt dieses Teils der oppositionellen Anliegen war die Forderung nach der Einführung von Verfahren, durch die eine Verfassungsänderung möglich gemacht wird. Obwohl die Opposition die Verfassung anerkannt hatte, betrachtete sie sie immer noch als autoritär. Der zweite Teil der Forderungen der Opposition beschäftigte sich mit einer Vereinbarung über die ökonomische Ordnung. Die Prioritäten dabei lagen auf: der Überwindung der extremen Armut, der Schaffung neuer Arbeitsstellen und einem dauerhaften Wirtschaftswachstum, das die stolpernde chilenische Ökonomie wiederbeleben kann. Als nationale Ziele wurde die gleichmäßige Verteilung von Lasten und Wohlstand; der verfassungsmäßige Schutz des Eigentums; die Beteiligung von Arbeitern und Unternehmern sollen an der Formulierung von Strategien beteiligen usw. All dies wies darauf hin, dass die Opposition von dem Regime eine Seriosität verlangte, um die schwierige Situation im Land aufzubessern und daher den Übergang zur Demokratie mit Erfüllung der Maßnahmen voranzutreiben. Der dritte Teil der Forderungen beruhte auf direkten Maßnahmen, die das politische System verwandeln sollten. Erstens, wurde das Ende des Ausnahmezustandes sowie des Exils und die Wiederherstellung aller öffentlichen Rechte verlangt. Zweitens, wollte die Opposition, dass die Wahlregister wieder geschaffen werden. Drittens sollte die Arbeit von politischen Parteien wieder zugelassen werden, durch die Kooperationsbereitschaft des Regimes gezeigt werden sollte. Darunter fällt auch die Bestätigung des Wahlgesetzes, das ermöglichen sollte, alle politischen Funktionäre frei zu wählen. Den letzten und relevantesten Punkt stellt die Forderung dar, diese Maßnahmen durch ein Plebiszit durchführen zu können. Die Opposition entschied sich also für die Verwendung von institutionellen Mitteln, um die Diktatur zu besiegen. Obwohl das Entgegenkommen der Demokratischen Allianz mit der Unterschrift des Dokumentes bestätigt wurde, haben die führenden Strukturen der Diktatur keine Bereitschaft gezeigt, diese Kompromisse einzugehen. Aufgrund dessen nährte sich die Opposition einem Strategiewechsel an, der möglicherweise die Verhandlungen beginnen konnte.

3.1.4 Die andere Seite der Medaille – die MDP – Tätigkeit

Es ist wichtig in diesem Zusammenhang, die Aktivitäten des Movimiento Democrático Popular (MDP) kurz darzustellen. In den früheren Kapiteln wurde erklärt, dass sich das MDP überwiegend aus linken Parteien zusammensetzte. Die politische Linke erlitt seit der Einführung der Diktatur viele repressive Maßnahmen, so dass es logisch war, dass sie sich für eine aggressive Politik gegen das Regime entschied. Die MDP ging von der Legitimität politischer Gewalt aus, um das Regime zu stürzen. Dies ist die Konsequenz derjenigen, die Opfer von Folter und Menschenrechteverletzungen waren und jetzt eine blutige Auseinandersetzung befürworteten. (Vgl. Codoceo 2007, 138) Die Überwindung der Diktatur sollte aufgrund der Anwendung von nichtinstitutionellen Mittel erfolgen. Dies wird damit gerechtfertigt, dass alle institutionellen Mitteln wie Verhandlungen, politischer Dialog etc. gescheitert sind und daher der Gebrauch der Gewalt als einziges Mittel verblieb, die Diktatur abzusetzen. (Vgl. Codoceo 2007, 140) Das MDP hat seine Aktivitäten jedoch nicht nur auf die Ausübung militärischer Gewalt gestützt, sondern kämpfte auch mit politischen Mitteln wie Massenmobilisierung, Protestaktionen und Unterstützung von sozialen Bewegungen. Wesentlich ist aber, dass das MDP dennoch eine umfangreiche bewaffnete Operation gegen das Regime in Erwägung zog, da es Gewaltanwendung als legitimes Mittel der Durchsetzung betrachtete. Interessant ist, dass von der Legitimität der Gewaltanwendung ausgingen, alle vom Regime verfolgten linken politischen Parteien bewürworteten, was sich als die obengenannte Folge der Repression erklären lässt. Seine Politik schloß aber einen eventuellen Dialog nicht aus. Die Anwendung von Gewalt ist eher als ein ergänzendes, nicht als primäres Mittel zu sehen. Allerdings haben die militärischen Flügel des MDP Gewalt angewendet, besonders bei den Aktionen „Carrisal Bajo“ und „Siglo XX“. „Carrisal Bajo“ zielte darauf ab, 80 Tonnen Waffen in Chile einzuführen. Die Aktion wurde seitens der kubanischen Streitkräfte unterstützt. Aufgrund von Fehlern der chilenischen Operationskette hat die Geheimpolizei des Regimes die Aktion entdeckt und die Verantwortlichen festgenommen. Die Operation „Siglo XX“ (das 20. Jahrhundert, Anm.M.B.) sollte mit dem Ziel durchgeführt werden, Pinochet in einem Attentat zu töten. Das schlecht organisierte und noch schlechter durchgeführte Attentat endete jedoch mit fünf Toten und zwölf Verwundeten, darunter auch

Pinochet, der nur leicht verwundet wurde. Das gescheiterte Attentat zeigte den Mangel an Kompetenz und Vorbereitung sowie organisatorischen Kenntnisse der Ausführenden. (Vgl. Codoceo 2007, 149) In der Folge hat das Regime den Ausnahmezustand verhängt und oppositionelle Anführer der Linken erschossen, womit den Versuch der oppositionellen Linken, das Regime militärisch zu stürzen, beendet wurde. Aus der Tätigkeit des MDP kann geschlossen werden, dass die einzige Möglichkeit für die Rückkehr zur Demokratie in der Anwendung von konventionellen Mitteln lag.

4. Vorbereitung und Durchführung des Plebiszites

Das bevorstehende Plebiszit war in der Verfassung von 1980 vorgesehen. Zum Zeitpunkt seiner Vorbereitung kam die Opposition, aber auch einige rechten Parteien auf die Idee, das Plebiszit in eine offene Wahl umzuwandeln. Dieses Kalkül war strategisch klug, da nach Vial *„das Plebiszit die Opposition favorisiert, weil es ihr ermöglicht, aufzustellen, ohne sich notwendig auf einen gemeinsamen Kandidaten und ein Wahlprogramm zu einigen.“* (Vial 2002, 2. Band, 555) Der Erfolg der Opposition liegt in mehreren Fakten, die im Folgenden erläutert werden. Aufgrund guter Vorbereitung hat die Opposition am Tag des Plebiszites, dem 5. Oktober 1988, die Abwahl des alten Regimes mit 54,7% der abgegebenen Stimmen bei der höchsten Wahlbeteiligung in der Geschichte Chiles erreicht. Der Sieg eröffnete die Möglichkeit für die ersten freien Wahlen seit 1970.

4.1 Wahlregister und „Campaña del NO“

Da in Chile seit der Machtübernahme der Junta die Wahlregister nicht mehr existiert hatten, stand die Opposition vor einer großen Herausforderung. Um wählen zu können, muss man sich in die Wahlregister einschreiben lassen. Nach Einschätzungen hat es zum Zeitpunkt des Plebiszites ungefähr 7 Millionen Wahlberechtigte in Chile

gegeben. Das größte Problem für die Opposition lag darin, dass die Periode vom ersten Aufruf sich gegen das Regime auszusprechen, bis zur Durchführung des Plebiszites kurz war. Konkret blieben der Opposition zehn Monate, die Bevölkerung zu überzeugen, sich in die Wahlregister einzutragen. Das Lateinamerikanische Zentrum für Demographie hat geschätzt, dass in Chile mehr als 8 Millionen Leute über 18 Jahre lebten. Das bedeutete, dass 80% der Wahlberechtigten in die Wahlregister eingetragen werden mussten, um eine Niederlage zu verhindern. Eine hohe Wahlbeteiligung war ein zusätzliches Muss, da sich bislang in der Geschichte Chiles nie mehr als 60% an den Wahlen beteiligten. Der Opposition ist es mit Hilfe einer starken Kampagne („Campaña del NO“) trotzdem gelungen, die Bürger zu überzeugen, am Plebiszit zu beteiligen. Das Regime hatte allerdings neben der Einschreibung in die Wahlregister noch zusätzliche Hürden aufgestellt. Damit eine politische Option ausgedrückt werden kann, muss sie innerhalb einer politischen Partei vertreten. Dies stellt der Opposition die Aufgabe, sich in politische Partei(en) zu organisieren, die legal vom Regime anerkannt werden müssten, um sich an den Wahlen zu beteiligen. Die neue, im März 1987 erlassene, Gesetzesverordnung sah vor, dass alle Parteien durch einen Prozess vom Regime rechtliche Anerkennung bekommen mussten. Eine der Voraussetzungen war die Mitgliederzahl von mindestens 35 000. Die zweite Hürde stellte das Faktum dar, ob es sinnvoller wäre, nur eine vereinigte Oppositionspartei zu gründen. Aufgrund der programmatorischen Differenzen entschied sich die chilenische Opposition jedoch das Plebiszit in Form der Christdemokratischen Partei und der Partei für Demokratie anzugehen. (Vgl. Codoceo 2007, 155 – 156)

Obwohl der Auftritt der chilenischen Opposition gespalten erfolgte, führte die Opposition eine gemeinsame Kampagne, die als die sog. „Campaña del NO“ bekannt wurde. Das grundsätzliche Ziel der Kampagne lag darin, dass die Mehrheit gegen die Weiterführung der Diktatur stimmten. Die Campaña del NO ist ein gutes Beispiel für den erfolgreichen Einsatz politischen Marketings. Sie wurde von Experten organisiert, die mit Hilfe der chilenischen Zivilgesellschaft, d.h. Wissenschaftlern, Studenten, Journalisten und Künstlern die Kampagne perfektioniert haben. (Einen Werbespot der Campaña del NO kann auf der Webseite <http://www.youtube.com/watch?v=cRS41XXNzOc> gesehen werden - entnommen am 6. März 2008). Der Spot zeigt den Grad der Bereitschaft der chilenische Bevölkerung, die Verlängerung der Diktatur entschlossen abzulehnen. Die Kampagne ist auch

aufgrund dessen wesentlich, weil das Regime Presse- und Medienfreiheit zugelassen hatte. Der Spot basierte auf verschiedene Generationen, Schichten und herkunft von Chilenen. Seine Botschaft war gegen Angst, Repression, Erniedrigung und Frustration gerichtet.

Schlußendlich kann gesagt werden, dass die Besonderheit der Campaña del NO eine starke Einheit war, die den Weg Chiles zur Demokratie geerbt hat. Durch sie wurde eine Politik vorbereitet, die in der Zukunft der tragende politische Gedanke in Chile werden würde, der Gedanke, dass eine Diktatur in der Geschichte des Landes nie wieder passieren darf.

4.2 Ein Pyrrhussieg?

Ein Ereignis, das eine besondere Bedeutung für die spätere Entwicklung der politischen Geschichte Chiles hatte, stellt das Plebiszit vom 5. Oktober 1988 dar. Es kann als Wegweiser der zukünftigen Rückkehr zur Demokratie betrachtet werden, obwohl der Sieg im Plebiszit nicht sofort darauf hingewiesen hat. Der Sieg hat nur die wichtigste Voraussetzung erfüllt, da nun gesichert war, dass es zu freien Wahlen kommen musste. Pinochet hat die Wahlergebnisse anerkannt, blieb aber noch ein weiteres Jahr im Amt, weil die Präsidentschaftswahlen erst 1989 abgehalten werden sollten. Dies wurde durch die so genannten „Artículos Transitorios“ (Übergangartikel) geregelt, die die Schritte der Rückkehr zu einer gewählten Regierung determinierten. Sie haben im Großen und Ganzen dem alten Regime eine enorme Macht gesichert, da die Mitglieder der Militärkräfte bis 1998, also 8 Jahre nach der Wahl der neuen Regierung in ihren Ämtern bleiben sollten. Nach dem Ablauf der acht Jahre sollte Pinochet die Rolle eines Senators auf Lebenszeit einrechnen. Nach Codoceo stellen die Übergangartikel eine Art der Etablierung eigener Macht in der neuen Regierung bzw. eine offene Einflussnahme auf die Politik der demokratisch gewählten Regierung dar. Dadurch sollte ermöglicht werden, dass das alte Regime sich von der politischen Macht zurückziehen kann, ohne dass es für drin bisheriges Handeln verantwortlich gemacht wird. Dazu hat Pinochet immer seine militärischen Fähigkeiten in der Politik umgesetzt, indem durch die Übergangartikel

auch bestimmt wurde, dass er an der Macht blieb und dass unwiderruflich eingehalten werden muss. (Vgl. Codoceo 2007, 163)

Die Besonderheit der chilenischen Transition liegt in dem Faktum, dass bis zur Bekanntgabe der Plebiszitsergebnisse keine Verhandlungen stattgefunden haben, so dass bis zu diesem Zeitpunkt nicht von einer ausgehandelten Demokratie gesprochen werden konnte. Erst mit der Anerkennung der Resultate seitens des Regimes kam zum ersten Verhandlungsprozess, der in der Verfassungsreform resultierte. Der Höhepunkt der nach dem Plebiszit gehaltenen Verhandlungen über die Rückkehr zur Demokratie zwischen dem Regime und der Opposition äußerte sich in der Verfassungsreform 1989. Die oppositionellen Forderungen zielten auf „eine nationale Vereinbarung für die Demokratie und einen Konsens über die Verfassung“ ab. (Codoceo 2007, 168) Mit einer teilweisen Berücksichtigung der oppositionellen Anliegen wurde die Verfassungsreform angekündigt. Im Wesentlichen wurden die Befugnisse des Präsidenten eingeschränkt. Die Auflösung der Abgeordnetenkammer und die Ausrufung von Neuwahlen konnten nun durch den Präsidenten initiiert werden. Zusätzlich wurde die Amtsperiode des Präsidenten auf vier Jahre verringert. Viele Analytiker behaupten, dass die Verfassungsreformen dennoch das politische und soziale System der Diktatur stärkten, anstatt sie zu schwächen. (Vgl. Portales 2000, 43) Darüber wird im Folgenden gesprochen.

Am chilenischen Beispiel des Überganges zur Demokratie könnte über eine so genannte ausgehandelte Demokratie gesprochen werden. Nach O'Donnell/Schmitter und Arenhövel tritt die ausgehandelte Demokratie in Form einer paktierten Transition auf, die durch die Anwendung undemokratischer Mittel zu einem demokratischen Resultat führt. In Lateinamerika hatte die paktierte Transition vor allem negative Auswirkungen auf die weitere Entwicklung des demokratischen Systems, da die paktierte Transition Handlungsspielräume für Reformen im Wesentlichen einschränkt. (s. O'Donnell/Schmitter 1986, 39; Arenhövel 1998, 47 – 54) Das chilenische Beispiel zeigt allerdings eine nicht komplette paktierte Demokratie, weil das Regime den Rahmen für den Übergang zur Demokratie vorgegeben hat. Doch sind Einschränkungen in Form einiger Verfassungsartikel und der so genannten „Leyes de amarre“ (Fesselgesetze) bemerkbar. Die Fesselgesetze werden später genauer analysiert.

Die Motive des Regimes, mit der demokratischen Opposition zu verhandeln, machen die chilenische Transition besonders interessant. Es stellen sich viele Fragen, so dass es schwierig zu sagen ist, ob das Regime an seiner eigenen „Demokratisierung“ wirklich interessiert war, oder ob es nur darum ging, sich durch einen Demokratisierungsprozess repräsentativer zu machen. Widersprüchlich ist auch die Tatsache, dass in der Verfassung von 1980 die Kontinuität des „Werkes“ Pinochets sichergestellt ist, und dass nun neun Jahre nach der Verabschiedung der Verfassung eine tiefgreifende Reform derselben unternommen wurde. In der Verfassung war trotzdem verankert, dass, sollte Pinochet verlieren, dennoch eine Möglichkeit für ihn besteht, auch nach 1988 an der Macht bleiben zu können. Aufgrund dessen muss die Verfassungsreform von 1989 als eine Art der Korrektur gesehen werden, da, nachdem Pinochet das Plebiszit verloren hatte und die präsidialen Befugnisse eingeschränkt wurden, die politische Macht des neuen Präsidenten quasi vom alten Regime bestimmt wurde. Die Bedeutung und die Konsequenzen der Verfassungsreform für die Demokratie werden im folgenden Kapitel erläutert.

5. Die Verfassungsreform 1989 und ihre Auswirkung auf die Demokratie

Nach Codeceo können Verfassungsreformen in sechs Thementeile unterteilt werden: Repräsentativität, ideologische Verfolgung, Streitkräfte, Präsidentialismus, übergeordnete Instanzen und Mechanismen für eine Verfassungsreform. (Codeceo 2007, 174). Im folgenden Absatz wird den Themen nachgegangen.

Bei der Frage der Repräsentativität ging es vor allem um die Verringerung des Einflusses der Vertreter des Militärs bei politischen Entscheidungen. Das Fundamentale dabei war, dass, durch die Erhöhung der Anzahl der gewählten Senatoren, die entsandten Senatoren keine kontrollierende oder einschränkende Rolle bezüglich legislativer Arbeit hatten. Durch die Verfassungsreformen wurde der Artikel 8 aufgehoben, der Repression und politische Verfolgung während der Diktatur bestimmte. Dies war ein großer Erfolg für die Opposition, da sie darin, die Bereitschaft des Regimes sich zu verändern, gesehen hat. In Bezug auf die Streitkräfte

ist wichtig hervorzuheben, dass die völlige politische Kontrolle der Streitkräfte durch die Verfassungsreform nicht erreicht wurde. Trotzdem hat sich die politische Kontrolle der Streitkräfte durch den Artikel vergrößert, der zusätzlich zum „Regierungserlass die Konformität mit dem entsprechenden Staatsgrundgesetz“ einforderte. (Vgl. Codoceo 2007, 175)

Die Verfassung von 1980 ging von einem klaren Sieg Pinochets im Plebiszit 1988 aus. Da es dazu nicht gekommen ist, wurden die Machtbefugnisse des Präsidenten wesentlich eingeschränkt, einige sogar komplett aufgehoben. Eine Zweidrittelmehrheit war vor der Verfassungsreform erforderlich, damit ein auf Vorschlag des Präsidenten zu verabschiedendes Gesetz im Kongress abgelehnt wird. Jetzt benötigt der Präsident um eine legislative Initiative zu starten, Zweidrittel der Stimmen der anwesenden Abgeordneten. Die Anzahl der zivilen Repräsentanten wurde mit der Anzahl militärischer Vertreter im Sicherheitsrat angeglichen, womit die militärische Vorherrschaft im Sicherheitsrat beendet wurde. Der zweite wichtige Fortschritt in eine demokratische Richtung stellte die Einschränkung der Kontrollfunktion des Nationalen Sicherheitsrates über die anderen staatlichen Instanzen dar. Damit wurde er zu einer Art Ratgeber für Präsident und Kongress in Situationen der Gefahr für Sicherheit und Ordnung. (Vgl. Codoceo 2007, 177-178) Der Opposition ist es mit der Verfassungsreform gelungen, Mechanismen für eine Verfassungsänderung zu modifizieren. In diesem Bereich wurde, was sich in Zukunft noch zeigen würde, der bedeutendste Gewinn der oppositionellen Forderungen bei der Verfassungsreform 1989 erreicht. Nach den alten Mechanismen waren für eine allgemeine Verfassungsänderung über 60% der parlamentarischen Stimmen und die Bestätigung durch den Präsidenten notwendig. Die Verfassungsreform brachte eine Vereinfachung der Mechanismen in Bezug auf eine Verfassungsänderung mit sich. Die Schwelle von 60% für eine allgemeine bzw. 67% für eine grundlegende Verfassungsänderung blieb, der Prozess wurde aber vereinfacht.

Die Verfassungsreform von 1989 ist jedoch umstritten, weshalb alle Aspekte und ihre Auswirkungen genauer betrachtet werden. Sie stellte eine Rechtfertigung sowie die offizielle durch das Plebiszit vom 31. Juli 1989 (bestätigte die Verfassungsreform, Anm.M.B.) geschaffene Legitimierung der Verfassung von 1980 dar. Auf der anderen Seite wurden mit dem Erlass der Verfassungsreform die Machtverhältnisse des alten Systems wie die Rolle des Militärs, Pinochet im Amt des Oberbefehlshabers usw.

aufgehoben. Allerdings bedeutete die Verfassungsreform nicht das letzte Wort des alten Regime, was sich in der Verabschiedung der Leyes de amarre ausdrücken würde.

5.1 Die „Fesselgesetze“ (Leyes de amarre)

Eine der letzten politischen Aktivitäten der Exekutive war die Verabschiedung der so genannten Fesselgesetze. Pinochet nutzte seine Vormachtstellung als „Präsident“ bis zum Schluss. Die Leyes de amarre können am besten als die Ergänzung der Kontinuität des autoritären Modells beschrieben werden. (Vgl. Codoceo 2007, 183) Sie haben die Handlungsspielräume der künftigen demokratischen Regierung minimalisiert. Die Fesselgesetze waren auf ein breites Spektrum von Bereichen ausgerichtet. Sie hatten die Form von Staatsschutzgesetzes und ihre primäre Aufgabe war an der Aufrechterhaltung der alten Regimestrukturen im neuen System orientiert. Da sie unter die Staatsschutzgesetze fallen, war für ihre Änderung ein hohes Maß an Abgeordnetenstimmen bzw. 63% von allen aktiven Abgeordneten und Senatoren erforderlich. (Vgl. Codoceo 2007, 183) Dazu ist ein diktatorisches Merkmal zu berücksichtigen, das bei den Fesselgesetzen in der geographischen Einteilung der Distrikte zum Vorschein kam. Das Regime hat nämlich jene Provinzen, die im Plebiszit für die Diktatur gestimmt hatten, mit einem höheren Anteil an Abgeordneten im Parlament als den Preis für ihre Loyalität belohnt. Ein anderes Gesetz, mit dem eigentlich der Verfassungsartikel über Ernennung, Entlassung und Beförderung der Offiziere der Polizei und Waffengattungen ergänzt wurde, wurde in Form von dem Gesetz über die Streitkräfte und Polizei. Durch das Gesetz ermöglicht, dass die Streitkräften noch autonomer von der zivilen Macht wurden, indem der jeweilige Oberbefehlshaber bei bestimmten Angelegenheiten wie Entlassung, Ernennung und Beförderung zustimmen soll. Um diese administrative Brutalität des Regime der Demokratie besser zu verstehen, ist es sinnvoll das Staatsgrundgesetz über das oberste Gericht zu erwähnen. Das Gesetz sollte sicherstellen, dass diese Stelle von regimetreuen Mitgliedern so lange wie möglich behalten werden kann. Die Anzahl der Mitglieder wurde von 13 auf 16 erhöht. Dies bedeutete die Ernennung von drei

zusätzlichen Mitgliedern durch das Regimes. Der Erlass des Gesetzes über öffentliche Angestellte verbot die Kündigung aller an den Funktionen tätigen Angestellte, so dass sich das Regime eine starke Unterstützung in der neuen Verwaltung gesichert hat (Vgl. Codoceo 2007, 185). Schlußendlich soll bemerkt werden, dass die Verabschiedung der Leyes de ammare eine zusätzliche Hürde im Übergang zur Demokratie darstellten. Das alte Regime hat mit ihnen versucht, demokratische Reformen so stark wie möglich durch die Einschränkung der Steuerungsmöglichkeiten zu verlangsamen.

6. Wiedereinführung der Demokratie

Bei den ersten freien Wahlen nach 20 Jahren setzte sich der Kandidat des Mitte-Links-Bündnisses, der Concertación, Patricio Aylwin erfolgreich durch. Mit 55,2 % der abgegebenen Stimmen erzielte er im ersten Wahlgang einen klaren Sieg über den rechtsorientierten Hernán Büchi Buc und den Kandidaten des Zentrums Francisco Javier Errázuriz Talavera. Doch der mühevollen Prozess der Rückkehr zur Demokratie hat erst mit dem Amtsantritt von Patricio Aylwin begonnen. Die ersten Ziele, die sich der neue Präsident setzte, waren demokratische Stabilität, wirtschaftliches Wachstum und Gleichheit für alle.

Tabelle 8: Präsidentschaftswahlen 1989 – Stimmenverteilung

Kandidat	Stimmen	Prozentsatz
Hernán Büchi Buc	2.052.116	29,40%
Francisco Javier Errázuriz Talavera	1.077.172	15,43%
Patricio Aylwin Azócar	3.850.571	55,17%
Gültige Stimmen	6.979.859	

Quelle: <http://www.elecciones.gov.cl>, entnommen am 18. März 2008

Die neue Regierung musste sich sowohl mit den vom alten Regime geerbten Problemen als auch mit neuartigen Herausforderungen wie der Globalisierung oder der Vergangenheitsbewältigung beschäftigen. In ökonomischer Hinsicht lagen die Aufgaben der ersten demokratischen Regierung nach der Diktatur vor allem in der Steigerung des Bruttoinlandsproduktes sowie in der Bekämpfung der Inflation. Die chilenische Wirtschaft hatte während der Periode der Diktatur einige Schwünge. Politisch öffnete sich Chile in vielfacher Weise, wodurch die Lage und das Ansehen des Landes im internationalen Rahmen wesentlich verbessert wurde. Im Inneren standen die anspruchsvollen Ziele der neuen Entscheidungsträger von Beginn an durch die Verfassungsbestimmungen und die Kompromisse mit dem alten Regime unter schwierigen Vorzeichen. Aufgrund dessen wurden die politischen Reformen nur Schritt für Schritt durchgesetzt. Die Konsolidierung wird erst in den späten 1990er Jahren unter der Regierung von Frei (1994 – 2000) erfolgen. (Vgl. Rinke 2007, 184) Ein wichtiges Merkmal, das das internationale Ansehen Chiles nicht begünstigte, war die fehlende Auseinandersetzung mit den Gespenstern der Vergangenheit, die das alltägliche Leben vieler Chilenen immer noch prägten. Die Demokratie musste sich nun dem Problem stellen. Eine der Hauptaufgaben der Demokratie war die in der Diktatur nicht beachteten Grundrechte wiederherzustellen. Codeceo sagt dazu, dass der Anspruch, die Wahrheit zu ermitteln und die Gerechtigkeit bei schweren Menschenrechtsverletzungen walten zu lassen, war ein Vorhaben, das im Regierungsprogramm klar enthalten war. (Codeceo 2007, 258) Es war klar, dass die Strukturen des alten Regimes noch wesentlichen Einfluss auf die Politik ausüben konnten. Dies war das Ergebnis des Kompromisses mit der Diktatur. Aylwin zeigte seine demokratische Einstellung, indem sich die Periode nach der Machtübernahme durch den politischen Revancheismus nicht kennzeichnen ließ.

Mit dem Amtsantritt von Patricio Aylwin am 11. März 1990 wurde der Demokratisierungsprozess endlich institutionalisiert und Chile bekam den ersten demokratischen Präsidenten seit 1970. Obwohl Pinochet und seine Nachfolger immer noch einige Funktionen innehatten, war es klar, dass Chile, mit der Wende, auf dem Weg der „Wiedereroberung“ der Demokratie war. Interessant ist der Umgang des demokratischen Systems mit dem Ex-Diktator. Einer der Übergangartikel der Verfassung sah vor, dass Pinochet bis 1998 Oberbefehlshaber der Truppen blieb. Der Widerspruch erzeugt noch eine Besonderheit der chilenischen Transition. Die Möglichkeit eines praktischen Mitregierens ist damit nicht ausgeschlossen, wogegen

sich Präsident Aylwin selbst ausgesprochen hat: *„Es sei weder für das Land noch für die Armee gut, dass er (Pinochet) den Oberbefehl über die Streitkräfte behalte, aber die Regierung sein Recht, im Amt zu bleiben, respektiere und anerkenne, wodurch die Entscheidung darüber bei Pinochet selbst läge.“* (Codoceo 2007, 326). Diese Haltung von Aylwin war ein weiterer Wegweiser seiner demokratischen Einstellung und seines Vorhabens, Chile komplett neu in Demokratie umzugestalten. Allerdings ist die Frage nach dem Vergangenheitserbe viel tiefer, indem innerhalb der herrschenden Koalition verschiedene Ansätze gegeben hat, wie man die Vergangenheit angehen sollte.

Die chilenische Transition der späten 1980er Jahren steht nicht in einem direkten Zusammenhang mit äußeren Faktoren. Sie ist eher das Resultat der inneren Bedingungen, die durch die chilenische Opposition und ihre Kompromiss- und Dialogbereitschaft vorangetrieben worden sind. Auch nach dem Plebiszit und der Verfassungsänderung war ganz sicher, dass die Strukturen des alten Regimes dennoch einen gewissen Einfluss in der neuen Politik haben würden, dies muss aber als ein bewusstes Zugeständnis der Opposition dem Regime gegenüber betrachtet werden. Falls die Opposition einigermaßen nicht gehandelt hätte, wäre der gesamte Transitionsprozess gefährdet gewesen. Trotzdem muss man der Mut der Opposition betonen, sich einer Militärdiktatur gegenüberzustellen und offen eine systematische Transformation zu verlangen. In diesem Sinne kann gesagt werden, dass die Opposition auf eine bestimmte Art von ausländischen Faktoren geprägt war. Unter ausländischen Faktoren verstehe ich hier vor allem die Vereinigten Staaten, die unter der Reagan-Administration einen Demokratisierungskreuzzug geführt haben. Chile ist nicht eines der interessantesten Beispiele des amerikanischen Engagements, sollte aber als Aktivität der US-Außenpolitik der Demokratieförderung gesehen werden, was offiziell schon 1986 angekündigt wurde: *„We would like to see Chile participate very soon in the surge toward democracy which has been sweeping the hemisphere. We also know that we cannot impose on Chileans when and how this will occur. But we can help them to make it happen sooner by implementing a prudent foreign policy which actively pursues all possible ways of encouraging dialogue and moderation, which at the same time avoids actions on our part that exacerbate tensions in Chile (...) Chilean Government leaders say they are committed to a transition to a genuine democracy, and we will continue to press them to carry out their commitment. We consider it reasonable to expect to see tangible evidence of steady movement toward*

a transition to civilian rule. Such expectations represent neither interference in Chile's affairs, nor a policy of passive acceptance of military rule. A broad consensus in the country must be developed as a necessary foundation on which to build stable democratic institutions.“ (http://findarticles.com/p/articles/mi_m1079/is_v86/ai_4150080), entommen am 18. März 2008

Es kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, ob sich die Amerikaner bei der Transition zur Demokratie in Chile eingemischt haben. Was auf jeden Fall, gesagt werden kann, ist dass die amerikanische Aktion in der demokratischen Transition Chiles, vor allem, in Form einer unter Druck Setzung und Aushilfe bei der Ausbildung chilenischer Opposition existierte. Die Formen der Hilfe zielten auf die Lockerung der Militärdiktatur ab, wodurch es der Opposition gelingen sollte, im Plebiszit das Regime von Pinochet endlich zu besiegen. Darauf weist auch die amerikanische Haltung hin: „(...) *the Chilean Government has agreed to permit the rapporteur to visit Chile. (...) We hope that the government adopts all the recommendations of the special rapporteur and sees to their prompt and full implementation.*“ (http://findarticles.com/p/articles/mi_m1079/is_v86/ai_4150080), entommen am 18. März 2008. Ähnliche Aktivitäten wurden seitens der USA unternommen. Durch die Bankkredite der Internationalen Finanziellen Institutionen (IFI) wurde versucht, Chile mitzuteilen, dass seine Rückkehr zur Demokratie von der Internationalen Gemeinschaft aktiv unterstützt werden würde. All dies verschaffte allerdings nur eine Basis für das weitere Handeln der Opposition in Chile. Äußere Faktoren dürfen nicht unterschätzt werden, aber ihre Wichtigkeit darf trotz allem auch nicht übertrieben hervorgehoben werden. Ich der Meinung, dass die chilenische Transition als ein von inneren Akteuren mit Hilfe internationaler Faktoren durchgeführter Prozess bezeichnet werden sollte.

In der chilenischen Öffentlichkeit herrscht eher die Meinung vor dass die Transition eine rein innerchilenische Angelegenheit war, bei der Patricio Aylwin und Augusto Pinochet, jeder auf seinem Gebiet, die führende Persönlichkeiten des Prozesses waren. Sie haben eine Schlüsselrolle im Übergang zur Demokratie gespielt, aber ihre Aufgabe ist, die chilenische Gesellschaft zu transformieren und die Demokratie erflogreich zu konsolidieren. Das Gewicht dessen liegt in der Tatsache, dass sie miteinander ausgemacht und sich verstanden haben, Zurückhaltung und Vernunft

walten zu lassen. (Vgl. Codoceo 2007, 331) Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Besonderheit der chilenischen Transformation im Wesentlichen im Inneren lagen. Der äußere Einfluss hat eine verborgene Rolle latenten Aushelfers gespielt, war aber nicht für die Demokratisierung ausschlaggebend. Der chilenische Fall muss auch kritisch angesehen werden, weil die neue Demokratie gewisse Schwäche gegenüber den alten Strukturen zeigte. Das soll dennoch verstanden werden, insofern die langfristigen Ziele erfüllt werden wollen.

V Schlussfolgerungen

Mit der vorliegenden Arbeit wollte ich, den Verlauf der politischen Ereignisse in Chile in der Periode 1970 – 1990 darzustellen. Die vorwiegende Absicht der Arbeit war, eine Analyse des chilenischen Übergangsprozesses zur Demokratie durchzuführen, sowie das Phänomen des Zusammenhangs der diktatorialen Vergangenheit mit der demokratischen Tradition des chilenischen Staates zu analysieren. In der Arbeit werden verschiedene Faktoren der chilenischen Transitions-gesellschaft analysiert. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in den Perioden um die Jahre 1973 und 1988, wobei die Zeitspanne vor dem Putsch 1973 sowie die Zeit der Diktatur als zusätzliche Erklärungsfelder des Phänomens des chilenischen Falles dienen.

Im zweiten Kapitel wird zuerst ein Überblick der politischen Geschichte Chiles seit der Unabhängigkeitserklärung zu Beginn des 19. Jahrhunderts gegeben (Das erste Kapitel beschäftigt sich mit theoretischen Überlegungen zum Thema Chile, Anm. M.B.). Das Kapitel geht von der Prämisse aus, dass die chilenische Gesellschaft im Laufe des 19. Jahrhundert und von Anfang der Staatlichkeit an, am Aufbau von demokratischen Werten gearbeitet hat. Dies betrifft die Bildung von politischen Parteien, Partizipationsmöglichkeiten, politischen Wettbewerb und die Rolle des Staates im politischen Leben. In weiterer Folge wird eine zeitliche Entwicklung des politischen Chile analysiert, wobei die wichtigsten Geschehenisse des Politischen in Chile dargestellt werden. Man muss betonen, obwohl der Teil der Arbeit in Bezug auf Geschichte verfasst wurde, dass er dennoch mit Berücksichtigung von politischen theoretischen Konzepten, die in dem theoretischen Teil bearbeitet werden, geschrieben wurde. Ich habe versucht, den historischen Überblick so gut wie möglich in einen Kontext der Politikwissenschaft zu bringen bzw. eine Korrelation mit meinen theoretischen Überlegungen zu finden. Dies bezieht sich, vor allem, auf den zweiten Teil des 20. Jahrhunderts, als die bilateralen Beziehungen Chiles mit den Vereinigten Staaten von Amerika ihren Höhepunkt erreicht haben. Das Kapitel bietet eine deutlichere Verständigung der seit den 1950er Jahren auf der internationalen Ebene abgesehenen Ereignisse, die die chilenische politische Szene im Wesentlichen prägten. Deshalb wurde im Kapitel über den historischen Überblick mehr auf das 20.

Jahrhundert bestanden, was als gewisse Einleitung für den inhaltlichen Teil dient. Dazu wurden im Rahmen dieses Kapitels die Besonderheiten in der Entwicklung des politischen Systems dargestellt.

Der inhaltliche Teil beschäftigt sich mit den Fragen, wie die Gesellschaft in politischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht unter der Regierung der Unidad Popular d.h. von Salvador Allende Gossens gestaltet wurde; was die Machtübernahme durch die Militärjunta für das Land bedeutete; welche Rahmenbedingungen für die Machtübernahme geschaffen wurden; wie sich das politische, wirtschaftliche und soziale Leben unter der Herrschaft der Junta entwickelte usw. Der Teil umfasst eine Periode von ca. zehn Jahren, vom Wahlsieg der Unidad Popular von Allende bei den Wahlen 1970 bis zur Verabschiedung der neuen Verfassung im Jahr 1980. Der inhaltliche Teil ist vor allem in einer analytischen Form präsentiert, indem alle beschriebenen Ereignisse aus einer kritischen Sicht betrachtet sind. Seine Gliederung kann in vier Etappen oder Unterkapitel unterteilt werden: die erste Etappe beschäftigt sich mit den Wahlen 1970 bzw. ihren Rahmenbedingungen und den Ausgangspositionen der an den Wahlen beteiligten Kandidaten. Ich empfand es als wichtig, die Programme der konkurrierenden Kandidaten darzustellen, um ihre Programme und Versprechungen deutlicher zu machen. Dazu habe ich einige Aufmerksamkeit den Details ihrer Kampagnen geschenkt. Wesentliche dabei ist das Unterkapitel *1.2 Der ausländische Einfluss auf die Wahlen 1970*, in dem die äußere, vor allem, amerikanische, Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chiles kritisch analysiert wurde. Hierbei liegt der Fokus auf der Beobachtung der Ereignisse auf der wirtschaftlichen Ebene und die möglichen Auswirkungen des Sieges von Allende. Die Analyse lehnt sich an den Church Report an, ohne dessen Hilfe das Unterkapitel nicht entstehen hätte können. Der Church Report ist ein offizieller Bericht des amerikanischen Senats über die geheime Operation in Chile in den Jahren 1963 – 1973 und stellt einen Grundstein für die Analyse dieses Themas dar. Er erklärt wie das außenpolitische Handeln der USA gegenüber Chile zu diesem Zeitpunkt vor allem durch die CIA organisiert war bzw. wie der Geheimdienst den für die chilenische Linke positiven Ausgang der Wahlen zu untergraben versuchte.

Das darauffolgende Unterkapitel 2 des inhaltlichen Teils befasst sich mit der Regierung des Sozialisten Allende. Das Unterkapitel 2 zielt darauf ab, dem sozialen Programm der Unidad Popular nachzugehen. Ausgegangen wurde von der

Arbeiterschaft bzw. in der Auffassung Allendes den Werktätigen als sozialer Basis der neuen Gesellschaft. Beschrieben wurden Innen- und Außenpolitik sowie die wirtschaftliche Frage der Nationalisierung und Verstaatlichung von Unternehmen, vor allem im Kupferbergbau. Man sollte betonen, dass die Außenpolitik Chiles unter der Regierung Allende nicht mit isolationistischen Tendenzen geführt wurde, worauf auch die Bereitschaft hinweist, gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, dem größten Unterstützer der anti – Allende Haltung, zu etablieren. Auf der anderen Seite hatte die chilenische Außenpolitik dennoch eine stark sozialistische Komponente, indem gleich nach dem Amtsantritt Beziehungen mit allen kommunistisch ausgerichteten Staaten aufgenommen wurden. In der Innenpolitik versuchte die Regierung der Unidad Popular *eine neue Demokratie sozialistischer Prägung* zu etablieren. Dies sollte eine umfassende Umwandlung des gesamten politischen und sozialen Systems beinhalten. Auf der innenpolitischen Ebene herrschte, während der Herrschaft der Volkseinheit, starke mediale Propaganda vor, mit deren Hilfe Einfluss auf die Öffentlichkeit ausgeübt wurde. In wirtschaftlicher Hinsicht beschäftigt sich das Unterkapitel 2 mit den Schwierigkeiten, mit denen die Volkswirtschaft Chiles nach der Einführung einer sozialistisch orientierten Ökonomie betroffen war. Hohe Inflation, eine geringe Import- und Exportrate sind nur zwei Probleme, mit den die chilenische Wirtschaft unter der UP – Regierung zu kämpfen hatte. Der Rest des inhaltlichen Kapitels analysiert die Vorbedingungen des Putsches 1973 und den Putsch selbst. Der Fokus liegt auf der Erklärung von politischen Gründen und der Rolle des Militärs. In der Arbeit wurde einige Male erklärt, dass das Militär die Rolle des Wächters der konstitutionellen Ordnung inne hatte, was die Lage zusätzlich verschärfte. Innerhalb dieser Etappe d.h. nach der Machtübernahme durch das Militär wurde die allgemeine Bereitschaft der Militärs deutlich, die Gesellschaft durch Repression und erhöhte Militarisierung zu kontrollieren und ihr Handeln durch die Doktrin der Nationalen Sicherheit zu rechtfertigen. Das vierte und letzte Unterkapitel beschäftigt sich mit der Junta, mit ihrem Kern und ihren Grundlagen. Mit dem erfolgreich durchgeführten Putsch wurde Chile ein neues Experimentierfeld für das Projekt der autoritären Demokratie und neoliberaler Wirtschaft. Die von den Militärs versprochene Rückkehr zur Demokratie, nach der Beseitigung des kommunistischen Übels, war nur einer der vielen Versuche der Rechtfertigung des Putsches. Diese Periode der politischen Geschichte Chiles lässt sich durch enorme Brutalität eigenen Volk gegenüber charakterisieren.

Rückkehr zur Demokratie heisst das vierte und abschließende Kapitel der Arbeit, das das Phänomen der möglichen Demokratisierung der durch den militärischen Terror runierten Gesellschaft in Chile analysiert. In der vom Regime verabschiedenen Verfassung 1980 wurden die einzelnen Phasen und Rahmenbedingungen für die Rückkehr zur Demokratie festgelegt. Das vierte Kapitel beginnt mit dem Erlass der Verfassung von 1980. Dieser Zeitpunkt als Neubeginn bzw. Beginn der Rückkehr zur Demokratie ist nicht zufällig gewählt. Obwohl sich Chile im Jahr 1980 Meilen weit entfernt von der Rückkehr zur Demokratie war, da damals unter anderem die Organisation und Tätigkeit von politischen Parteien verboten war, stellt die Verabschiedung der Verfassung 1980 einen Wendepunkt im Demokratisierungsprozess in Chile dar. Folglich wird in dem Kapitel die Frage der Einwirkung der Akteure auf den Übergangsprozess analysiert. Wie bereits bekannt ist, bestand die chilenische Opposition aus zwei verschiedenen Strömungen mit zwei unterschiedlichen Strategien, die beide versucht haben, das Militärregime zum Rücktritt zu zwingen. Eine oppositionelle Strömung kann als moderat bezeichnet werden, während die andere ihre Ziele d.h. den Sturz des Regimes mit Hilfe von revolutionären Mitteln erreichen wollte. Beide Strategien zeigten zahlreiche Schwierigkeiten, so dass gesagt werden kann, dass der Demokratisierungsprozess durch das Regime selbst vorangetrieben wurde. Diese Behauptung kann in vielfacher Weise bewiesen werden. Es genügt zu sagen, dass die Durchführung des Plebiszits von der herrschenden politischen Elite getroffene Entscheidung war. Das im Plebiszit im Jahre 1988 hat das Militärregime beendet. Dies muss aber als den vom Regime vorgegebenen Prozess betrachtet werden. Dank dem hohen Grad an Organisation der Opposition stimmten fast 56% der Bevölkerung ein Nein zur verlängerten Herrschaft des Regimes. Das vierte Kapitel beschäftigt sich in weiterer Folge auch mit der Verfassungsreform von 1989, die die Verfassung von 1980 im Großen und Ganzen modifiziert hat, wodurch die von der Opposition im Laufe der 1980er Jahre abgelehnte und als illegitim bezeichnete Verfassung bestätigt und legitimiert wurde. Zusätzlich wurden alle politischen Aktivitäten der chilenischen oppositionellen Kräfte wie die Nationale Übereinkunft analysiert. Das Kapitel „*Rückkehr zur Demokratie*“ befasst sich mit der Periode zu den Präsidentschaftswahlen 1989 und dem Wahlsieg des Kandidaten des Mitte - Linksbündnisses Concertación Patricio Aylwin. Es muss hervorgehoben werden, dass diese Arbeit die Konsolidierung der Demokratie in Bezug auf die Legitimation und Institutionalisierung der politischen Ordnung sowie

die Wiederbelebung der Wirtschaft und ihren Schwung ab Mitte der 1990er Jahre nicht bearbeitet. Daher wurde auch dem Thema der Vergangenheitbewältigung nicht nachgegangen.

In Bezug auf die Theorie möchte ich meine Ausgangspositionen klären. Die Arbeit wird durch die folgenden theoretischen Konzepte untermauert: Als erstes durch die neokonservative These „Beseitigung des Tyrannen“. Das zweite Konzept basiert auf den Gedanken von Michael McFaul zu Engagement. Die beiden Ansätze wurden im theoretischen Teil bzw. im ersten Kapitel erklärt. In der Arbeit wurde vor allem versucht, die von der amtierenden amerikanischen Administration vertretene These „Beseitigung des Tyrannen“ in Zusammenhang mit dem chilenischen Coup d'état 1973, natürlich im Rahmen des Kalten Krieges zu bringen. In erster Linie war es meine Intention zu zeigen, dass dieses außenpolitische Handeln im Irak Krieg und bei der Beseitigung von Saddam Hussein nicht zum ersten Mal verwendet wurde, sondern dass die amerikanische Außenpolitik bereits in der Vergangenheit zumindest ähnliche Aktivitäten setzte. Es wurde beabsichtigt, das Engagement-Konzept mit der Außenpolitik Reagans der Demokratieförderung zu verknüpfen. Innerhalb dieses theoretischen Rahmens habe ich versucht die Kontakte der Reagan Administration mit General Pinochet und seinem Machtkreis darzustellen. Mein Vorhaben war, zu beweisen, dass durch die Verwendung des Engagement-Konzeptes in Chile der Transitionsprozess teilweise vorangetrieben wurde. Die oben genannten theoretischen Konzepte haben mir geholfen, die Besonderheit des chilenischen Übergangsprozesses zur Demokratie deutlicher zu verstehen.

Nach 20 turbulenten Jahren ist Chile praktisch in die demokratische Welt zurückgekehrt. Das Erbe der Diktatur war in den ersten Jahren nach 1990 und dem Amtsantritt von Patricio Alwyn sichtbar, aber die Bedeutung von Alwyn lag in der Überwindung der aus der Diktatur stammenden Schwierigkeiten. Die weitere Entwicklung des Landes trieb die regierende Koalition Concertación mit Hilfe einer klugen ökonomischen Politik voran, die zur raschen Erholung der Wirtschaft geführt hat. Viele Wissenschaftler und auch der damalige Präsident Lagos sehen die Verfassungsreform 2005 als Abschluß des Transitionsprozesses. Aber die amtierende Präsidentin Bachelet führt noch weitere Reformen durch, so dass die Frage schwierig zu beantworten ist.

Heutzutage gilt Chile als eines der höchst entwickelten Länder Südamerikas. Von der ersten demokratisch gewählten Regierung Alwyns über die Amtsperiode von Eduardo Frei und Ricardo Lagos bis zur heutigen Präsidentin Michelle Bachelet gelang es Chile einen Weg der Redemokratisierung und des wirtschaftlichen Wachstums zu beschreiben. Die Regierung von Ricardo Lagos (2000 – 2006) hat wesentlich zur Modernisierung des Staates und der Rückkehr zum traditionellen demokratischen System beigetragen, indem sie eine tiefgreifende Reformpolitik durchgeführt hat. Das Freihandelsabkommen mit der EU, China, allen amerikanischen und vielen asiatischen und pazifischen Staaten wurde unterschrieben, was der chilenischen Wirtschaft noch einen positiven Schwung gegeben hat. Es gelang Lagos, das erste Scheidungsgesetz in der Geschichte des Landes zu erlassen sowie die Frage nach Entschädigungszahlungen an Folteropfer des Pinochet Regimes zu fördern. Die anderen Reformmaßnahmen betrafen Gesundheitswesen, Bildung und Wohnungsbau. Die wichtigste Aufgabe der Lagos Regierung lag in der erfolgreichen Verfassungsreform. Mit der neuen Artikeln wurden Macht und Einfluss des Militärs begrenzt und undemokratische Elemente der Legislative beseitigt. Der berühmte Artikel 90 spricht der Armee nicht mehr die Rolle des Wächters der Verfassung zu. Präsident Lagos kündigte den Abschluß der Transition mit den erfolgreich durchgeführten Verfassungsreformen an, was noch eine Besonderheit an der chilenischen Transition darstellt. Der Demokratisierungsprozess hat sich über drei postautoritäre Regierungen ausgedehnt. Mit Präsident Lagos ist der Prozess endlich beendet worden, wodurch Chile wieder in den Kreis der westlich demokratischen Gesellschaften eingegliedert wurde. Die seit März 2006 amtierende erste Präsidentin in der Geschichte Chiles, Michelle Bachelet, liberalisierte das politische System noch weiter, wodurch die demokratische politische Kultur scheinbar wiederhergestellt zu werden. Ihre Tendenzen nach Offenheit in dem politischen Diskurs, nach voller Eingliederung der von der Diktatur ausgeschlossenen ins neue System der Werte, versuchen das chilenische Volk in Zukunft zu bringen. Mit ihrem Antritt bekam Chile ein Staatsoberhaupt, das die Stabilität in der Demokratie, positive Entwicklung in der politischen Kultur und in der Aufarbeitung der Vergangenheit aufrechterhalten und fördern wird.

Bibliographie

- Alemann, Ulrich von** [Hrsg.] 1995: Politikwissenschaftliche Methoden : Grundriß für Studium und Forschung. Opladen. Verl.
- Allende, Salvador** 1972: Chiles Weg zum Sozialismus. Hammer. Wuppertal.
- Alywin, Patricio** 1998: El reencuentro de demócratas. Del golpe al triunfo del NO. Santiago de Chile.
- Arenhövel, Mark** 1998: Transition und Konsolidierung in Spanien und Chile. Gießen.
- Bamford, James** 2002: Body of Secrets: Anatomy of the Ultra-Secret National Security Agency. Anchor Books. New York, NY.
- Barrios, Harald** 1999: Die Außenpolitik junger Demokratien in Südamerika: Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay. Opladen – Leske.
- Behnke, Joachim; Baur, Nina & Behnke, Nathalie** 2006: Empirische Methoden der Politikwissenschaft. Schöningh. Paderborn ; Wien [u.a.].
- Bohdal, Helga** 1972: Chile – zwei Jahre der Unidad Popular. Wien.
- Borzutzky, Silvia** 1987: The Pinochet Regime. Crisis and Consolidation. S. 70 in: Malloy, James M.: Authoritarians and Democrats: Regimes in Latin America. Pittsburg.
- Buchstein, Hubertus** 2004: Demokratie, in: Göhler, Gerhard et.al (Hrsg): Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung, Wiesbaden. S. 47 – 65.
- Burbach, Roger** 2004: Imperial overstretch: George W. Bush and the hubris of empire. Nova Scotia. Fernwood
- Campo, Consuelo del** 2002: Der Fall Pinochet und seine Auswirkungen auf den Demokratisierungsprozess in Chile. (Dipl. Arb.). Wien.

Cavallo, Ascanio 1997: La historia oculta del régimen militar: Memoria de una época 1973-1988. Grupo Grijalbo-Mondadori. Santiago de Chile.

Carothers Thomas 2002: The End of the Transition Paradigm in: Journal of Democracy, 13(1), pp. 5-21.

Codoceo, Fernando 2007: Demokratische Transition in Chile. Kontinuität oder Neubeginn? Wissenschaftlicher Verlag. Berlin.

Collier, Simon 1996: A History of Chile 1808 – 1994. Cambridge University Press. Cambridge.

De Vylder, Stefan 1976: Allende's Chile : the political economy of the rise and fall of the Unidad Popular. Cambridge Univ. Press. Cambridge.

Frey, Eric 2004: Schwarzbuch USA. Eichborn Ag. Frankfurt am Main.

Friedman, Milton 1999: Two Lucky People. Memoirs. Univ. of Chicago Press. Chicago

Garretón, Manuel 1982: La institucionalización política del régimen militar chileno 1973-1982. Santiago de Chile.

Garretón, Manuel 1986: The Political Evolution of the Chilean Military Regime. S.98 in: O'Donnell, Guillermo 1986; Transitions from authoritarian rule. Latin America. John Hopkins Univ. Press. Baltimore.

Garretón, Manuel 1995: Hacia una nueva era política. Estudio sobre las democratizaciones. Santiago de Chile.

Gärtner, Heinz 2005: Internationale Sicherheit. Definitionen von A – Z. Nomos. Baden – Baden.

Huntington, Samuel P. 1991/1992: in: Political Science Quarterly, Volume 106, Number 4, S. 579-616.

Hybel, Alex Roberto 2006: The Bush administrations and Saddam Hussein: deciding on conflict. Palgrave Macmillan. Basingstoke [u.a.].

Kagan, Robert 2003: Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung. Berlin: Siedler.

Klein, Marcus 1993: Chile unter Pinochet. Univ. Wien. Wien.

Linz, Juan in 1975: Totalitarian and Authoritarian Regimes. S. 285 in: Greenstein, Fred I. 1975: Handbook of Political Science. Band II. Reading.

Linz, Juan & Valenzuela, Arturo 1978: The Breakdown of Democratic Regimes. John Hopkins Univ. Press. Baltimore.

Linz, Juan J./Stepan, Alfred (1996): Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, Baltimore, S. 3-87.

McFaul, Michael & Adesnik, David 2006: Engaging Autocratic Allies to Promote Democracy. In: The Washington Quarterly – Spring 2006.

Mires, Fernando 1975: Die Militärs und die Macht. Thesen zum Fall Chile. Rotbuch Verlag. Berlin.

Neumann, Gunther 1983: 3 Jahre Unidad popular in Chile, der gescheiterte Versuch eines Weges aus 150 Jahren Unterentwicklung und Armut : Eine Länderfallstudie vor dem Hintergrund wirtschaftl. Abhängigkeit. Wien (Dipl. Arb.)

Nohlen, Dieter 1973: Chile: Das sozialistischen Experiment. Hoffman und Campe. Hamburg.

Nohlen, Dieter 1974: Feuer unter der Asche. Signal. Baden – Baden.

Nye, Joseph S. Jr. 2004: Soft power. The Means to success in World Politics. Public Affairs, New York.

Portales, Felipe 2000: Chile. Uma democracia tutelada. Santiago de Chile.

Remmer, Karen L. 1989: Military rule in Latin America. Unwin Hyman. Boston.

Rinke, Stefan 2007: Kleine Geschichte Chiles. Beck. München.

Ruiter, Robin de 2004: Der 11. September 2001 und andere Verbrechen gegen die Menschheit: im Namen der Neuen Weltordnung ; [der Reichstag des George W. Bush]. Zambon. Frankfurt am Main

Silva, Patricio 1991: The Military Regime and Restructuring of Land Tenure. S. 19-20 in: Latin American Perspectives 18, 1991.

Varas, Augusto 1987: Los militares en el poder. Santiago de Chile.

Vial, Gonzalo 2002: Pinochet. La biografía. 2 Bände. Santiago de Chile.

Woodward, Bob 2004: Plan of attack. Simon & Schuster. New York, NY [u.a.].

Webseiten

40 Komitee: http://en.wikipedia.org/wiki/40_Committee

Carnegie Endowment for International Peace: www.carnegieendowment.org

CATO Institut zur Förderung der persönlichen Freiheit, von freien Märkten und des Freidens: <http://www.elcato.org>

Church Report. Covert Action in Chile 1963-1973: <http://foia.state.gov/reports/churchreport.asp>

Die außenpolitische Zeitschrift: <http://www.commentarymagazine.com/>

Die Botschaft Chiles in Deutschland: <http://www.embajadaconsuladoschile.de>

Die chilenische Zeitschrift ¿Qué pasa?: <http://www.quepasa.cl/>

Die lateinamerikanischen Studien: <http://www.lateinamerika-studien.at/>

Das wichtigste Bildungsportal im spanischsprachigen Raum: <http://www.icarito.cl/>

Die private Organisation für Promovierung und Stärkung der Demokratie in der Welt
– National Endowment for Democracy: <http://www.ned.org/>

Die Seite über die chilenische Geschichte und Kultur:
<http://www.memoriachilena.cl/>

Die US – Botschaft in Österreich: <http://vienna.usembassy.gov>

Die Webseite des „Weißen Haus“ : www.whitehouse.gov

Freedom House - Dedicated to promoting free institutions worldwide:
<http://www.freedomhouse.org/>

Historisches Institut der RWTH Aachen: <http://www.histinst.rwth-aachen.de>

Neokonservative Organisation The Project for the New American Century:
www.newamericancentury.org

Portal über die Weltwirtschaft:
<http://www.pbs.org/wgbh/commandingheights/hi/index.html>

Salvador Allende Stiftung: <http://www.salvador-allende.cl>

The National Security Archive: <http://www.gwu.edu>

U.S. support for transition to democracy in Chile - Elliott Abrams' statement –
transcript: http://findarticles.com/p/articles/mi_m1079/is_v86/ai_4150080

Wahlen in Chile: <http://www.elecciones.gov.cl>

Lebenslauf

Miloš Bogdanović
A-1200 Wien, Greiseneckergasse 16/15
milos.bogdanovic@gmail.com

Persönliche Daten

Geburtsdatum: 28. Juni 1982
Geburtsort: Belgrad, Serbien
Staatsbürgerschaft: Serbische
Familienstand: ledig

Ausbildung

Universität Wien, Institut für Romanistik, Portugiesisch – seit Oktober 2005
Universität Wien, Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft – seit Oktober 2004
Universität Belgrad, Fakultät für Politikwissenschaft, Internationale Beziehungen 2001-2003
XV Beogradska gimnazija, Fachrichtung Sprachen und Literatur, Belgrad, Serbien 1997-2001
OŠ „Ljuba Nenadović“, Belgrad, Serbien 1993-1997
OŠ „Vladislav Petković Dis“, Belgrad, Serbien 1989-1993

Auslandsaufenthalte

Lissabon, Portugal – Sprachkurs und Praktikum bei der NGO „Um mundo“
10/2007 – 2/2008
Madrid, Spanien – Sprachkurs, Juli 2006
Tampa, FL, USA – Tampa Bay Elementary, 7/1991 – 5/1992

Sprachen

Serbisch/Kroatisch/Bosnisch – Muttersprache
Englisch – fließend
Deutsch – fließend
Spanisch – fortgeschritten
Portugiesisch – fortgeschritten
Niederländisch - Grundkenntnisse